OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

KONJUNKTUR AKTUELL

Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage

März 2015

Stabilität und Sicherheit.

Die Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

Medieninhaber und Herausgeber	*Oesterreichische Nationalbank* *Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien* *Postfach 61, 1011 Wien* *www.oenb.at* *oenb.info@oenb.at* *Tel. (+43-1) 40420-6666* *Fax (+43-1) 40420-6698*
Schriftleitung	*Doris Ritzberger-Grünwald*
Koordination und Redaktion	*Manfred Fluch, Sandra Dvorsky*

© Oesterreichische Nationalbank, 2015

ISSN 2310-5216

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Auf geschlechtergerechte Formulierungen wird verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten im Sinn der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

Redaktionsschluss: 4. März 2015

Inhalt

Bericht über die wirtschaftliche Lage 4

Überblick 5

Euroraum Konjunktur entwickelt sich leicht über den Erwartungen 6

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Robuste Konjunktur zu Jahresende 11

Österreichs Wirtschaftsleistung stagniert 14

Die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats 19

Kreditinstitute: Anstieg des Kreditwachstums bei Unternehmen 29

Aktuelle Entwicklungen zur Finanzmarktstabilität 35

Spezielle Kurzanalysen 37

Die Ankaufprogramme des Eurosystems 38

Überblick über die Hilfsprogramme der EU bzw. des IWF an Mitgliedstaaten des Euroraumes 42

Geopolitische Risiken in CESEE belasten Ausblick für Profitabilität der österreichischen Banken 45

Maßnahmen der österreichischen Aufsicht zu Fremdwährungskrediten zeigen Wirkung, die Risiken aus dem Bestand bleiben jedoch bestehen 47

Ukraine: IWF-Kredit und EU-Makrofinanzhilfe zur Wiederherstellung der makroökonomischen und finanziellen Stabilität 51

Russland steht vor tiefer Rezession, Bankensektor vor Rekapitalisierung 55

Annex 60

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik – EU und international Zeitraum 16. Jänner 2015 bis 26. Februar 2015 61

Wirtschaftsindikatoren - Grafiken und Tabellen 67

Bericht über die wirtschaftliche Lage

Überblick[1]

Der Ölpreis ist seit Anfang Juli letzten Jahres um über 40% eingebrochen. Die Auswirkungen auf die Weltwirtschaft bzw. den Euroraum hängen entscheidend vom Ausmaß und vor allem der Nachhaltigkeit des Ölpreisrückgangs ab. Die Winterprognose der Europäischen Kommission geht von einer nur leichten Beschleunigung des weltweiten BIP-Wachstums auf 3,6% für das Jahr 2015 bzw. 4,0% für das Jahr 2016 aus (2014: 3,3%).

In den USA setzte sich das starke BIP-Wachstum auch im vierten Quartal 2014 fort (+0,7% zum Vorquartal). Angesichts der im Jänner deutlich gesunkenen Inflation (-0,1% im Jahresvergleich) betonte die Fed, dass man bezüglich einer „Normalisierung" der Geldpolitik geduldig sein könnte. Auch in Großbritannien bleibt das BIP-Wachstum mit +0,5% (zum Vorquartal) robust. Nach einer technischen Rezession wuchs die japanische Wirtschaftsleistung im vierten Quartal wieder (+0,6% zum Vorquartal). Die People's Bank of China hatte bereits Ende 2014 die Zinsen gesenkt und reduzierte Anfang Februar den Mindestreservesatz für Banken. Laut EK wird sich das Wachstum 2015 und 2016 aber trotzdem verlangsamen. Erste Veröffentlichungen zu den EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas (CESEE) im vierten Quartal 2014 bestätigen den Trend eines weiterhin robusten Wachstums. Die Wachstumserwartungen für das Jahr 2015 haben sich zuletzt bei etwas über 2,5% stabilisiert. Die Region rutschte aber in eine Deflation, die durchschnittliche Inflationsrate betrug im Jänner 2015 -0,7%.

Die Konjunktur im Euroraum entwickelt sich im 4. Quartal mit +0,3% leicht über den Erwartungen. Vor allem Deutschland hat positiv überrascht (+0,7% gegenüber dem Vorquartal). Die Arbeitslosenquote im Euroraum ist seit Oktober 2013 rückläufig und lag im Dezember 2014 bei 11,4%. Die Erwerbsquote weist seit dem Rückgang der Arbeitslosenquote einen leichten Aufwärtstrend auf, d.h. der Rückgang der Arbeitslosenquote ist nicht darauf zurückzuführen, dass sich aktive Personen aus dem Arbeitsmarkt zurückziehen. Die Arbeitsmarktlage verbesserte sich auch in Spanien, Griechenland, Irland und Portugal. Die HVPI-Inflationsrate im Euroraum verzeichnete im Jänner einen deutlichen Rückgang und lag bei -0,6%. Für das Gesamtjahr 2015 rechnet die EK in ihrer jüngsten Prognose von Anfang Februar mit einem negativen Wachstum der Preise im Euroraum von -0,1%.

Die österreichische Wirtschaftsleistung stagnierte laut erster vollständiger Veröffentlichung der VGR-Daten im vierten Quartal 2014 erneut (gegenüber dem Vorquartal; real, saison- und arbeitstägig bereinigte Trend-Konjunktur-Komponente). Das Wachstum für das Gesamtjahr 2014 lag bei +0,4%. Die Ergebnisse des auf LKW-Fahrleistungsdaten der ASFINAG basierenden OeNB-Exportindikators bekräftigen einen leicht positiven Trend im österreichischen Güterexport (Dezember 2014: +4,7%, Jänner 2015: +1,4%; saison- und arbeitstägig bereinigt, zum Vorjahr in %). Nach zwei Quartalen mit deutlich sinkender Industrieproduktion (Quartal auf Quartal, saisonbereinigt) stagnierte im vierten Quartal 2014 die Gesamtproduktion. Ohne Bauwirtschaft wies sie aber erstmals wieder ein positives Quartalswachstum auf (+0,3%). Angesichts der positiven Rahmenbedingungen entwickelten sich die Vertrauensindikatoren für Österreich zu Jahresbeginn enttäuschend. Die Arbeitsmarktdaten zeigen keinerlei Anzeichen einer Kehrtwende auf dem Arbeitsmarkt. Im Jänner 2014 sank die österreichische HVPI-Inflationsrate weiter auf +0,5%, neben Malta war Österreich aber das einzige Land des Euroraums mit einer positiven Inflationsrate.

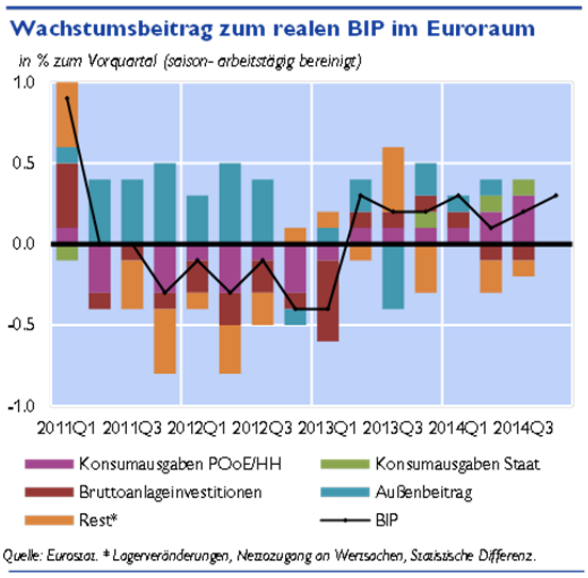
[1] Autor: Christian Ragacs (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

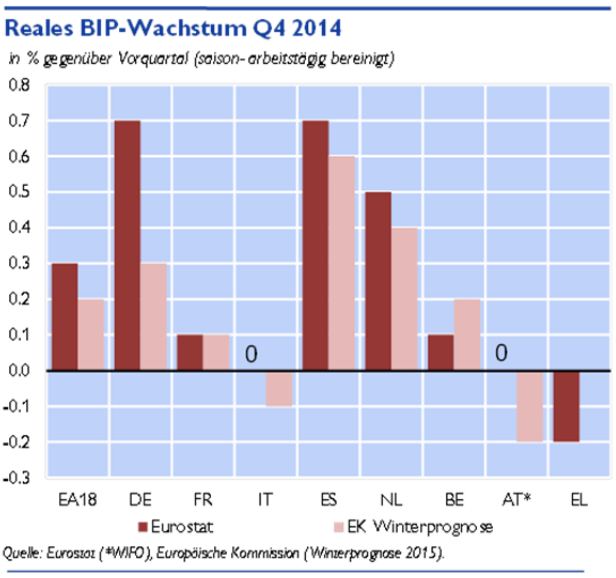
Euroraum Konjunktur entwickelt sich leicht über den Erwartungen[2]

Euroraum

Viertes Quartal liegt leicht über den Erwartungen

Nachdem sämtliche Prognosen den Anstieg der Wirtschaftsleistung im 4. Quartal auf 0,1-0,2% geschätzt hatten, liegt die erste VGR-Veröffentlichung von Eurostat mit +0,3% leicht über den Erwartungen. Die Beiträge zum BIP-Wachstum im Euroraum sind noch nicht verfügbar. Aus den Länderergebnissen lässt sich allerdings ein positiver Beitrag der Konsumausgaben ableiten. Zudem deuten monatliche Ergebnisse der Export- und Importzahlen auf einen positiven Beitrag der Nettoexporte hin. Für das Jahresergebnis 2014 bedeutet das wahrscheinlich sowohl eine Aufwärtsrevision gegenüber der EK Winterprognose als auch gegenüber der Dezember BMPE um 0,1 Prozentpunkte auf +0,9%.





Auf Länderebene zeigt sich, dass vor allem Deutschland positiv überrascht hat. Das BIP ist im vierten Quartal um +0,7% (ggü. VQ) gestiegen. Die Europäische Kommission hatte mit +0,3% gerechnet. Positive Impulse kamen dabei vor allem vom Konsum und den Anlageinvestitionen, während von den Nettoexporten kein positiver Beitrag zu verzeichnen war. Das BIP in Frankreich ist wie erwartet um +0,1% gestiegen. Auch hier kamen positive Beiträge vom Konsum, aber auch von den Nettoexporten. Die Anlageinvestitionen sind jedoch um 0,5% gesunken.

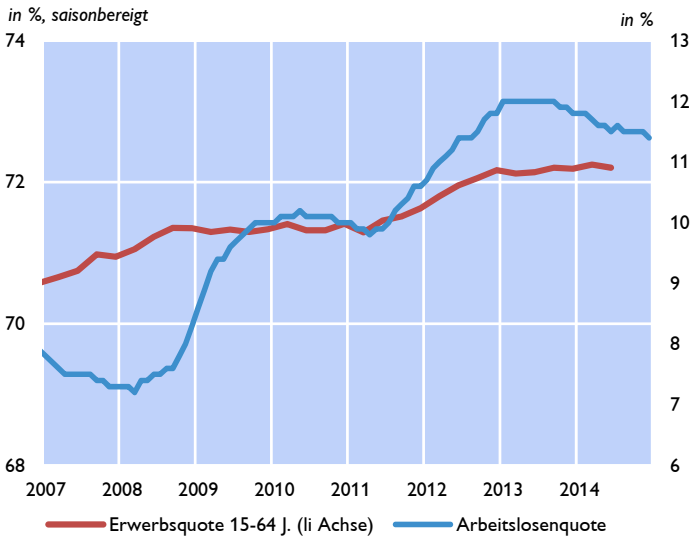
Weiterhin langsame Erholung auf dem Arbeitsmarkt

Die Erholung auf dem Arbeitsmarkt setzt sich langsam fort. Die Beschäftigung stieg im zweiten Quartal 2014 zum dritten Mal in Folge an. Das Wachstum konnte sich von 0,1% auf 0,2% beschleunigen.

[2] Autoren: Martin Gächter, Paul Ramskogler und Aleksandra Riedl (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland)

Auch die Arbeitslosenzahlen verbessern sich stetig. Die Arbeitslosenquote (ALQ) im Euroraum ist seit Oktober 2013 rückläufig und befindet sich im Dezember 2014 auf 11,4% (November: 11,5%). Die Erwerbsquote weist seit dem Rückgang der Arbeitslosenquote einen leichten Aufwärtstrend auf, d.h. der Rückgang der Arbeitslosenquote ist nicht darauf zurückzuführen, dass sich aktive Personen aus dem Arbeitsmarkt zurückziehen (so wie teilweise in den USA), sondern darauf, dass arbeitssuchende Personen in die Beschäftigung wechseln.

Euroraum: Arbeitslosen- und Erwerbsquote



Quelle: Eurostat.

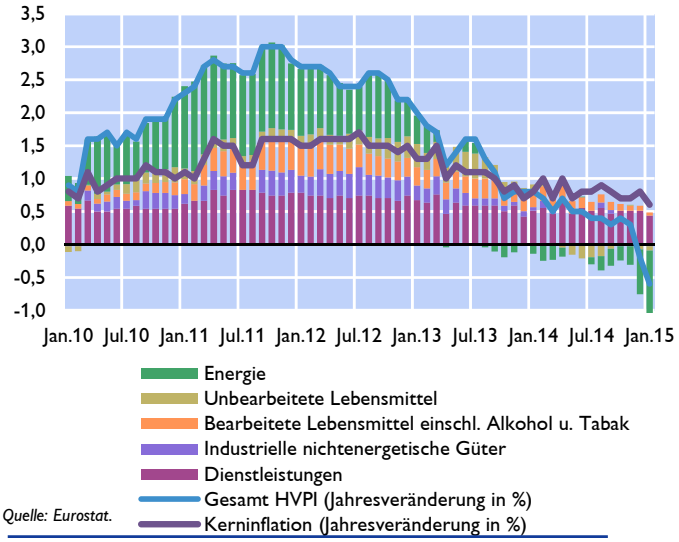
Sinkende ALQ sind auch auf Länderebene zu beobachten, vor allem seit einigen Monaten in den südlichen Peripherieländern. So verbessert sich die Arbeitsmarktlage in Spanien, Griechenland, Irland und Portugal, Ausnahmen bilden Zypern und Italien (diese Länder befinden sich nach wie vor in der Rezession).

Euroraum-Inflation und Kerninflation fallen weiter

Die jährliche Inflation im Euroraum im Februar 2015 wird laut Schnellschätzung von Eurostat auf -0,3%, die Kerninflationsrate auf 0,6%, geschätzt. Im Januar lag die HVPI-Inflationsrate noch bei -0,6%. Dabei beschleunigte sich der negative Beitrag der Energiepreise. Die Energiekomponente leistete mit -1,0 Prozentpunkt einen um 0,3 Prozentpunkte stärker negativen Wachstumsbeitrag als noch im Dezember. Auch die Preise von Nahrungsmitteln dämpften mit einem Beitrag von -0,1 Prozentpunkten deutlich. Die um die Effekte dieser beiden volatilen Komponenten bereinigte Kerninflationsrate lag dagegen bei +0,6%. Dabei trugen vor allem die Dienstleistungen mit +0,4 Prozentpunkte zum Preiswachstum bei während die Preise für nicht-energetische Industriegüter stagnierten.

Komponenten des HVPI

Beitrag zum Vorjahreswachstum in Prozentpunkten



Quelle: Eurostat.

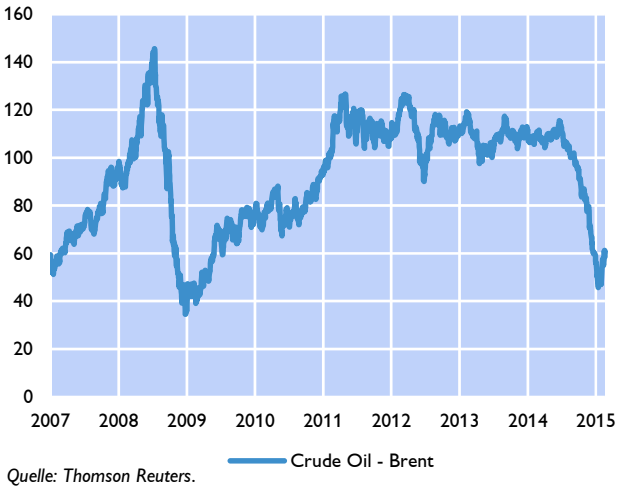
Hinsichtlich der regionalen Verteilung weisen mit Ausnahme Maltas (+0,8) und Österreichs (+0,5) alle Länder des Euroraums im Jänner negative Inflationsraten auf. Für das Gesamtjahr 2015 rechnet die Europäische Kommission in ihrer jüngsten Prognose von Anfang Februar mit einem negativen Wachstum der Preise im Euroraum um -0,1%.

Die Auswirkungen des Rückgangs des Ölpreises auf die Konjunktur im Euroraum

Die leichten Aufwärtsrevisionen der neuesten Prognosen für das BIP-Wachstum sind nicht zuletzt auch dem starken Rückgang des Ölpreises geschuldet. Trotz des jüngsten Anstiegs eines Fasses Rohöl der Sorte Brent auf 60,83 USD (3. März) ist der Ölpreis seit Anfang Juli letzten Jahres um über 40% eingebrochen. Die Auswirkungen auf die Weltwirtschaft bzw. den Euroraum hängen entscheidend vom Ausmaß und der Nachhaltigkeit des Ölpreisrückgangs ab. Die internationale Energieagentur (IEA) erwartet, dass das Angebot nur graduell und teilweise zurückgehen wird. Folglich dürfte der Angebotsüberhang zumindest im ersten Halbjahr 2015 bestehen bleiben. Der damit verbundene starke Lageraufbau hat die Futureskurve nach oben gedreht (*contango*).

Ölpreis

USD / Barrel



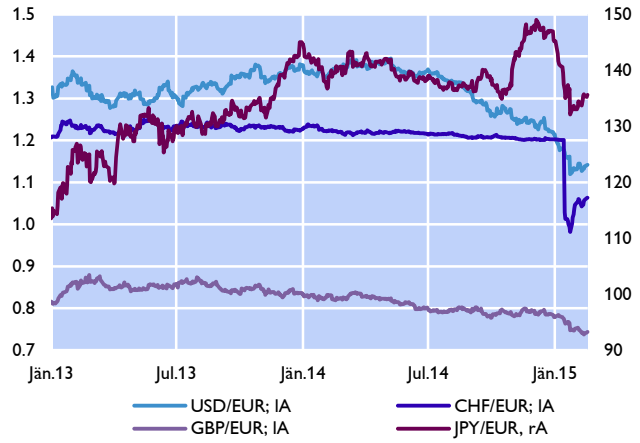
Quelle: Thomson Reuters.

Der Ölpreisrückgang wirkt sich auf den Euroraum, als erdölimportierenden Wirtschaftsraum, über drei Kanäle aus, nämlich über den (1) Anstieg der real verfügbaren Einkommen und folglich des privaten Konsums, die (2) sinkenden Produktionskosten und folglich höhere Gewinne und Investitionen, und über den (3) dämpfenden Effekt auf die Verbraucherpreise (sowohl auf die Gesamt- als auch die Kerninflation). Die erwarteten positiven Wachstumseffekte des ersten und zweiten Kanals setzen allerdings voraus, dass die privaten Haushalte ihre Konsumausgaben bzw. die Unternehmen ihre Investitionen tatsächlich entsprechend ausweiten.

Wechselkurse: Schweizerische Nationalbank gibt Mindestkurs zum EUR auf

Am 15. Jänner hob die Schweizerische Nationalbank den Mindestkurs von 1,20 CHF/EUR auf, nachdem in den Wochen zuvor massive Interventionen an den Währungsmärkten notwendig geworden waren, um den Kurs über diesem Ziel zu halten. Der CHF wertete daraufhin stark auf und notierte kurzzeitig sogar unter der Parität zum EUR. In den letzten Wochen hat sich diese Aufwertung jedoch teilweise revidiert, der Wechselkurs notierte zuletzt bei 1,07 CHF/EUR.

Wechselkurs ausgewählter Währungen zum Euro



Quelle: Thomson Reuters.

Während der USD im letzten halben Jahr starke Kursgewinne verzeichnete, die sich mit der Entscheidung über eine Ausweitung des EZB-Ankaufsprogramms verstärkt hatten, hat sich der Wechselkurs zuletzt stabilisiert und notierte am 3. März bei 1,12 USD/EUR. Auch der Kurs zum JPY blieb zuletzt mehr oder weniger unverändert.

Schleppende und heterogene weltwirtschaftliche Erholung

Die aktuelle Winterprognose der Europäischen Kommission geht von einer leichten Beschleunigung des weltweiten BIP-Wachstums auf 3,6% (2015) bzw. 4,0% (2016) aus, nachdem das Wachstum die zwei Jahre davor mit jeweils 3,3% gedämpft ausgefallen war. Die konjunkturelle Entwicklung verläuft aber nach wie vor sehr heterogen. Während sich die USA und das Vereinigte Königreich zuletzt auf einem stabilen Erholungspfad befanden, bleibt das Wachstum neben dem Euroraum auch in Japan relativ schwach. Insbesondere der niedrige Ölpreis und die erwartete Beschleunigung des Welthandels könnten jedoch die Konjunkturerholung über den Prognosehorizont stützen.

In den USA setzte sich das starke BIP-Wachstum auch im vierten Quartal 2014 fort (+0,6% zum Vorquartal), auch wenn es etwas geringer ausfiel als noch in den zwei Quartalen davor (+1,2% und +1,3% gegenüber dem Vorquartal). Während in den Vorquartalen sowohl die Staatsausgaben als auch die Nettoexporte deutlich positiv zum Wachstum beitrugen, drehten deren Beiträge im vierten Quartal leicht ins Negative. Die privaten Konsumausgaben und die Bruttoinvestitionen trugen hingegen weiterhin positiv zum Wachstum bei. Der substanzielle Anstieg der Importe kann sowohl auf das starke Wachstum als auch die Aufwertung des USD zurückgeführt werden. Auch die Signale vom Arbeitsmarkt sind weiterhin positiv. Die Arbeitslosenrate stieg im Jänner zwar leicht auf 5,7%, die Erwerbsquote legte jedoch gleichzeitig zu (zuletzt 62,9% im Jänner) und auch das Beschäftigungswachstum blieb zuletzt stark, im Dezember und Jänner wurden 329,000 bzw. 257,000 neue Jobs geschaffen. Angesichts der zuletzt deutlich gesunkenen Inflation (-0,1% im Jahresvergleich im Jänner, Kerninflationsrate +1,6%) betonte die Fed zuletzt, dass man bezüglich einer „Normalisierung" der Geldpolitik durchaus geduldig sein könnte, bereitete sich aber in ihrer Kommunikationspolitik weiterhin auf einen Zinsanstieg vor. Dieser wird allerdings allgemein nicht vor Jahresmitte erwartet. Die EK erwartet für die USA im heurigen und nächsten Jahr ein stabiles BIP-Wachstum von 3,5% bzw. 3,2%.

Auch in Großbritannien bleibt das BIP-Wachstum sehr robust, wenngleich sich die Konjunktur im vierten Quartal leicht abgekühlt hat. Das BIP-Wachstum betrug laut erster Schätzung +0,5% im Vergleich zum Vorquartal, während das zweite und dritte Quartal mit +0,8% bzw. +0,7% noch stärker ausgefallen waren. Während für das vierte Quartal noch keine Wachstumsbeiträge der einzelnen Verwendungskomponenten vorliegen, trug in den Vorquartalen vor allem der private Konsum maßgeblich zum Wachstum bei, aber auch die Bruttoinvestitionen lieferten zuletzt positive Wachstumsbeiträge. Im Jänner ist die Inflationsrate im Jahresvergleich auf +0,3% gefallen, die Kerninflation blieb vor dem Hintergrund einer weiterhin sinkenden Arbeitslosenquote weitgehend stabil und betrug 1,2% im Jahresvergleich. Die EK-Prognose erwartet für 2015 und 2016 ein weiterhin stabiles BIP-Wachstum von 2,6% bzw. 2,4%.

Nach der technischen Rezession im zweiten und dritten Quartal, die durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer ausgelöst worden war, verzeichnete die japanische Volkswirtschaft im vierten Quartal wieder ein positives BIP-Wachstum von +0,6% (im Vergleich zum Vorquartal). Vor allem die privaten Konsumausgaben und die Nettoexporte trugen positiv zum Wachstum bei. Nach der starken Rezession zur Jahresmitte fiel die Erholung damit allerdings erneut schwächer aus als erwartet. Auch von Seiten der Inflationsentwicklung kamen zuletzt weniger erfreuliche Signale. So lag die Kerninflationsrate im Dezember zwar bei 2,1%, allerdings ist diese Entwicklung weiterhin vor allem der Mehrwertsteuererhöhung vom Frühjahr geschuldet. Die Headline-Inflationsrate betrug im Dezember 2,4% und blieb gegenüber November unverändert.

Die EK-Prognose geht für die kommenden zwei Jahre jeweils von einem BIP-Wachstum von 1,3% aus.

Chinas BIP wuchs im vierten Quartal mit +7,4% im Jahresvergleich, das Quartalswachstum ging jedoch auf +1,5% zurück. Das BIP-Wachstum hat sich damit von 7,7% im Gesamtjahr 2013 auf +7,4% im vergangenen Jahr weiter verlangsamt. Die Konjunkturabkühlung geht weiterhin mit einem leichten Rebalancing von investitions- hin zu konsumgetriebenem Wachstum einher. Das Wachstum der Bruttoanlageinvestitionen verlangsamte sich in den letzten beiden Jahren, während die Wachstumsbeiträge der privaten Konsumausgaben leicht zunahmen. Die Inflationsrate ging im Jänner weiter auf 0,8% (im Jahresvergleich) und damit im Monatsvergleich um 0,7 Pp. zurück, auch die Kerninflationsrate betrug zuletzt nur noch 1,2%. Die People's Bank of China hatte bereits Ende 2014 mit einer Senkung der Zinsen reagiert, außerdem senkte sie Anfang Februar den Mindestreservesatz für Banken, der aufgrund der noch nicht liberalisierten Zinsen nach wie vor ein wichtiges geldpolitisches Instrument darstellt. Ende Februar erfolgte die nächste Zinssenkung um 25 Basispunkte auf 2,5% (Einlagenzinsen) bzw. 5,35% (Kreditzinsen), um der niedrigen Inflation entgegen zu wirken. Die Aufwertung des RMB gegenüber dem USD hat sich im vergangenen Jahr nicht fortgesetzt. Dies liegt u.a. an den zuletzt expansiven geldpolitischen Maßnahmen in China und an der Konjunkturerholung in den USA, wodurch der USD gegenüber anderen Währungen deutlich aufgewertet hat. Auch die Fremdwährungsreserven Chinas sind gegen Jahresende erstmals gesunken – möglicherweise jedoch auch deshalb, weil diese in USD angegeben werden und damit Reserven, die in anderen Währungen gehalten werden, an Wert verloren haben. Laut EK-Prognose wird sich das Wachstum in China in den kommenden zwei Jahren weiter auf +7,1% (2015) bzw. +6,9% (2016) verlangsamen.

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: Robuste Konjunktur zu Jahresende[3]

Größtenteils weiterhin robustes Wachstum im vierten Quartal

Erste Veröffentlichung zum Wachstum in den EU-Mitgliedstaaten Zentral-, Ost- und Südosteuropas (CESEE) im vierten Quartal 2014 bestätigen den Trend eines weiterhin robusten Wachstums. Lediglich in der Tschechischen Republik lag das Wachstum etwas unter den Erwartungen. Zum Teil war diese Entwicklung durch statistische Effekte bedingt.

Die Dynamik in der CESEE-Region dürfte von einer anhaltend positiven Binnennachfrage getrieben worden sein. Diese profitierte von wachsender Kaufkraft vor dem Hintergrund rückläufiger Teuerung, einer akkommodierenden Geldpolitik, moderat wachsender Kreditvergabe (vor allem bei Krediten in lokaler Währung) sowie einer Erholung auf den Arbeitsmärkten. Die durchschnittliche Arbeitslosenrate in der Region ging etwa im Dezember auf 8,2% zurück, den niedrigsten Wert seit dem Frühjahr 2009.

Wirtschaftswachstum in CESEE

Reales Wachstum in % gegenüber dem Vorquartal

	2014q1	2014q2	2014q3	2014q4
Bulgarien	0.1	0.3	0.4	0.3
Estland	0.1	0.9	0.4	1.1
Kroatien	0.1	-0.2	0.0	..
Lettland	0.3	0.8	0.5	0.4
Litauen	0.4	0.9	0.5	0.6
Polen	1.1	0.7	0.9	0.6
Rumänien	0.3	-0.4	1.8	0.5
Slowakische Rep.	0.6	0.6	0.6	0.6
Slowenien	0.1	1.1	0.7	..
Tschechische Rep.	0.6	0.2	0.4	0.2
Ungarn	0.9	0.8	0.5	0.9
gesamte Region	0.7	0.5	0.8	..

Quelle: Eurostat.

Die jüngsten Vorlaufindikatoren lassen auch für das erste Quartal 2015 eine Fortsetzung des robusten Wachstums erwarten. Besonders die Industrieproduktion weist nach oben. Das Wachstum beschleunigte sich im Dezember 2014 deutlich auf 4,2% im Durchschnitt. Daneben setzen aber auch die Einzelhandelsumsätze sowie die Produktion im Baugewerbe ihren positiven Trend fort (3,6% bzw. 1,8% im Dezember 2014 im regionalen Schnitt). Das Wirtschaftsvertrauen bleibt auf einem hohen Niveau. So stand etwa der Economic Sentiment Indicator der Europäischen Kommission im Februar bei 103 Punkten, und somit deutlich über dem langjährigen Durchschnitt (siehe Graphik umseitig). Auch die für die Tschechische Republik und Polen verfügbaren Einkaufsmanagerindizes machten im Jänner 2015 einen Sprung nach oben. Für beide Länder wurde eine Zunahme um mehr als zwei Punkte berichtet, womit die Indizes mit 56,1 bzw. 55,2 sehr deutlich über der eine Expansion anzeigenden Marke von 50 Punkten standen. Die von der Europäischen Kommission erhobene Kapazitätsauslastung erreichte in den letzten Quartalen in der Tschechischen Republik, Bulgarien, Ungarn, Polen, der Slowakei und Slowenien die höchsten Werte seit Mitte 2008 – also vor Ausbruch der Krise.

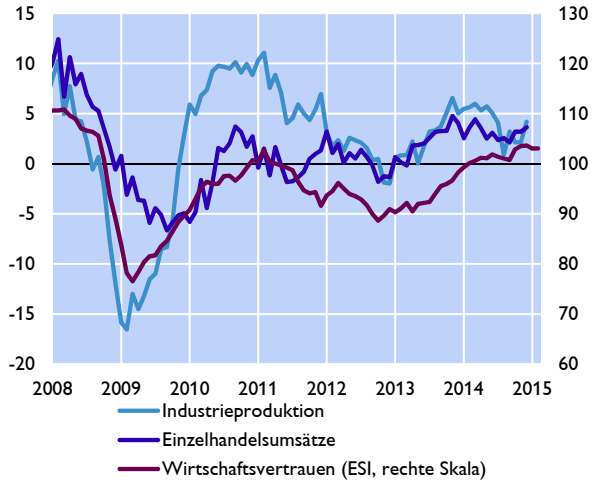
Vor diesem Hintergrund haben sich die Wachstumserwartungen für das Jahr 2015 zuletzt bei etwas über 2,5% für die Gesamtregion CESEE stabilisiert, nachdem sie in den letzten Monaten sukzessive von rund 3% im Sommer 2014 zurückgenommen wurden. Die Europäische Kommission hat ihre Prognose für das durchschnittliche Wachstum in der Region zuletzt sogar etwas von 2,4% im November 2014 auf 2,6% im Februar erhöht. Ausschlaggebend dafür war

[3] Autor: Josef Schreiner (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland)

vor allem eine Aufwärtsrevision für Polen, der mit Abstand größten Volkswirtschaft der Region. Ein merklich stärkeres Wachstum wird allerdings auch für Rumänien und Estland erwartet. Abwärtsrevisionen gab es vor allem für die Tschechische Republik und für Lettland.

Vorlauf- und Vertrauensindikatoren in CESEE

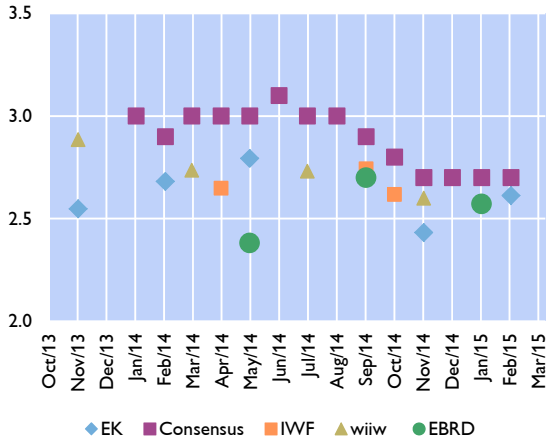
jährliche Veränderung in % bzw. in Punkten



Quelle: Eurostat, Europäische Kommission.

Entwicklung der Wachstumsprognosen für 2015

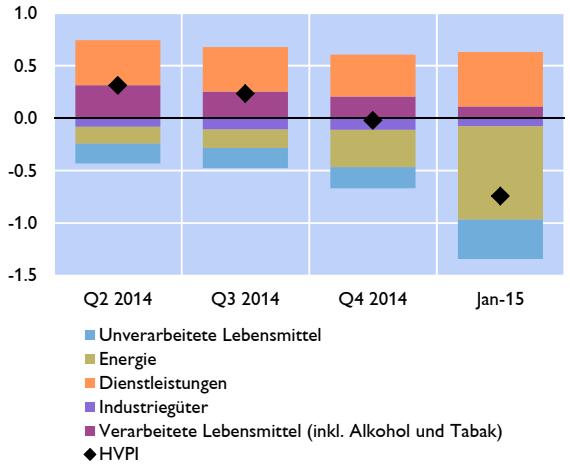
Reales Wachstum in %



Quelle: EK, EBRD, Consensus Economics, IWF, wiiw.

Inflationsentwicklung in den CESEE EU-MS

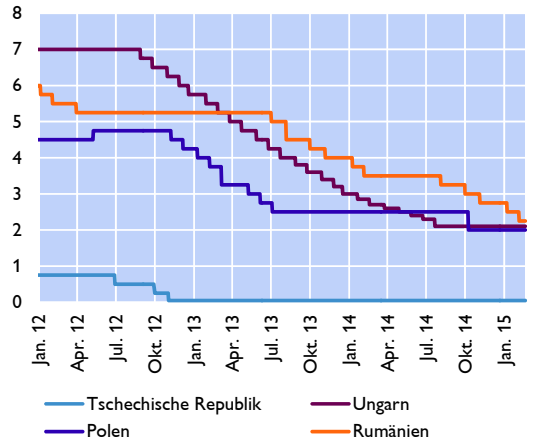
Beitrag in Prozentpunkten, Punkte in % gegenüber Vorjahr



Quelle: Eurostat.

Entwicklung der Leitzinssätze in CESEE

in %



Quelle: Bloomberg.

CESEE-Region rutscht in die Deflation

Der Preisdruck in den CESEE EU-Mitgliedstaaten hat in den letzten Monaten weiter nachgelassen. Die durchschnittliche Inflationsrate ging von 0,3% im zweiten Quartal 2014 auf -0,7% im Jänner 2015 zurück. Mit der Ausnahme von Rumänien wiesen damit zum Jahresbeginn alle Länder ein rückläufiges Preisniveau im Jahresvergleich aus. Besonders starke Deflation wurde für Bulgarien berichtet (-2,3%). Die Preise in dem Land sinken bereits seit achtzehn Monaten in Folge. Darüber hinaus war die Teuerung auch in Lettland und Ungarn stark negativ (jeweils -1,4%). Getrieben wurde diese Entwicklung in erster Linie von einer sich beschleunigenden Deflation in den Kategorien Energie und unverarbeitete Lebensmittel. Moderat preistreibend wirkten nur noch Dienstleistungen. Die Kerninflation blieb vor diesem

Hintergrund im Großen und Ganzen stabil und im positiven Bereich. Einzig Bulgarien verzeichnet auch negative Kerninflationsraten.

Aufgrund des geringen Preisdrucks halten die Zentralbanken der Region an ihrer seit Mitte 2012 betriebenen expansiven Geldpolitik fest bzw. intensivierten diese. So senkte etwa die polnische Notenbank ihren Leitzins im Oktober um 50 Basispunkte auf 2%. Auch die rumänische Notenbank reduzierte ihren Leitzins in mehreren Schritten von 3,5% im August 2014 auf 2,25% im Februar 2015. Die geldpolitische Ausrichtung war aber nicht nur aufgrund dieser Zinsschritte akkommodierend. So gab etwa die tschechische Notenbank Anfang Februar 2015 bekannt, ihr seit November 2013 bestehendes Wechselkursziel von mindestens 27 Kronen per Euro bis zur zweiten Hälfte des Jahres 2016 beizubehalten. Darüber hinaus könnte das Wechselkursziel auch noch nach oben angepasst werden, sollten die Umstände dies erforderlich machen. Die kroatische und die rumänische Notenbank senkten Mindestreserveerfordernisse um die Kreditvergabe anzukurbeln. Die ungarische Notenbank versucht mit ihrem „Funding for growth" Programm, welches vor allem auf die Kreditvergabe für kleine und mittlere Unternehmen abzielt und dafür den Geschäftsbanken zinsfreie Mittel unter bestimmten Auflagen zur Verfügung stellt, das Kreditwachstum anzukurbeln. Aufgrund der starken Inanspruchnahme wurde das Volumen der aktuellen Tranche verdoppelt (auf rund 3,3% des BIP) und die Laufzeit bis Ende 2015 verlängert.

Österreichs Wirtschaftsleistung stagniert [4]

Die österreichische Wirtschaftsleistung stagnierte laut erster vollständiger Veröffentlichung der VGR-Daten im vierten Quartal 2014 erneut (gegenüber dem Vorquartal; real, saison- und arbeitstägig bereinigte Trend-Konjunktur-Komponente). Das Wachstum für das Gesamtjahr 2014 blieb gegenüber den vorläufigen Daten für das vierte Quartal (VGR-Flash) unverändert (+0,4%, nicht-saison- und arbeitstägig bereinigt: +0,3%).

Ergebnisse für die Schnellschätzung der VGR für 2014Q4 - Trend-Konjunktur-Komponente

	BIP	Privater Konsum	Öffentlicher Konsum	Bruttoanlage-investitionen	Exporte	Importe	Inlandsnachfrage (o. Lager)	Netto-exporte	Lagerver-änderungen	Stat. Differenz
	Veränderung zur Vorperiode in %						*Wachstumsbeiträge zum BIP in %-Punkten*			
Q1 14	+0,1	+0,0	+0,1	+0,4	+0,8	+0,8	0,1	0,1	−0,1	−0,0
Q2 14	+0,1	−0,0	+0,1	−0,1	+0,1	+0,2	−0,0	−0,0	−0,3	0,4
Q3 14	−0,0	+0,0	+0,2	−1,0	+0,2	−0,4	−0,2	0,3	−0,1	0,0
Q4 14	+0,0	+0,0	+0,2	−1,1	+0,2	−0,5	−0,2	0,4	0,2	−0,3
2011	+3,0	+1,1	+0,4	+5,2	+6,6	+6,5	1,8	0,3	0,6	0,3
2012	+0,7	+0,5	+0,2	+1,2	+1,5	+0,7	0,6	0,4	−0,6	0,3
2013	+0,3	−0,2	+0,3	−1,0	+1,3	+0,1	−0,3	0,6	−0,4	0,3
2014	+0,4	+0,1	+0,5	−0,0	+1,5	+1,9	0,2	−0,2	−0,1	0,5

Revisionen zur erste vollständige Veröffentlichung der VGR für 2014Q3 (28.11.2014)

	BIP	Privater Konsum	Öffentlicher Konsum	Bruttoanlage-investitionen	Exporte	Importe	Inlandsnachfrage (o. Lager)	Netto-exporte	Lagerver-änderungen	Stat. Differenz
	Veränderung zur Vorperiode in %						*Wachstumsbeiträge zum BIP in %-Punkten*			
Q1 14	−0,0	−0,0	+0,0	−0,0	−0,2	+0,8	−0,0	−0,5	0,1	0,4
Q2 14	−0,0	−0,0	+0,0	−0,1	−0,2	−0,1	−0,0	−0,1	−0,1	0,3
Q3 14	−0,0	−0,0	+0,0	−0,3	+0,7	−0,4	−0,1	0,6	−0,2	−0,3
Q4 14	−0,0	−0,0	+0,0	−0,2	+1,2	−0,1	−0,1	0,7	−0,1	−0,6
2013	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0	+0,0	+0,2	0,0	−0,1	0,1	−0,0
2014	−0,0	−0,1	+0,0	−0,3	+0,2	+1,1	−0,1	−0,4	0,2	0,3

Quelle: WIFO, Eigene Berechnungen OeNB

Wie von der OeNB erwartet, wurden die historischen Verläufe der einzelnen BIP-Nachfragekomponenten deutlich revidiert. In der aktuellen VGR Rechnung stagnierte der private Konsum in allen vier Quartalen des Jahres 2014, die Bruttoanlageinvestitionen wurden erneut nach unten revidiert und schrumpfen somit seit dem 2. Quartal. Im dritten und vierten Quartal (im Vergleich zum Vorquartal) war der Rückgang sogar sehr ausgeprägt. Im Gegensatz dazu wurde das Exportwachstum nach oben revidiert und weist nun positive Wachstumsraten in allen vier Quartalen auf. Nachdem das Importwachstum im zweiten Halbjahr negativ war, lieferten die Nettoexporte im zweiten Halbjahr einen deutlich positiven Wachstumsbeitrag zum BIP-Wachstum, der von einem negativen Beitrag der Inlandsnachfrage sowie der Lagerveränderung und der statistischen Differenz ausgeglichen wird.

[4] Autor: Christian Ragacs (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen)

Leicht positiver Trend im österreichischen Güterexport. Ergebnisse des OeNB Exportindikators vom Februar 2015

Die aktuelle volkswirtschaftliche Gesamtrechnung stellte neue Quartalsdaten für die Exporttätigkeit. Der OeNB Exportindikator berücksichtigt zusätzlich Monatsdaten von Statistik Austria.[5]

Im November drehte laut aktuellen Zahlen von Statistik Austria das Wachstum der nominellen Güterexporte im Jahresabstand wie von der OeNB erwartet ins Plus. Das Wachstum war mit +5,3% jedoch deutlich stärker als im Rahmen der letzten Veröffentlichung des OeNB-Exportindikators erwartet wurde (+1,7%). Ein Grund für die Unterschätzung war die Aufwärtsrevision der historischen Exportzahlen durch Statistik Austria. So wurde die kumulierte Wachstumsrate der nominellen Güterexporte für die ersten zehn Monate des Jahres 2014 von +0,6% auf +1,0% revidiert; die aktuelle Wachstumsrate für den Oktober von -4,4% auf -3,3%.

Für die Prognosemonate Dezember 2014 und Jänner 2015 wird gemäß dem auf LKW-Fahrleistungsdaten der ASFINAG basierenden OeNB-Exportindikator ein Wachstum der nominellen Güterexporte von +4,7% bzw. +1,4% erwartet.

Die Ergebnisse des OeNB-Exportindikators bekräftigen unsere Einschätzung eines leicht positiven Trends im österreichischen Güterexport. Für einen stärkeren Exportaufschwung fehlen aber weiterhin klare Signale. Andere Vorlaufindikatoren wie Exportaufträge und Luftfrachtvolumen zeigen weiterhin ein uneinheitliches Bild.

Industrieproduktion ohne Bau im vierten Quartal 2014 wieder mit positiven Wachstumsraten

Nach zwei Quartalen mit deutlich sinkender Industrieproduktion (Quartal auf Quartal, saisonbereinigt) stagnierte im vierten Quartal die Produktion insgesamt. Ohne Bauwirtschaft wies sie aber erstmals wieder ein positives Quartalswachstum auf (0,3%). Getrieben wurde das Wachstum von der Warenherstellung (Sektor NACE C), die insgesamt rund 67% der gesamten Industrieproduktion umfasst. Nach einem Rückgang von 0,9% im dritten Quartal war der Zuwachs mit +0,5% deutlich. Der Bausektor konnte sich aber auch im letzten Quartal 2014 noch nicht erholen, die Produktion schrumpfte weiterhin stark (-1,2% qoq, saisonbereinigt). Das nun schon seit zwei Quartalen anhaltende deutliche Wachstum der Konsumgüterproduktion (Q4: +2%, Q3: +1,5%) lässt positive Impulse für die Entwicklung des privaten Konsums erwarten. Dies wird auch dadurch gestützt, dass im vierten Quartal nicht nur die Produktion kurzlebiger, sondern auch die Produktion langlebiger Konsumgüter positive Wachstumsraten

[5] Anmerkungen zur Methode: Da die Produktion und der Vertrieb von Gütern in hohem Maß auf Transportdienstleistungen angewiesen sind, liegt es nahe, Daten über den Güterverkehr in der Konjunkturanalyse zu verwenden. In Österreich stehen seit dem Jahr 2004 mit den Daten der ASFINAG Maut Service GmbH detaillierte Informationen über die LKW-Fahrleistung auf den Autobahnen und Schnellstraßen zur Verfügung. Die Daten zur LKW-Fahrleistung liegen wenige Tage nach Monatsende vor und weisen einen engen Zusammenhang mit den österreichischen Güterexporten auf, die erst 65 Tage nach Ende des jeweiligen Monats von Statistik Austria publiziert werden. Der sich aus der zeitnahen Verfügbarkeit der ASFINAG-Daten ergebende Informationsvorsprung von über zwei Monaten wird im Rahmen des OeNB-Exportindikators für eine Kurzfristprognose der nominellen Güterexporte für die Monate t+1 und t+2 genutzt. Für methodische Details zum OeNB-Exportindikator siehe: http://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Monetary-Policy-and-the-Economy/2009/Geldpolitik-und-Wirtschaft-Q1-09.html

aufwies. Demgegenüber lässt der Rückgang der Investitionsgüterproduktion eine weiterhin schwache Investitionskonjunktur erwarten.

Österreich: Produzierender Bereich

	Anteil	2014M12	2014M11	2014M10	2014Q4	2014Q3	2014Q2	2014Q1
	%	*Veränderung zur Vorperiode in %*						
		Vormonat			*Vorquartal*			
Produzierender Bereich Gesamt (B-F)	100,0	-0,1	0,0	-0,2	0,0	-1,0	-1,7	0,8
Eurostat Industrie (NACE B-D ohne D353)		0,7	-0,7	0,5	0,3	-0,9	-0,9	1,4
Bergbau (NACE B)	1,5	-14,6	-0,2	3,4	-5,8	-0,9	5,5	-7,4
Herstellung von Waren (NACE C)	67,1	1,1	-0,6	0,3	0,5	-0,9	-1,1	1,5
Energieversorgung (NACE D)	7,2	-0,6	1,5	-1,9	-1,6	-0,3	-0,2	-8,2
Wasserversorgung (NACE E)	2,5	-2,9	5,4	-1,7	2,9	-2,4	-1,0	-1,1
Bauwesen (NACE F)	21,8	-2,2	0,8	-1,2	-1,2	-1,4	-4,8	1,3
Vorleistungen	30,6	3,8	-3,2	1,2	0,1	-1,4	-0,8	3,4
Energie	9,3	-3,0	1,4	-1,2	-2,2	-1,2	-0,4	-5,3
Investitionsgüter	20,3	-2,7	1,1	-0,4	-0,3	-0,6	-1,4	-0,2
Konsumgüter	16,1	1,7	2,6	-0,5	2,0	1,5	-3,3	1,3
langlebige Konsumgüter	3,3	-0,6	1,5	-1,2	0,9	-2,5	-5,3	4,6
kurzlebige Konsumgüter	12,8	2,4	5,5	-2,9	1,3	2,5	-3,3	2,3

Quelle: Eurostat. Saisionbereinigte Daten.

Vertrauensindikatoren enttäuschen zu Jahresbeginn

Angesichts der Rahmenbedingungen – gesunkene Ölpreise und gesunkener EUR-Wechselkurse, Beschluss eines Anleihenkaufprogramms der EZB – entwickelten sich die Vertrauensindikatoren für Österreich zu Jahresbeginn enttäuschend. Der Bank Austria EinkaufsmanagerIndex (EMI) bleibt im Februar das sechste Mal in Folge unter der Expansionsschwelle von 50 Punkten und steigt gegenüber dem Jänner nur geringfügig. Der Teilindex für Auftragseingänge war in den ersten beiden Kalendermonaten des Jahres sehr schwach und lässt nicht auf eine unmittelbare Erholung schließen. Die für den EMI vorgenommene Saisonbereinigung könnte allerdings Endpunktprobleme aufweisen, da die nicht saisonbereinigte Reihe des Gesamtindex im Februar deutlich nach oben zeigte und erstmals seit Mitte 2014 über der 50-Punktelinie lag, was durchaus einen Hoffnungsschimmer darstellt. Die Ergebnisse des Economic Sentiment Index (ESI) der Europäischen Kommission im Februar sind auf den ersten Blick besorgniserregend. Der Index für Österreich stürzte um 3,5 Punkte auf 91,9 Punkte – der niedrigste Wert aller EU-Länder – ab. Der Rückgang geht primär auf das Industrievertrauen – hierbei auf die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage sowohl der vergangenen als auch der kommenden 3 Monate zurück. Aber auch die Teilindices für Dienstleistungen (ebenso aufgrund der Nachfrageentwicklung) und für den Bau (Rückgang der Auftragseingänge) sanken deutlich. Die Bereiche Konsumenten- und Einzelhandelsvertrauen gaben nur geringfügig nach. Nachdem ein solcher Rückgang im Gesamtindex für Österreich doch ungewöhnlich ist, muss man den Wert für März abwarten, um tatsächlich von einem österreich-spezifischen negativen Vertrauensschock zu sprechen. Aber nicht nur die österreichischen Vertrauensindikatoren zeigten im Februar eine schwache Entwicklung, auch der ifo Index, der sich traditionell durch eine gute Vorlaufeigenschaft für die österreichische Wirtschaft auszeichnet, stagnierte im Februar.

Arbeitslosigkeit und Beschäftigung steigen weiterhin

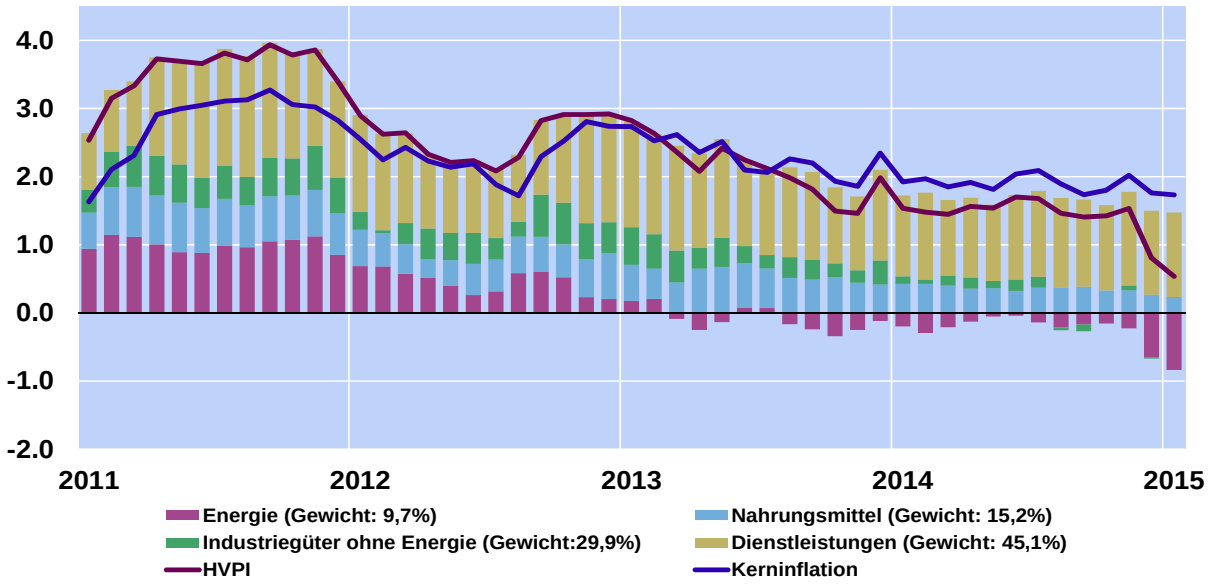
Im Februar 2015 stiegen so wie auch in Vormonaten sowohl die Arbeitslosigkeit als auch – trotz der schwachen Konjunkturentwicklung - die Beschäftigung. 466.226 Personen waren arbeitslos gemeldet oder in Schulung (+25.383 bzw. +5,8% gegenüber dem Vorjahresmonat). Hiervon waren 397.589 Personen arbeitslos gemeldet (+40.844 bzw. +11,4%). Die Anzahl unselbständig aktiv Beschäftigter stieg im Februar auf 3.375.000 (+22.000 bzw. +0,7% gegenüber dem Vorjahresmonat; vorläufige Zahlen des BMSAK). Die Arbeitslosigkeitsquote lag nach nationaler Definition bei 10,3% (+0,9% gegenüber dem Vorjahresmonat) und nach Eurostat-Definition bei 4,9% (Daten für Jänner, saisonbereinigt, gegenüber dem Vormonat unverändert).

Die Veränderung bzw. Verschlechterung der nichtsaisonbereinigten Arbeitsmarktdaten gegenüber dem Vorjahr spiegelt die Entwicklung am aktuellen Rand nicht völlig korrekt wieder. Die wichtigsten aktuellen saisonbereinigten Arbeitsmarktdaten weisen auf ein langsames Einschwenken auf einen tendenziell stetigen Entwicklungspfad hin. Saisonbereinigt stagniert die Entwicklung der Arbeitslosenquote nach nationaler Definition seit September 2014 bei 8,6%; Werte bis Jänner 2014). Die Beschäftigung (eigene Saisonbereinigung der vorläufige Daten des bmask) wuchs im vierten Quartal um +0,3% gegenüber dem Vorquartal (nach -0,2% im dritten Quartal) und wuchs im Februar um +0,1% gegenüber dem Vormonat. Der Zuwachs der Anzahl der Personen in Schulung und in Arbeitslosigkeit schwächte sich seit dem dritten Quartal 2014 ab (Q2: +2% gegenüber dem Vorquartal, Q3: +1,7%, Q4: +1,3%, Jänner 2015 (gegenüber Vormonat): -0,5%, Februar: +1,0% (eigene Saisonbereinigung).

HVPI-Inflationsrate und Beiträge der Subkomponenten

Veränderung zum Vorjahr in % für HVPI und Kerninflation bzw. in %-Punkten für Inflationsbeiträge

Letzte Beobachtung: 0,5% (Jänner 2015)



Quelle: Statistik Austria.

Inflation sinkt in Jänner 2015 ölpreisbedingt weiter auf 0,5%

Im Jänner 2014 sank die österreichische HVPI-Inflationsrate weiter auf 0,5% und liegt damit um 0,3 Prozentpunkte unter dem Niveau des Vormonats (0,8%) und bereits 1 Prozentpunkt unter dem Wert vom November 2014. Die Kerninflationsrate (ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) hingegen sinkt nur leicht und ging im Jänner auf 1,7% zurück (nach 1,8% im Dezember). Der starke Rückgang im aktuellen Monat sowie im Vormonat ist auf

die Energiepreisentwicklung und hier insbesondere auf die Treibstoffpreise zurückzuführen. Die Jahresveränderungsrate der Energiepreise betrug im Jänner -9,5% und liegt damit um 2,5 Prozentpunkte tiefer als im Dezember des Vorjahres. Die Jahresinflationsrate im Dienstleistungssektor blieb in den letzten beiden Monaten konstant bei 2,7%. Mit einem Anstieg um 5,2% (und einem Inflationsbeitrag von rund 0,2 Prozentpunkten) waren die Mieten – ebenso wie in den Vormonaten – maßgeblich für die Preisentwicklung des gesamten Dienstleistungssektors.

Die österreichische HVPI-Inflation lag im Jänner abermals deutlich über dem Euroraumdurchschnitt von -0,6%. Im Euroraum war die Inflationsrate im Dezember 2014 in den negativen Bereich gerutscht (von +0,3% im November auf -0,2% im Dezember) und hat sich im Jänner 2015 weiter abgeschwächt. Auch bei unserem wichtigsten Handelspartner Deutschland ist die HVPI-Inflationsrate mit -0,5% im Jänner negativ. Damit beträgt der Inflationsabstand zu Deutschland derzeit 1 Prozentpunkt. Diese Differenz geht in erster Linie auf die unterschiedliche Preisentwicklung im Dienstleistungssektor zurück, dessen Inflationsrate in Deutschland im Jänner bei 1,2% lag (Österreich: 2,7%).

Die geldpolitischen Entscheidungen des EZB-Rats[6]

EZB-Rat am 22. Jänner 2015

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse hat der EZB-Rat am 22. Jänner 2015 die Aussichten für die Preisentwicklung sowie die erzielten geldpolitischen Impulse einer eingehenden Überprüfung unterzogen und die folgenden Beschlüsse getroffen:

Erstens hat er beschlossen, ein erweitertes Programm zum Ankauf von Vermögenswerten aufzulegen, das die bereits bestehenden Ankaufprogramme für Asset-Backed Securities und gedeckte Schuldverschreibungen einschließt. Im Rahmen dieses erweiterten Programms werden monatlich Wertpapiere des öffentlichen und privaten Sektors in Höhe von insgesamt 60 Mrd EUR angekauft. Die Ankäufe sollen bis Ende September 2016 und in jedem Fall so lange erfolgen, bis wir eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung erkennen, die im Einklang steht mit unserem Ziel, mittelfristig Inflationsraten von unter, aber nahe 2% zu erreichen. Im März 2015 wird das Eurosystem damit beginnen, am Sekundärmarkt auf Euro lautende Investment-Grade-Wertpapiere von im Euroraum ansässigen Regierungen, Emittenten mit Förderauftrag sowie von europäischen Institutionen zu erwerben. Die Ankäufe von Wertpapieren, die von im Euroraum ansässigen Regierungen und Emittenten mit Förderauftrag begeben werden, beruhen auf den Anteilen der NZBen des Eurosystems am Kapitalschlüssel der EZB. Auf Länder, die ein EU/IWF-Anpassungsprogramm durchlaufen, finden einige zusätzliche Zulassungskriterien Anwendung.

Zweitens hat der EZB-Rat beschlossen, die Preisgestaltung für die sechs verbleibenden gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (GLRGs) zu ändern. Dementsprechend wird der Zinssatz für künftige GLRGs dem zum Zeitpunkt der Durchführung des betreffenden GLRG geltenden Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte des Eurosystems entsprechen. Somit entfällt der auf den Hauptrefinanzierungssatz aufgeschlagene Spread in Höhe von 10 Basispunkten, der bei den beiden ersten GLRGs angewendet wurde.

Drittens haben wir im Einklang mit unserer Forward Guidance beschlossen, die Leitzinsen der EZB unverändert zu belassen.

Was die zusätzlichen Ankäufe von Vermögenswerten betrifft, so behält der EZB-Rat die Kontrolle über sämtliche Gestaltungsmerkmale des Programms. Die EZB übernimmt die Koordination der Ankäufe und wahrt somit die Einheitlichkeit der Geldpolitik des Eurosystems. Bei der Umsetzung verfolgt das Eurosystem einen dezentralen Ansatz, um seine Ressourcen zu mobilisieren. Was hypothetische Verluste anbelangt, so hat der EZB-Rat beschlossen, dass Verluste aus Ankäufen von Wertpapieren europäischer Institutionen gemeinsam zu tragen wären. Diese Wertpapiere machen 12% der zusätzlichen Ankäufe von Vermögenswerten aus und werden von NZBen erworben. Die übrigen zusätzlichen Ankäufe von Vermögenwerten durch die NZBen unterliegen nicht der Verlustteilung. Die EZB hält 8% der zusätzlich angekauften Vermögenswerte. Somit unterliegen 20% der zusätzlichen Ankäufe von Vermögenswerten dem Prinzip der Risikoteilung.

---

[6] Der Bericht ist die gekürzte Version der einleitenden Bemerkungen des EZB-Präsidenten nach dem EZB-Rat,die in englischer Sprache unter http://www.ecb.europa.eu/press/pressconf/2015/html/index.en.html bzw. indeutscher Übersetzung durch die Deutsche Bundesbank unter http://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Presse/Pressenotizen/pressenotizen.html verfügbar sind.

Der heutige geldpolitische Beschluss zu zusätzlichen Ankäufen von Vermögenswerten wurde getroffen, um zwei ungünstigen Entwicklungen entgegenzuwirken. Erstens fiel die Inflationsdynamik nach wie vor schwächer aus als erwartet. Wenngleich die derzeitige Gesamtinflation weiterhin vor allem auf den starken Rückgang der Ölpreise in den letzten Monaten zurückzuführen ist, hat die Möglichkeit von Zweitrundeneffekten auf die Lohn- und Preissetzung zugenommen, was die mittelfristige Preisentwicklung negativ beeinflussen könnte. Untermauert wird diese Einschätzung durch eine weitere Abnahme marktbasierter Messgrößen der Inflationserwartungen über alle Zeithorizonte sowie die Tatsache, dass die meisten Indikatoren für die gegenwärtige und die erwartete Inflation historische Tiefstände erreicht haben oder sich diesen annähern. Zugleich besteht im Eurogebiet weiterhin eine beträchtliche Unterauslastung, und die Entwicklung der Geldmenge und der Kreditvergabe ist nach wie vor verhalten. Zweitens bewirkten die im Zeitraum Juni bis September 2014 verabschiedeten geldpolitischen Maßnahmen zwar eine deutliche Verbesserung im Hinblick auf die Preise an den Finanzmärkten, auf die quantitativen Ergebnisse traf dies aber nicht zu. Folglich reichte der vorherrschende Grad an geldpolitischer Akkommodierung nicht aus, um angemessen auf erhöhte Risiken einer zu lang anhaltenden Phase niedriger Inflation zu reagieren. Angesichts der Tatsache, dass die Leitzinsen der EZB ihre Untergrenze erreicht haben, war die heutige Verabschiedung weiterer die Bilanz betreffender Maßnahmen angebracht, um unser Ziel der Preisstabilität zu erreichen.

Mit Blick auf die Zukunft werden die heutigen Maßnahmen die feste Verankerung der mittel- bis langfristigen Inflationserwartungen maßgeblich untermauern. Die deutliche Ausweitung unserer Bilanz wird den geldpolitischen Kurs weiter lockern. Insbesondere werden sich die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und private Haushalte im Euroraum weiter verbessern. Zudem werden die heutigen Beschlüsse unsere Forward Guidance im Hinblick auf die Leitzinsen der EZB bekräftigen und die Tatsache untermauern, dass zwischen wichtigen fortgeschrittenen Volkswirtschaften beträchtliche und zunehmende Unterschiede in Bezug auf den geldpolitischen Zyklus bestehen. Zusammengenommen dürften diese Faktoren die Nachfrage stärken, die Kapazitätsauslastung erhöhen sowie das Geldmengen- und Kreditwachstum unterstützen und somit dazu beitragen, dass die Inflationsraten sich wieder einem Niveau von 2% annähern.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der wirtschaftlichen Analyse zu beginnen. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Euro-Währungsgebiets erhöhte sich im dritten Jahresviertel 2014 um 0,2% gegenüber dem Vorquartal. Die jüngsten Daten und Umfrageergebnisse lassen auf ein anhaltend moderates Wachstum zum Jahreswechsel schließen. Mit Blick auf die Zukunft haben sich durch die jüngst gefallenen Ölpreise die Voraussetzungen dafür verbessert, dass die Konjunktur wieder an Fahrt gewinnt. Niedrigere Ölpreise sollten das real verfügbare Einkommen der privaten Haushalte und die Ertragskraft der Unternehmen stützen. Die Binnennachfrage dürfte auch durch unsere geldpolitischen Maßnahmen, die anhaltenden Verbesserungen der Finanzierungsbedingungen sowie die Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung und bei den Strukturreformen weiter begünstigt werden. Außerdem sollte die Exportnachfrage von der globalen Erholung profitieren. Die Erholung im Euroraum dürfte allerdings weiterhin durch die hohe Arbeitslosigkeit, beträchtliche ungenutzte Kapazitäten und die notwendigen Bilanzanpassungen im öffentlichen wie auch im privaten Sektor gedämpft werden.

Die Risiken für den Wirtschaftsausblick im Eurogebiet sind nach wie vor abwärtsgerichtet, sollten sich aber nach den heutigen geldpolitischen Beschlüssen und infolge des anhaltenden Rückgangs der Ölpreise über die letzten Wochen verringert haben.

Eurostat zufolge belief sich die am HVPI gemessene jährliche Teuerungsrate für das Euro-Währungsgebiet im Dezember 2014 auf -0,2% nach 0,3% im November. In dieser Abnahme spiegeln sich hauptsächlich ein starker Rückgang des Preisauftriebs bei Energie und in geringerem Maße eine niedrigere Jahresänderungsrate der Preise für Nahrungsmittel wider. Auf der Grundlage der neuesten Daten und der derzeitigen Terminpreise für Öl ist davon auszugehen, dass die jährlichen HVPI-Inflationsraten auch in den kommenden

Monaten sehr niedrig oder negativ sein werden. Angesichts des äußerst starken Rückgangs der Ölpreise in jüngster Zeit und unter der Annahme, dass es in den nächsten Monaten nicht zu einer deutlichen Korrektur kommt, sind derart niedrige Teuerungsraten auf kurze Sicht unvermeidlich. Gestützt durch unsere geldpolitischen Maßnahmen, die erwartete Erholung der Nachfrage und die Annahme eines allmählichen Anstiegs der Ölpreise in der nächsten Zeit dürften die Inflationsraten im späteren Verlauf des Jahres 2015 sowie 2016 nach und nach steigen.

Der EZB-Rat wird die Risiken in Bezug auf die Aussichten für die mittelfristige Preisentwicklung weiterhin genau beobachten. In diesem Zusammenhang werden wir unser Augenmerk insbesondere auf Veränderungen der geopolitischen Lage, die Wechselkurs- und Energiepreisentwicklung sowie die Transmission unserer geldpolitischen Maßnahmen legen.

Was die monetäre Analyse betrifft, so deuten die jüngsten Daten auf eine Belebung der Grunddynamik des Wachstums der weit gefassten Geldmenge (M3), wenngleich auf niedrigem Niveau. Die Jahreswachstumsrate von M3 – weiterhin getragen durch ihre liquidesten Komponenten – erhöhte sich im November 2014 auf 3,1% nach 2,5% im Vormonat und einem Tiefstand von 0,8% im April 2014. Das eng gefasste Geldmengenaggregat M1 weitete sich im Vorjahrsvergleich um 6,9% aus.

Die um Kreditverkäufe und -verbriefungen bereinigte jährliche Wachstumsrate der Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften blieb mit -1,3% im November 2014 nach -1,6% im Oktober zwar schwach, setzte jedoch ihre allmähliche Erholung von dem im Februar 2014 verzeichneten Tiefstand von -3,2% fort. In den letzten Monaten haben sich die Nettotilgungen gegenüber den vor Jahresfrist verzeichneten historischen Höchstständen im Schnitt verringert, und die Nettokreditvergabe kehrte sich im November leicht ins Positive. Die Ergebnisse der Umfrage zum Kreditgeschäft vom Januar 2015 zeigen per saldo eine weitere Lockerung der Kreditrichtlinien im Schlussquartal 2014 an, wobei sich die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern verringert haben und gleichzeitig die Nettonachfrage über alle Kreditkategorien hinweg zugenommen hat. Die Banken rechnen damit, dass sich diese Entwicklung Anfang 2015 fortsetzen wird. Trotz dieser Verbesserungen fällt die Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften weiterhin schwach aus; darin kommen nach wie vor deren verzögerte Reaktion auf den Konjunkturzyklus, das Kreditrisiko, die Kreditangebotsfaktoren sowie die anhaltenden Bilanzanpassungen im finanziellen und nichtfinanziellen Sektor zum Ausdruck. Die um Kreditverkäufe und -verbriefungen bereinigte Jahreswachstumsrate der Buchkredite an private Haushalte belief sich im November auf 0,7% (nach 0,6% im Oktober). Unsere geldpolitischen Maßnahmen sollten einer weiteren Verbesserung der Kreditströme förderlich sein.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Gegenprüfung der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Signale aus der monetären Analyse die Notwendigkeit einer weiteren Lockerung der Geldpolitik bestätigte. Unsere geldpolitischen Maßnahmen sollten allesamt die Erholung im Euroraum stärken und dafür sorgen, dass die Inflationsraten sich einem Niveau von unter, aber nahe 2% annähern.

Die Geldpolitik konzentriert sich auf die Gewährleistung von Preisstabilität auf mittlere Sicht, und ihr akkommodierender Kurs trägt dazu bei, die Konjunktur zu stützen. Zur Stärkung der Investitionstätigkeit, der Schaffung neuer Arbeitsplätze und des Produktivitätswachstums bedarf es jedoch eines entscheidenden Beitrags anderer Politikbereiche. Insbesondere müssen die entschlossene Umsetzung von Güter- und Arbeitsmarktreformen sowie die Bemühungen zur Verbesserung des Geschäftsumfelds für Unternehmen in einigen Ländern intensiviert werden. Eine rasche, glaubwürdige und effektive Durchführung von Strukturreformen ist von entscheidender Bedeutung, da dies nicht nur in Zukunft das nachhaltige Wachstum im Euroraum steigern wird, sondern auch die Erwartung höherer Einkommen wecken, die Unternehmen schon jetzt zu verstärkten Investitionen veranlassen und die konjunkturelle Erholung vorantreiben wird. Die Finanzpolitik sollte die wirtschaftliche Erholung stützen und dabei die Tragfähigkeit der Verschuldung im

Einklang mit den Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts gewährleisten, der weiterhin als Anker des Vertrauens fungiert. Alle Länder sollten den verfügbaren Spielraum nutzen, um die finanzpolitischen Maßnahmen wachstumsfreundlicher auszugestalten.

EZB-Rat am 4. Dezember 2014

Auf der Grundlage seiner regelmäßigen wirtschaftlichen und monetären Analyse und im Einklang mit seiner Forward Guidance hat der EZB-Rat am 4. Dezember 2014 beschlossen, die Leitzinsen der EZB unverändert zu belassen. Was die geldpolitischen Sondermaßnahmen betrifft, so haben wir mit dem Ankauf von gedeckten Schuldverschreibungen und Asset-Backed Securities begonnen. Die beiden Programme werden mindestens über zwei Jahre laufen. Kommende Woche werden wir das zweite gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäft durchführen, dem bis Juni 2016 noch sechs weitere Geschäfte folgen werden. Insgesamt werden unsere Maßnahmen erhebliche Auswirkungen auf die Bilanz der EZB haben, wobei beabsichtigt ist, dass sie sich in Richtung der Größenordnung von Anfang 2012 bewegen wird.

In den kommenden Monaten dürften unsere Maßnahmen eine noch breiter angelegte geldpolitische Lockerung bewirken, unsere Forward Guidance im Hinblick auf die Leitzinsen der EZB bekräftigen und die Tatsache weiter untermauern, dass zwischen wichtigen fortgeschrittenen Volkswirtschaften beträchtliche und zunehmende Unterschiede in Bezug auf den geldpolitischen Zyklus bestehen. Die aktuellen gesamtwirtschaftlichen Projektionen deuten jedoch auf eine niedrigere Inflation sowie auf ein schwächeres Wachstum des realen BIP und ein verhaltenes Geldmengenwachstum hin.

Vor diesem Hintergrund wird der EZB-Rat Anfang nächsten Jahres die erzielten geldpolitischen Impulse, die Ausweitung der Bilanz und die Aussichten für die Preisentwicklung überprüfen. Außerdem werden wir die weiter reichenden Auswirkungen der jüngsten Ölpreisentwicklung auf die mittelfristigen Inflationstrends im Eurogebiet beurteilen. Sollte es erforderlich werden, den Risiken einer zu lang anhaltenden Phase niedriger Inflation weiter entgegenzuwirken, so vertritt der EZB-Rat nach wie vor einstimmig die Absicht, innerhalb seines Mandats zusätzliche unkonventionelle Instrumente einzusetzen. Dies würde bedeuten, dass zu Beginn des kommenden Jahres Umfang, Tempo und Zusammensetzung unserer Maßnahmen geändert würden. Auf Ersuchen des EZB-Rats haben die Mitarbeiter der EZB und die zuständigen Ausschüsse des Eurosystems zusätzliche technische Vorbereitungen für weitere gegebenenfalls zeitnah zu ergreifende Maßnahmen getroffen. Unsere geldpolitischen Maßnahmen sind allesamt darauf ausgerichtet, die feste Verankerung der mittel- bis langfristigen Inflationserwartungen zu unterstützen – im Einklang mit unserem Ziel, Inflationsraten von unter, aber nahe 2% zu erreichen, und dazu beizutragen, dass die Teuerungsraten sich diesem Niveau wieder annähern.

Gestatten Sie mir nun, unsere Einschätzung näher zu erläutern und dabei mit der wirtschaftlichen Analyse zu beginnen. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Euro-Währungsgebiets erhöhte sich im dritten Jahresviertel 2014 um 0,2% gegenüber dem Vorquartal. Dies entsprach früheren Hinweisen auf eine Abschwächung der Wachstumsdynamik im Euroraum und führte dazu, dass in den aktuellen Prognosen die Wachstumsaussichten für das reale BIP des Eurogebiets nach unten korrigiert wurden. Die jüngsten Daten und Umfrageergebnisse bis November bestätigen das Bild eines in der kommenden Periode schwächeren Wachstumsprofils. Zugleich bleiben die Aussichten für eine mäßige Erholung der Wirtschaftstätigkeit bestehen. Einerseits dürfte die Binnennachfrage durch unsere geldpolitischen Maßnahmen, die anhaltenden Verbesserungen der Finanzierungsbedingungen, die Fortschritte bei der Haushaltskonsolidierung und bei den Strukturreformen sowie die deutlich niedrigeren, das real verfügbare Einkommen stützenden Energiepreise begünstigt werden. Außerdem sollte die Exportnachfrage von der globalen Erholung profitieren. Andererseits dürfte die Erholung weiterhin durch die hohe Arbeitslosigkeit, beträchtliche ungenutzte Kapazitäten und die notwendigen Bilanzanpassungen im öffentlichen wie auch im privaten Sektor gedämpft werden.

Diese Faktoren spiegeln sich auch in den von Experten des Eurosystems erstellten gesamtwirtschaftlichen Projektionen für das Euro-Währungsgebiet vom Dezember 2014 wider, denen zufolge das reale BIP in den Jahren 2014, 2015 und 2016 um 0,8%, 1,0% bzw. 1,5% steigen wird. Gegenüber den von Experten der EZB erstellen gesamtwirtschaftlichen Projektionen vom September 2014 wurden die Projektionen zum realen BIP-Wachstum deutlich nach unten korrigiert. Diese Abwärtskorrekturen betrafen sowohl die Binnennachfrage als auch den Außenbeitrag.

Die Risiken für den Wirtschaftsausblick im Euro-Währungsgebiet sind abwärtsgerichtet. Insbesondere könnte die schwache konjunkturelle Dynamik im Euroraum zusammen mit den hohen geopolitischen Risiken das Vertrauen und vor allem die private Investitionstätigkeit beeinträchtigen. Zudem stellt der unzureichende Fortschritt bei den Strukturreformen in Ländern des Eurogebiets ein wesentliches Abwärtsrisiko für die Wirtschaftsaussichten dar.

Die am HVPI gemessene jährliche Teuerungsrate für das Euro-Währungsgebiet belief sich der Vorausschätzung von Eurostat zufolge im November 2014 auf 0,3% nach 0,4% im Oktober. Verglichen mit dem Vormonat spiegeln sich darin hauptsächlich ein stärkerer Rückgang des Preisauftriebs bei Energie und ein etwas niedrigerer jährlicher Anstieg der Dienstleistungspreise wider. Unter Berücksichtigung der aktuell sehr niedrigen Inflation gilt es, die weiter reichenden Auswirkungen der jüngsten Ölpreisentwicklung auf den mittelfristigen Inflationstrend zu beurteilen und ein Überschwappen auf die Inflationserwartungen und die Lohnbildung zu vermeiden.

Vor dem Hintergrund der jüngsten Ölpreisentwicklung ist unbedingt noch einmal darauf hinzuweisen, dass sich die Prognosen und Projektionen auf technische Annahmen stützen, insbesondere was die Ölpreise und die Wechselkurse betrifft. Auf der Basis von Daten, die Mitte November verfügbar waren, als die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Experten des Eurosystems für das Euro-Währungsgebiet vom Dezember 2014 fertiggestellt wurden, lagen die Vorhersagen für die am HVPI gemessene jährliche Teuerungsrate für 2014 bei 0,5%, für 2015 bei 0,7% und für 2016 bei 1,3%. Gegenüber September 2014 wurden die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der EZB-Experten damit deutlich nach unten korrigiert. Diese Revisionen spiegeln hauptsächlich den in Euro gerechneten Ölpreisrückgang und die Auswirkungen der nach unten korrigierten Wachstumsaussichten wider, aber sie beinhalten noch nicht den in den vergangenen Wochen nach Abschluss der Projektionen erfolgten Einbruch der Ölpreise. In den kommenden Monaten könnten die jährlichen Inflationsraten aufgrund der in jüngster Zeit erneut gefallenen Ölpreise diesen Abwärtstrend fortsetzen.

Der EZB-Rat wird die Risiken in Bezug auf die Aussichten für die mittelfristige Preisentwicklung weiterhin genau beobachten. In diesem Zusammenhang werden wir unser Augenmerk insbesondere auf die möglichen Auswirkungen der gedämpften Wachstumsdynamik, der geopolitischen Lage, der Wechselkurs- und Energiepreisentwicklung und der Transmission unserer geldpolitischen Maßnahmen legen. Im Hinblick auf die weiter reichenden Auswirkungen, die die jüngste Ölpreisentwicklung auf die mittelfristigen Inflationstrends im Eurogebiet hat, werden wir besonders wachsam sein.

Was die monetäre Analyse betrifft, so stützen die Daten für Oktober 2014 die Einschätzung einer verhaltenen Grunddynamik des Wachstums der weit gefassten Geldmenge (M3); so lag die Jahreswachstumsrate von M3 – weiterhin getragen durch ihre liquidesten Komponenten – im Oktober wie schon im Vormonat bei 2,5%. Das eng gefasste Geldmengenaggregat M1 weitete sich dabei im Vorjahrsvergleich um 6,2% aus.

Die um Kreditverkäufe und -verbriefungen bereinigte jährliche Wachstumsrate der Buchkredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften lag im Oktober bei -1,6% gegenüber -1,8% im September, worin sich eine allmähliche Erholung von dem im Februar verzeichneten Tiefstand von -3,2% zeigt. In den letzten Monaten haben sich die Nettotilgungen gegenüber den vor Jahresfrist verzeichneten historischen

Höchstständen im Schnitt verringert. In der Kreditvergabe an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften kommen nach wie vor deren verzögerte Reaktion auf den Konjunkturzyklus, das Kreditrisiko, die Kreditangebotsfaktoren sowie die anhaltenden Bilanzanpassungen im finanziellen und nichtfinanziellen Sektor zum Ausdruck. Die um Verkäufe und Verbriefungen bereinigte Jahreswachstumsrate der Buchkredite an private Haushalte belief sich im Oktober auf 0,6% (nach 0,5% im September). Die bislang ergriffenen geldpolitischen Maßnahmen und der Abschluss der umfassenden Bewertung der Kreditinstitute durch die EZB sollten einer weiteren Stabilisierung der Kreditströme förderlich sein.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Gegenprüfung der Ergebnisse der wirtschaftlichen Analyse anhand der Signale aus der monetären Analyse die Notwendigkeit bestätigt, die Risiken in Bezug auf die Aussichten für die mittelfristige Preisentwicklung weiterhin genau zu beobachten und bereit zu sein, die Geldpolitik bei Bedarf weiter zu lockern.

Die Geldpolitik konzentriert sich auf die Gewährleistung der Preisstabilität auf mittlere Sicht, und ihr akkommodierender Kurs trägt dazu bei, die Konjunktur zu stützen. Zur Stärkung der Investitionstätigkeit, der Arbeitsplatzschaffung und des Produktivitätswachstums bedarf es jedoch eines entscheidenden Beitrags anderer Politikbereiche. Insbesondere müssen die entschlossene Umsetzung von Güter- und Arbeitsmarktreformen sowie die Bemühungen zur Verbesserung des Geschäftsumfelds für Unternehmen in einigen Ländern intensiviert werden. Eine glaubwürdige und effektive Durchführung von Strukturreformen ist von entscheidender Bedeutung, da dies die Erwartung höherer Einkommen schüren, die Unternehmen schon jetzt zu verstärkten Investitionen veranlassen und die konjunkturelle Erholung vorantreiben wird. Die Finanzpolitik sollte die wirtschaftliche Erholung stützen und dabei die Tragfähigkeit der Verschuldung im Einklang mit den Bestimmungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts gewährleisten, der weiterhin als Anker des Vertrauens fungiert. Alle Länder sollten den verfügbaren Spielraum nutzen, um die finanzpolitischen Maßnahmen wachstumsfreundlicher auszugestalten. Der am 26. November 2014 von der Europäischen Kommission angekündigte Investitionsplan für Europa wird die Erholung ebenfalls stützen.

Chronik der geldpolitischen Entscheidungen des Eurosystems 2014 und 2015

Datum der Bekanntgabe	Geldpolitische Maßnahme
22. Jänner 2015	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRG) sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,05%, 0,30% und -0,20% zu belassen. Darüber hinaus beschließt er ein erweitertes Programm zum Ankauf von Vermögenswerten. Die bestehenden Programme zum Ankauf von Vermögenswerten des privaten Sektors (CBPP3 und ABSPP) werden auf Anleihen von im Euroraum ansässigen Zentralstaaten, Emittenten mit Förderauftrag und europäische Institutionen ausgedehnt. Ziel des Programms ist es, dass das Eurosystem sein Mandat zur Gewährleistung von Preisstabilität erfüllt. Im Rahmen des neuen Programms (einschließlich CBPP3 und ABSPP) sind monatliche Ankäufe in Höhe von 60 Mrd EUR geplant. Die Ankäufe sollen mindestens bis September 2016 und in jedem Fall so lange erfolgen, bis der EZB-Rat eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung erkennt, die im Einklang steht mit seinem Ziel, mittelfristig Inflationsraten von unter, aber nahe 2% zu erreichen. In Bezug auf hypothetische Verluste aus Ankäufen von Wertpapieren europäischer Institutionen (12% der zusätzlichen Ankäufe) hat der EZB-Rat beschlossen, diese gemeinsam zu tragen. Die übrigen zusätzlichen Ankäufe von Vermögenwerten durch die NZBen unterliegen nicht der Verlustteilung. Die EZB hält 8% der zusätzlich angekauften Vermögenswerte. Somit unterliegen 20% des Portfolios dem Prinzip der Risikoteilung. Schließlich ist der EZB-Rat übereingekommen, den Zinssatz für die verbleibenden sechs gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (GLRGs) so zu ändern, dass er dem zum Zeitpunkt der Durchführung des betreffenden GLRG geltenden Zinssatz für die HRG des Eurosystems entspricht. Dadurch wird der Aufschlag auf den Zinssatz im HRG, der in den ersten beiden GLRGs bei 10 Bp. gelegen hatte, beseitigt.
1. Jänner 2015	Mit dem Beitritt Litauens zum Euro-Währungsgebiet umfasst der EZB-Rat 25 Mitglieder – die sechs Mitglieder des Direktoriums der EZB und die Präsidenten der 19 nationalen Zentralbanken. Das Rotationssystem für das Stimmrecht im EZB-Rat tritt in Kraft.
18. Dezember 2014	Die EZB gibt bekannt, dass sie beginnend mit der Sitzung am 22. Januar 2015 regelmäßige Zusammenfassungen der geldpolitischen Erörterungen des EZB-Rats veröffentlichen wird. Die Zusammenfassungen werden die Hintergründe der geldpolitischen Beschlüsse erläutern. Sie werden jeweils vier Wochen nach den Sitzungen veröffentlicht. Zudem wird ab Januar 2015 jeweils zwei Wochen nach der geldpolitischen Sitzung des EZB-Rates ein neuer Wirtschaftsbericht veröffentlicht, der an die Stelle des Monatsberichts tritt.
4. Dezember 2014	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,05%, 0,30% und -0,20% zu belassen.
21. November 2014	Das Eurosystem startet seine Ankäufe im Rahmen des Asset Backed Securities Purchase Programme (ABSPP).
6. November 2014	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,05%, 0,30% und -0,20% zu belassen.

30. Oktober 2014	Die EZB ernennt vier ausführende Vermögensverwalter (Amundi und Amundi Intermédiation, Deutsche Asset & Wealth Management International, ING Investment Management, State Street Global Advisors) für ihr ABS-Ankaufprogramm. Aufgabe der ausführenden Vermögensverwalter wird es sein, die Transaktionen zum Erwerb der zugelassenen ABS gemäß ausdrücklicher Anweisung durch das Eurosystem (sowie in dessen Auftrag) durchzuführen. Das Eurosystem trägt weiterhin die alleinige Verantwortung für Kaufentscheidungen. Das Eurosystem wird vor der Genehmigung der Transaktionen die Preise überprüfen und dafür sorgen, dass die erforderliche Sorgfaltspflicht angewandt wird.
20. Oktober 2014	Das Eurosystem startet seine Ankäufe im Rahmen des Covered Bonds Purchase Programmes 3 (CBPP 3).
2. Oktober 2014	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRG) sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,05%, 0,30% bzw. -0,20% zu belassen. Darüber hinaus gibt er die technischen Details zu den beiden Ankaufprogrammen ABSPP und CBPP3 bekannt. Beide Programme werden über einen Zeitraum von mindestens zwei Jahren laufen, werden in Primär- und Sekundärmärkten in Euro denominierte Papiere kaufen und sind bei ihren Käufen von den Richtlinien für notenbankfähige Sicherheiten geleitet. Ausnahmebestimmungen gibt es jedoch für Papiere aus Griechenland und Zypern, die diese Qualitätsvorschriften nicht erfüllen können.
18. September 2014	Der EZB-Rat beschließt per Losverfahren, welche Notenbankpräsidenten bei Inkrafttreten des Rotationssystems am 1. Januar 2015 als Erste ihre Stimmrechte verlieren. Die Auslosung hat ergeben, dass im Januar 2015 in der ersten Gruppe der Präsident der spanischen Zentralbank und in der zweiten Gruppe die Präsidenten der estnischen, der irischen und der griechischen Zentralbank ihre Stimmrechte abtreten werden. Am 1. Februar 2015 erhält in der ersten Gruppe der Präsident der spanischen Zentralbank sein Stimmrecht zurück, und der Präsident der französischen Zentralbank tritt sein Stimmrecht ab. In der zweiten Gruppe erhält der Präsident der estnischen Zentralbank sein Stimmrecht zurück, und die Präsidentin der zyprischen Zentralbank tritt das ihre ab. Die Auslosung wurde in Anwesenheit aller Mitglieder des EZB-Rats durchgeführt, der Präsident der litauischen Zentralbank nahm als Beobachter teil.
4. September 2014	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRG) um 10 Bp. auf 0,05% zu senken. Des Weiteren wird der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität um 10 Bp. auf 0,30% und jener der Einlagefazilität um 10 Bp. auf -0,20%gesenkt.
4. September 2014	Zudem kommt der EZB-Rat überein, zwei Ankaufsprogramme, nämlich das Asset Backed Securities Purchase Programme (ABSPP) sowie das dritte Covered Bonds Purchase Programme (CBPP3), zu starten. Im Rahmen des ABSPP wird das Eurosystem ein breites Portfolio an einfachen und transparenten ABS ankaufen, deren dahinterliegende Vermögenswerte aus Forderungen gegenüber dem nicht-finanziellen privaten Sektor im Euroraum bestehen. Im Rahmen des CBPP3 wird das Eurosystem ein breites Portfolio an in Euro denominierten gedeckten Schuldverschreibungen kaufen, die von im Euroraum ansässigen MFIs begeben wurden. Beide Programme richten sich an Marktsegmente, die für die Finanzierung der Realwirtschaft wichtig sind, und haben die Stimulierung der Kreditvergabe der Banken im Euroraum zum Ziel. Dies soll dazu beitragen, den Transmissionsmechanismus zu verbessern, und damit zusätzliche geldpolitische Akkommodierung schaffen.

7. August 2014	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRG) sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,15%, 0,40% bzw. -0,10% zu belassen.
17. Juli 2014	Der EZB-Rat veröffentlicht einen neuen – derzeit noch vorläufigen – Kalender für die EZB-Ratssitzungen mit Sechs-Wochen-Zyklus der geldpolitischen Diskussionen. Dementsprechend werden die Mindestreserve-Erfüllungsperioden ebenfalls auf sechs Wochen verlängert. Die zwölfte Mindestreserve-Erfüllungsperiode 2014 wird aus diesem Grund um 14 Tage verlängert und endet am 27. Januar 2015.
3. Juli 2014	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRG) sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,15%, 0,40% bzw. -0,10% zu belassen. Darüber hinaus kommt er überein, dass (i) die geldpolitischen Sitzungen des EZB-Rats ab Jänner 2015 im Sechs-Wochen-Zyklus abgehalten werden sollen, (ii) die Mindestreserve-Erfüllungsperioden in Anpassung an diesen neuen Rhythmus auf sechs Wochen verlängert werden sollen und (iii) die Zusammenfassungen der geldpolitischen Erörterungen voraussichtlich ab Januar 2015 veröffentlicht werden sollen. Schließlich beschloss der EZB-Rat auch die technischen Details der gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte (GLRG), in deren Rahmen Banken zunächst in zwei Geschäften (am 18. September und 11. Dezember 2014) einen Betrag von bis zu 7% eines bestimmten Teils ihrer Kredite aufnehmen können. Anschließend können in sechs weiteren Geschäften (vierteljährlich von März 2015 bis Juni 2016) zusätzliche Beträge – in Abhängigkeit von der Entwicklung der anrechenbaren Kreditvergabe über eine bankspezifische Referenzgröße hinaus – in Anspruch genommen werden.
17. Juni 2014	Der EZB-Rat hat in Zusammenarbeit mit der Bank of England, der Bank von Japan und der Schweizerischen Nationalbank beschlossen, die liquiditätszuführenden Geschäfte in US-Dollar mit einwöchiger Laufzeit auch nach dem 31. Juli 2014 bis auf Weiteres fortzuführen. Die Operationen erfolgen in Form von Repogeschäften gegen notenbankfähige Sicherheiten und werden weiterhin als Mengentender mit Vollzuteilung abgewickelt.
5. Juni 2014	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRG) um 10 Bp. auf 0,15% zu senken. Des Weiteren wird der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität um 35 Bp. auf 0,40% und jener für die Einlagefazilität um 10 Bp. auf -0,10% gesenkt. Der Negativzinssatz gilt auch für die das Mindestreserve-Soll übersteigenden durchschnittlichen Reserveguthaben sowie für sonstige Einlagen beim Eurosystem (z.B. Einlagen öffentlicher Haushalte jenseits bestimmter Schwellenwerte, die in TARGET2 gehaltenen Salden, etc.). Darüber hinaus legt er fest, sowohl die HRG als auch die Geschäfte mit dreimonatiger Laufzeit weiterhin so lange wie erforderlich, mindestens jedoch bis Ende 2016 als Mengentender mit Vollzuteilung abzuwickeln. Die Zinssätze für die dreimonatigen Tendergeschäfte werden dem durchschnittlichen Zinssatz im HRG über die jeweilige Laufzeit entsprechen. Der EZB-Rat beschließt außerdem, ab Mitte Juni 2014 die Refinanzierungsgeschäfte mit einer Sonderlaufzeit von der Dauer einer Erfüllungsperiode einzustellen. Zudem werden ab diesem Zeitpunkt die wöchentlichen Feinsteuerungsoperationen zur Sterilisierung der durch das SMP-Programm zugeführten Liquidität ausgesetzt.

5. Juni 2014	Weiters einigt man sich im EZB-Rat auf ein Programm zur Verbesserung des Funktionierens des geldpolitischen Transmissionsmechanismus. Konkrete Maßnahmen: 1. Durchführung einer Reihe von gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (GLRG) über ein Zeitfenster von zwei Jahren. Diese GLRG sollen der Verbesserung der Kreditvergabe der Banken an private Haushalte und nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften des Euroraums (ohne Wohnungsbaukredite an private Haushalte) dienen. 2. Verstärkung der Vorbereitungsarbeiten im Zusammenhang mit Outright-Käufen von Asset-Backed Securities (ABS). Schließlich wird die bestehende Ausweitung der Kriterien für die Notenbankfähigkeit von Sicherheiten, insbesondere die Möglichkeit der Hereinnahme zusätzlicher Kreditforderungen (Additional Credit Claims), bis mindestens September 2018 verlängert.
19. Mai 2014	Die 18 NZBen des Eurosystems, die EZB sowie die Sveriges Riksbank und die Schweizerische Nationalbank geben das vierte Goldabkommen der Zentralbanken (Central Bank Gold Agreement – CBGA) bekannt, welches am 27. September 2014 nach dem Auslaufen des gegenwärtigen Abkommens in Kraft treten wird. Sie erklären darin, dass (i) Gold ein wichtiger Bestandteil der Weltwährungsreserven bleibt, (ii) sie ihre Goldtransaktionen auch weiterhin koordinieren werden, um Marktturbulenzen zu vermieden und (iii) sie gegenwärtig keine Pläne hegen, Gold in namhaftem Umfang zu verkaufen.
8. Mai 2014 3. April 2014 6. März 2014 6. Februar 2014	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRG) sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,25%, 0,75% bzw. 0% zu belassen.
24. Jänner 2014	Der EZB-Rat beschließt, noch vier weitere USD-Tender mit einer Laufzeit von drei Monaten durchzuführen. Der letzte derartige Tender wird am 23. April 2014 angeboten, danach wird diese Operation eingestellt. USD-Tender mit einer Laufzeit von einer Woche werden weiterhin – zumindest bis 31. Juli 2014 – zur Verfügung stehen.
9. Jänner 2014	Der EZB-Rat beschließt, den Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte (HRG) sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 0,25%, 0,75% bzw. 0% zu belassen.

Quelle: EZB.

Kreditinstitute: Anstieg des Kreditwachstums bei Unternehmen[7]

Bankenbilanzsumme im September 2014 bei 922,8 Mrd EUR

Die unkonsolidierte Bilanzsumme aller österreichischen Banken betrug zum 31. Dezember 2014 896,4 Mrd EUR und lag daher um 30,7 Mrd EUR (-3,3%) unter dem Stand zum Ende des Vorjahres. Die Veränderung der Bilanzsumme wurde allerdings wesentlich von der mittlerweile restrukturierten Hypo Alpe Adria International beeinflusst, die Ende Dezember 2013 noch eine Bilanzsumme von 20,0 Mrd EUR meldete und Ende Dezember 2014 nicht mehr im Melderkreis enthalten war.

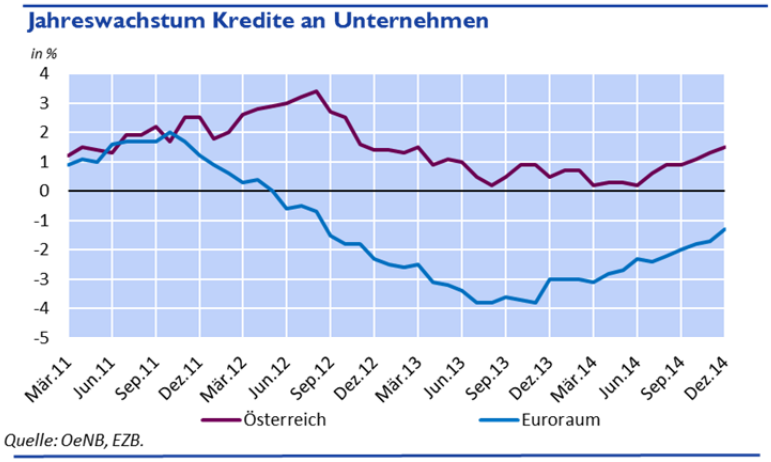
Wesentliche Veränderungen der Aktiva waren vor allem der Anstieg der Schuldtitel gegenüber öffentlichen Stellen um 9,0 Mrd EUR auf 48,1 Mrd EUR (+22,9%), der Rückgang der Forderungen an Kreditinstitute um 24,0 Mrd EUR auf 223,0 Mrd EUR (-9,7%) sowie der Rückgang der Anteile an verbundenen Unternehmen um 11,1 Mrd EUR auf 43,3 Mrd EUR (-20,4%). Die Passivseite war geprägt durch den Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 18,2 Mrd EUR auf 203,0 Mrd EUR (-8,2%), der Zunahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um 11,2 Mrd EUR auf 373,9 Mrd EUR (+3,1%) und der Abnahme der verbrieften Verbindlichkeiten um 23,7 Mrd EUR auf 166,6 Mrd EUR (-12,5%).

Kreditwachstum nichtfinanzieller Unternehmen steigt an[8]

Der um Wechselkurseffekte, Abschreibungen und Reklassifikationen bereinigte Jahresveränderungswert des Kreditvolumens österreichischer Monetärer Finanzinstitute (MFI) an inländische Nichtbanken stieg im Dezember 2014 um 0,7% und betrug zum 31.12. 328,3 Mrd EUR. Im Euroraum betrug die Jahreswachstumsrate hingegen -0,1%.

Nichtfinanzielle Unternehmen hatten im Dezember 2014 ein Kreditvolumen von insgesamt 137,3 Mrd EUR bei österreichischen MFIs aushaftend. Das Jahreswachstum von Unternehmenskrediten wies im Dezember in Österreich mit einem Wert von 1,5 % den höchsten Wert seit März 2013 auf. Der entsprechende Wert im Euroraum-Durchschnitt lag mit -1,4 % im negativen Bereich.

Grafik 1



Das Kreditvolumen an private Haushalte entwickelte sich im Dezember 2014 mit 1,3 % (auf 141,0 Mrd EUR) weiterhin stabil und lag damit deutlich über dem Euroraum-Durchschnitt von -0,3 %. Getragen wurde es in Österreich ausschließlich von Wohnbaukrediten, deren

[7] Autor: Patrick Thienel (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft Finanzierungsrechnung und Monetärstatistik)

[8] Im Folgenden werden Daten der Monetärstatistik benützt, da die Standveränderungen um nichttransaktionsbedingte Veränderungen bereinigt werden können.

Jahreswachstum mit 3,1 % zum bereits neunten Mal in Folge über der 3 %-Marke lag. Diese Kredite hatten mit 88,5 Mrd EUR auch den höchsten Anteil am gesamten Kreditvolumen privater Haushalte. Konsumkredite und sonstige Kredite entwickelten sich in Österreich mit -2,7 % (auf 20,2 Mrd EUR) bzw. -0,8 % (auf 32,3 Mrd. EUR) hingegen rückläufig. Im Euroraum gingen bei den Krediten an private Haushalte alle drei Kreditkategorien zurück (Wohnbaukredite -0,1 %, Konsumkredite -0,9% und sonstige Kredite -0,8 %).

Stabil positives Einlagenwachstum trotz historisch tiefer Zinssätze

Trotz des weiter anhaltenden historisch geringen Zinsniveaus, erhöhte sich das aushaftende Einlagenvolumen österreichischer Nichtbanken im Dezember 2014 im Jahresvergleich um 3,2% auf 312,05 Mrd EUR. Besonders kräftig waren die Zuwächse bei Einlagen der sonstigen Finanzintermediäre (+5,1 Mrd EUR) sowie der privaten Haushalte (+4,8 Mrd EUR). Aufgrund des historisch geringen Zinsniveaus und der flachen Zinsstrukturkurve kam es bei privaten Haushalten weiterhin zu Umschichtungen von gebundenen Einlagen zu täglich fälligen Einlagen. Diese stiegen im Jahresabstand um 12,1 % bzw. 10,3 Mrd EUR, während Einlagen mit vereinbarter Bindungsfrist um -4,2 % bzw. -5,5 Mrd EUR zurückgingen. Bei sonstigen Finanzintermediären war sowohl bei täglich fälligen Einlagen (+2,4 Mrd EUR bzw. +31,7 %) als auch bei Einlagen mit vereinbarter Bindungsfrist (+2,4 Mrd EUR bzw. +63,7 %) ein stark steigendes Einlagenvolumen zu beobachten. Einlagen nichtfinanzieller Unternehmen stiegen um 0,5 Mrd EUR (+0,9 %). Unternehmen bauten vor allem täglich verfügbare Mittel im Ausmaß von 1,3 Mrd EUR (-3,4 %) ab, während gebundene Einlagen (+0,9 Mrd EUR bzw. 6,2 %) aufgebaut wurden.

Vergleicht man die Entwicklung mit dem Euroraum, so war auch dort mit 1,2 % ein Anstieg des Einlagenniveaus von Nichtbanken ähnlich dem in Österreich zu verzeichnen. Treiber des Einlagenwachstums im Euroraum waren neben privaten Haushalten (+2,3 %) die nichtfinanziellen Unternehmen (+4 %). Im Vergleich dazu sanken im Euroraum die Einlagen von sonstigen Finanzintermediären um -2,9 %.

Historische Tiefststände bei Kreditzinssätzen für private Haushalte

Während die EZB-Leitzinssatzsenkung vom September 2014 bei Krediten an private Haushalte bis Ende Dezember 2014 bereits mehr als weitergegeben wurde, kam es bei Krediten an nichtfinanzielle Unternehmen im Dezember wieder zu einem Anstieg der Zinssätze.

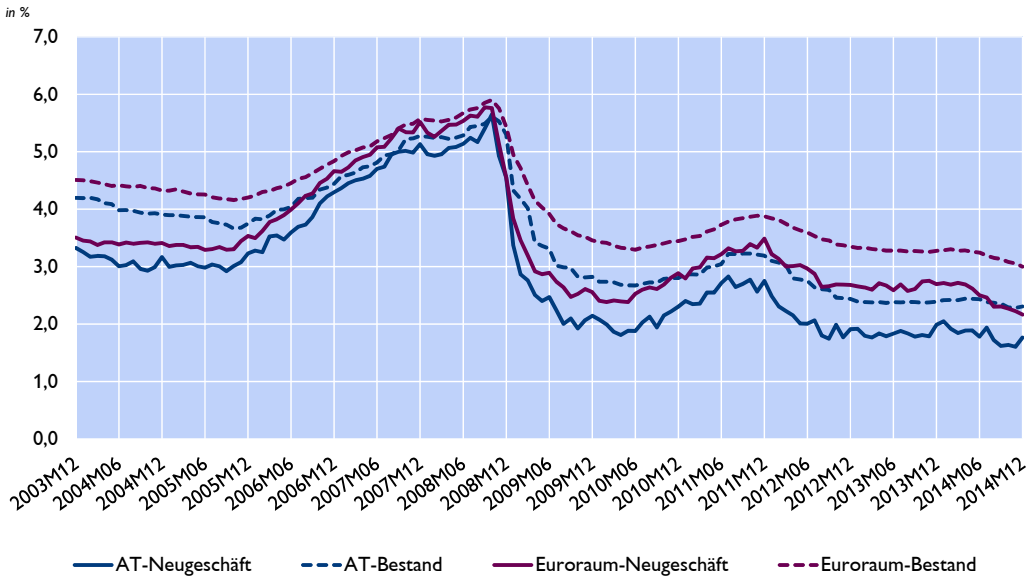
Der Zinssatz für neu vergebene Kredite an private Haushalte erreichte mit 2,44 % einen neuen historischen Tiefststand und ging seit der Leitzinssatzsenkung um 29 Basispunkte zurück, damit aber doch etwas schwächer als im Euroraum-Durchschnitt (43 Basispunkte). Private Haushalte konnten dabei über alle Verwendungszwecke hinweg (Konsum-, Wohnbau-, und sonstige Kredite) von den attraktiven Kreditkonditionen profitieren. Bei Wohnbaukrediten wurde mit einem durchschnittlichen Zinssatz von 2,11 % im November der absolute Tiefpunkt durchschritten. Der geringfügig höhere Wert von Dezember (2,14%) lag noch immer deutlich unter dem Euroraum-Vergleichswert (2,58 %). Noch deutlicher war der Zinsvorteil für österreichische Kunden bei Konsumkrediten (Österreich: 4,66%, Euroraum: 5,95%).

Von August 2014 bis November 2014 ging der Zinssatz neu vergebener Unternehmenskredite um 11 Basispunkte (bei Krediten bis eine Million EUR) bzw. um 13 Basispunkte (bei Großkrediten über eine Million EUR) zurück. Im Dezember stieg der Wert dann allerdings wieder um 4 bzw. 19 Basispunkte an. Neu vergebene Kredite bis eine Million bzw. über eine Million EUR an nichtfinanzielle Unternehmen erreichten im Dezember Zinssätze von 2,15 % bzw. 1,72 %, wobei der Dezember aufgrund eines hohen Anteils von

Neuvereinbarungen von Altverträgen traditionell einen etwas höheren Zinssatz aufweist. Durch den hohen Anteil an variabel verzinsten Krediten schlug das geringere Zinsniveau im Neugeschäft bereits deutlich auf die Zinssätze des aushaftenden Kreditbestandes durch. Mit 2,31 % wurde auch bei den Bestandszinssätzen von nichtfinanziellen Unternehmen ein neuer historischer Tiefststand erreicht.

Grafik 2

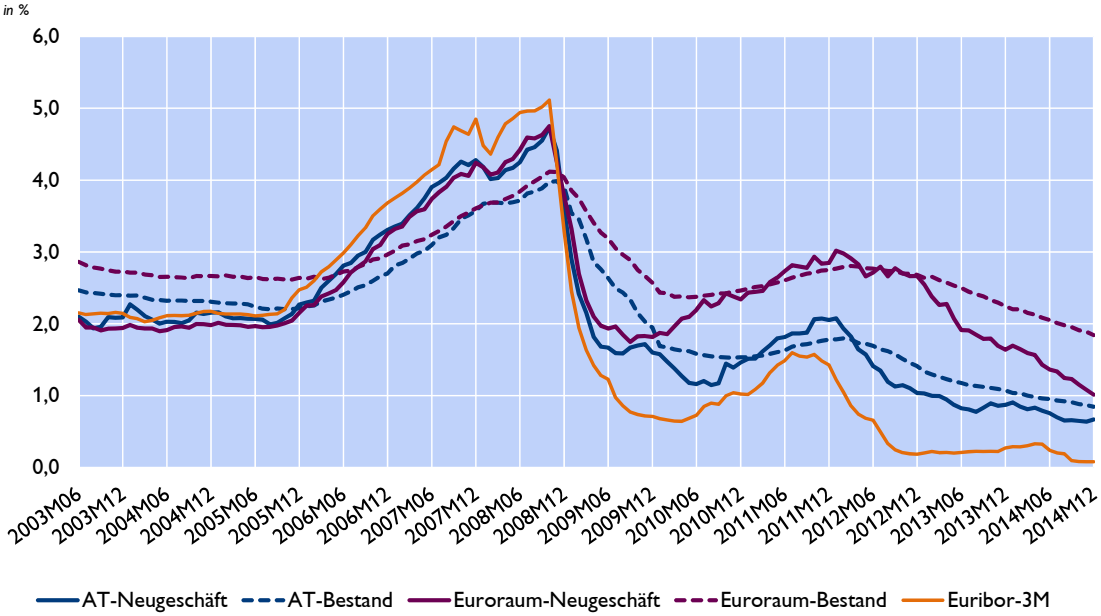
Bestands- vs. Neugeschäftszinssätze von Krediten an nichtfinanzielle Unternehmen



Quelle: OeNB, EZB.

Grafik 3

Bestands- vs. Neugeschäftszinssätze von Einlagen mit Bindungsfrist privater Haushalte



Quelle: OeNB, EZB.

Die Zinssätze neu vergebener Einlagen an private Haushalte reagierten nur im kurzfristigen Bereich auf die Leitzinssatzsenkung der EZB. So war im Dezember bei neu vergebenen kurzfristigen Einlagen (bis 1 Jahr) mit 0,46 % ein Rückgang von 8 Basispunkten im Vergleich zu August erkennbar. Der entsprechende Euroraum-Vergleichswert lag mit 0,98 % noch deutlich über dem Zinssatz in Österreich, ging hingegen im entsprechenden Zeitraum mit -25

Basispunkten deutlich stärker als jener Österreichs zurück. Während der Zinssatz neu vergebener Einlagen mit Bindungsfristen zwischen ein und zwei Jahren mit -3 Basispunkten kaum von der Leitzinssatzsenkung betroffen war, stieg der Zinssatz neu vergebener Einlagen mit Bindungsfristen über zwei Jahre um 24 Basispunkte an. Mit 0,66 % bzw. 1,53 % lag Österreich auch hier in beiden Kategorien unter den Euroraum-Vergleichswerten von 0,85 % bzw. 1,58 %.

Auch die Bestandszinssätze gebundener Einlagen privater Haushalte erreichten im November in Österreich mit 0,85 % und im Euroraum-Durchschnitt mit 1,84 % ihr historisch niedrigstes Niveau. Deutlich geringer ist der Zinsunterschied zwischen Österreich und dem Euroraum-Durchschnitt bei Betrachtung des gesamten durchschnittlichen Einlagenzinssatzes[9] privater Haushalte (Österreich: 0,61 %, Euroraum: 0,83 %). Dieser Umstand ergibt sich vor allem daraus, dass täglich fällige Einlagen in Österreich mit 0,31 % – vor allem bedingt durch Direktbanken – höher verzinst waren als im Euroraum-Durchschnitt (0,22 %).

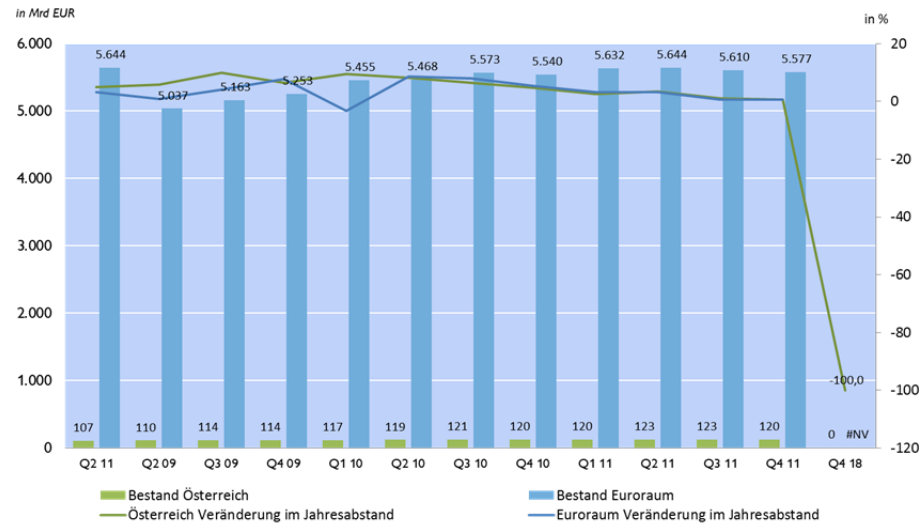
Heimische Versicherer investierten vermehrt in Schuldverschreibungen von Emittenten außerhalb des Euroraums

Zum Ende des dritten Quartals 2014 erreichte die Bilanzsumme der heimischen Versicherungsunternehmen 137,4 Mrd EUR und wuchs damit im Jahresabstand um +6,6%, während es im Vorquartal noch +6,3% waren. Im Gegensatz dazu verringerte sich das Jahreswachstum der Bilanzsumme aller Versicherer des Euroraums von +8,6% im zweiten auf +8,2% im dritten Quartal 2014 und resultierte zuletzt in einem Bilanzvolumen von insgesamt 6.707 Mrd EUR. Damit blieben die Jahreswachstumsraten weiterhin auf ähnlich hohem Niveau wie zuletzt Ende 2012 (AT: +7,9%, Euroraum: +6,1%). Der Anteil Österreichs am Vermögensbestand des Euroraumes betrug konstante 2,1%.

Zum Berichtstermin hielten die österreichischen Versicherungsunternehmen Anleihen im Wert von 55,7 Mrd EUR, was im Jahresabstand einer Bestandsveränderung von +6,9 Mrd EUR (+14,2%) entsprach. Davon entfiel etwa die Hälfte auf Nettozukäufe

Grafik 4

Versicherungen - Entwicklung der Bilanzsumme in Österreich und im Euroraum



Quelle: OeNB, EZB.

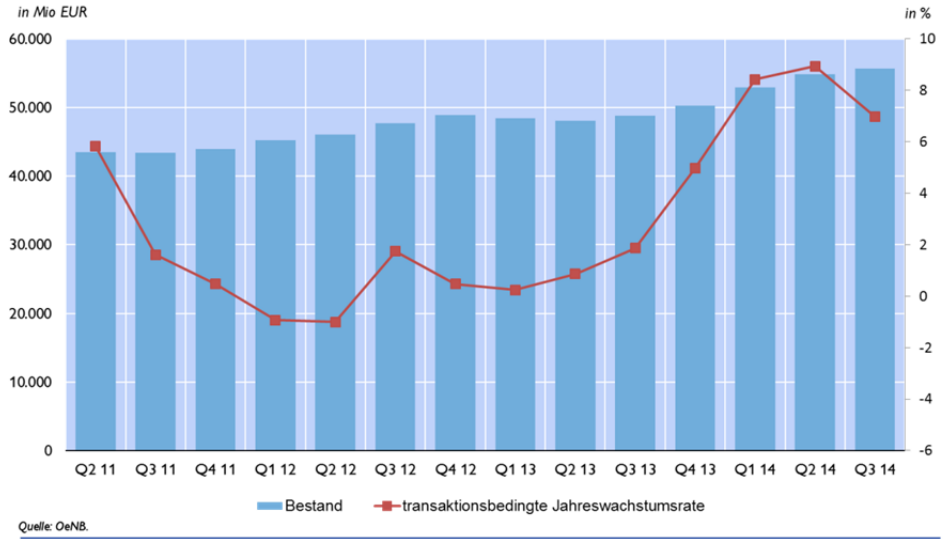
[9] Inklusive täglich fälliger Einlagen und Einlagen mit Kündigungsfrist.

(+3,3 Mrd EUR) und die andere Hälfte auf Bewertungsgewinne (+3,6 Mrd EUR). Die transaktionsbedingte Jahreswachstumsrate bewegte sich weiterhin auf hohem Niveau, sank jedoch gegenüber dem Vorquartal merklich von +9% auf +7%.

Bedingt wurde die Abschwächung des Jahreswachstums durch geringere Neuinvestitionen in Staatsschuldverschreibungen des Euroraums im Ausmaß von +1,2 Mrd EUR im Jahresabstand, wobei die Jahreswachstumsrate von 19% im Vorquartal auf 12% sank. So kam es auch zu Verkäufen von deutschen (-128 Mio EUR) und österreichischen (-49 Mio EUR) Staatsanleihen. Neuveranlagungen in Anleihen tätigten heimische Versicherer maßgeblich in Schuldverschreibungen von Emittenten außerhalb des Euroraums mit einem Investitionsvolumen von +1,2 Mrd EUR bzw. +13% im Jahresabstand. Weitere nennenswerte Veranlagungen erfolgten in Unternehmensanleihen (+0,6 Mrd EUR) und Schuldverschreibungen von anderen Finanzinstituten (+0,3 Mrd EUR).

Grafik 5

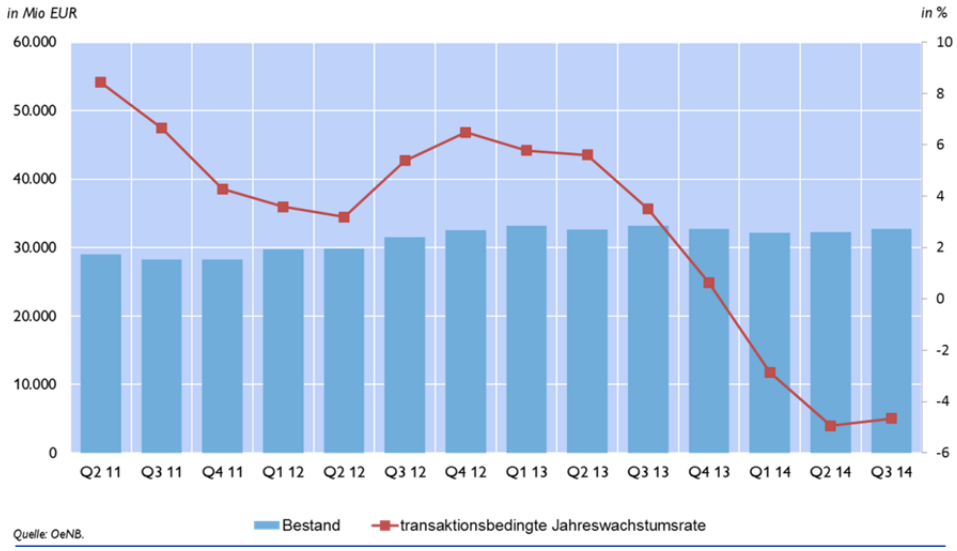
Schuldverschreibungen - Bestände und Jahreswachstumsraten



Quelle: OeNB.

Grafik 6

Investmentfondsanteile - Bestände und Jahreswachstumsraten



Quelle: OeNB.

Die seit 2013Q3 anhaltenden massiven Verkäufe von Investmentfondsanteilen durch heimische Versicherungsgesellschaften erfuhren im Berichtsquartal eine Wende (+220 Mio EUR), konnten jedoch die im Jahresabstand getätigten Desinvestitionen im Ausmaß von -1,5

Mrd EUR nicht wett machen und resultierten in einer negativen Jahreswachstumsrate von -4,7%. Gleichzeitig verringerte sich der Bestand an Investmentfondsanteilen im Jahresabstand aber lediglich um -0,4 Mrd EUR auf 32,8 Mrd EUR, was hauptsächlich auf Bewertungsgewinne in Höhe von +1,1 Mrd EUR zurückzuführen war.

Aktuelle Entwicklungen zur Finanzmarktstabilität

Diskussion über Systemrisiken im Finanzmarktstabilitätsgremium angelaufen[10]

Das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) nahm am 8. September 2014 seine Tätigkeit auf. Es fungiert als zentrales Willensbildungsforum zur Umsetzung der makroprudenziellen Aufsicht in Österreich. Die Mitglieder des FMSG wurden am 1. Juli 2014 vom Ministerrat ernannt.

In seiner 2. Sitzung am 10. November 2014 wurden im Finanzmarktstabilitätsgremium die systemischen Risiken des österreichischen Bankensektors auf Basis einer umfangreichen Systemrisikoanalyse der OeNB eingehend diskutiert. Darüber hinaus wurden eine detaillierte OeNB-Analyse der Auswirkungen der Russland-Ukraine-Krise auf die Finanzmarktstabilität in Österreich sowie die Ergebnisse des Comprehensive Assessments der EZB erörtert. Weiters berichtete das Sekretariat über die analytischen und rechtlichen Vorbereitungen für den Einsatz des antizyklischen Kapitalpuffers und die internationalen Arbeiten zum Puffer für systemrelevante Institute. Transparenz und Kommunikation sind für die makroprudenzielle Aufsicht wichtig, daher soll demnächst eine Homepage eingerichtet werden, um relevante Informationen einem breiten Publikum zugänglich zu machen.

Aktuelle Entwicklungen zur HETA Asset Resolution AG[11]

Am 27. Februar 2015 informierte die HETA Asset Resolution AG (kurz: HETA) – d.h. die deregulierte Abbaugesellschaft der ehemaligen Hypo Alpe Adria Bank International AG – die Aufsicht sowie ihren Eigentümer, die Republik Österreich, über ihre drohende Zahlungsunfähigkeit auf Basis erster vorläufiger Ergebnisse aus dem Asset Quality Review. Der Bundesminister für Finanzen teilte daraufhin mit, keine weiteren staatlichen Kapital- und Liquiditätsmaßnahmen (nach dem Finanzmarktstabilitätsgesetz) setzen zu wollen. Als Folge dessen leitete die FMA in ihrer Funktion als österreichische Abwicklungsbehörde gemäß dem „Bundesgesetz zur Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG, Umsetzung des neuen europäischen Abwicklungsregimes für Banken) die Abwicklung der HETA per Bescheid ein.

[10] Autor: Peter Strobl (Abteilung für Finanzmarktstabilität und Makroprudenzielle Aufsicht)

[11] Autoren: Stephan Fidesser, Paul Grassel (beide Abteilung für Bankenanalyse)

Im Zuge der Bescheiderstellung verfasste die OeNB eine gutachterliche Äußerung zu den Auswirkungen eines potentiellen Konkurses der HETA auf die Finanzmarktstabilität in Österreich oder einem anderen Mitgliedstaat. Das Gutachten der OeNB führte dazu aus, dass ein Konkurs der HETA negative Auswirkungen auf die Finanzmarktstabilität in den SEE-Ländern und auf den Finanzmarkt in Österreich hätte. Der am 1. März 2015 von der FMA veröffentlichte Bescheid sieht eine bis 31. Mai 2016 befristete Stundung von Verbindlichkeiten der HETA gegenüber den Gläubigern gemäß BaSAG vor, um die Erstellung eines Abwicklungsplans, der den Zielen des neuen Regimes entspricht, zu ermöglichen.

Spezielle Kurzanalysen

Die Ankaufprogramme des Eurosystems[12]

Der Euroraum konnte im Jahr 2014 mit einem BIP-Wachstum von 0,8% zwar die Rezession der Vorjahre hinter sich lassen, doch erholte sich die Wirtschaft deutlich langsamer und schwächer als erwartet. Die HVPI-Inflationsraten betrugen zu Jahresbeginn weniger als 1% und lagen damit deutlich unter dem Preisstabilitätsziel von knapp unter aber nahe bei 2%. Zudem wiesen die Inflationsraten einen Abwärtstrend auf und lagen beständig unter den Prognosen. All dies ist vor dem Hintergrund einer weiterhin schwachen Kreditdynamik und einer nach wie vor beeinträchtigten geldpolitischen Transmission zu sehen. Die wirtschaftliche Situation sprach demnach für eine weitere Lockerung der Geldpolitik.

Diese Lockerung wird mit einem großen Maßnahmenpaket umgesetzt. Das Paket besteht erstens aus neuen längerfristigen Refinanzierungsgeschäften, die an die Kreditvergabe der Banken gekoppelt sind. Zweitens kauft das Eurosystem seit Herbst 2014 gedeckte Schuldverschreibungen und Asset-Backed Securities. Schließlich werden ab März 2015 auch Staatsanleihen aus dem Euroraum sowie Anleihen von Emittenten mit Förderauftrag und von europäischen Institutionen angekauft. Das Gesamtvolumen der Ankaufprogramme wird 60 Mrd EUR pro Monat betragen.

Ein Rückblick auf das Maßnahmenpaket von Juni bis September 2014

Um die Kreditgewährung anzukurbeln und damit der Konjunktur und in weiterer Folge der Inflation einen positiven Impuls zu geben, wurden im Juni 2014 „Gezielte längerfristige Refinanzierungsgeschäfte“ (engl. Targeted Longer-Term Refinancing Operations, TLTROs) ins Leben gerufen. Im Rahmen dieses Programmes wird den Banken ab September 2014 Zentralbankgeld – zusätzlich zu den bestehenden Zentralbankkreditgeschäften – mit einer maximalen Laufzeit von 4 Jahren zur Verfügung gestellt. Im Unterschied zu den bis dahin angebotenen Liquiditätshilfen ist dieses Programm jedoch an die Bedingung geknüpft, dass das Zentralbankgeld für Kredite an Unternehmen und private Haushalte (jedoch nicht für den Kauf von Immobilien) verwendet werden muss. Sollte eine Bank dieser Auflage nicht nachkommen, muss sie den Zentralbankkredit vorzeitig, also bereits im September 2016, zurückzahlen.

Für beide TLTROs des Jahres 2014 galt ein Fixzins von 0,15%, der sich aus dem geltenden Zinssatz im Hauptrefinanzierungsgeschäft plus einem Aufschlag von 10 Basispunkten ergibt. Im Rahmen dieser ersten beiden TLTROs fragten die Banken insgesamt 212 Mrd EUR nach.

Weiters kam der EZB-Rat im September 2014 überein, zusätzlich zwei Ankaufprogramme – nämlich das Asset-Backed Securities Purchase Programme (ABSPP) sowie das dritte Covered Bonds Purchase Programme (CBPP3) – zu starten. Im Rahmen des ABSPP kauft das Eurosystem ein breites Portfolio an einfachen und transparenten ABS an, deren dahinterliegende Vermögenswerte aus Forderungen gegenüber dem nicht-finanziellen privaten Sektor im Euroraum bestehen. Im Rahmen des CBPP3 wird ein breites Portfolio an in Euro denominierten gedeckten Schuldverschreibungen gekauft, die von im Euroraum ansässigen Banken begeben wurden. Beide Programme richten sich an Marktsegmente, die für die Finanzierung der Realwirtschaft wichtig sind, und haben die Stimulierung der Kreditvergabe der Banken im Euroraum zum Ziel. Mit dem ABSPP soll zudem der Markt für Kreditverbriefungen belebt werden, um Banken die Verbriefung von Krediten an KMUs und den Verkauf an andere

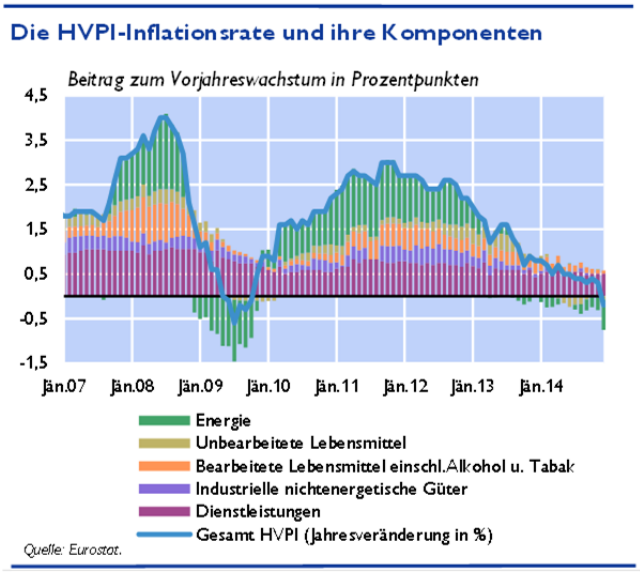
[12] Autorin: Claudia Kwapil (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen)

Investoren zu erleichtern. Damit soll den Banken ein erhebliches Hemmnis für die langfristige Kreditvergabe an KMUs genommen werden, nämlich die Unsicherheit, in schwierigeren Zeiten dem Ausfallsrisiko und der niedrigen Liquidität dieser Kredite ausgesetzt zu sein.

Mit 20. Oktober 2014 startete das Eurosystem die Ankäufe im Rahmen des CBPP3 und am 21. November 2014 jene der ABS. Bis zum Stichtag 27. Februar 2015 wurden Papiere im Ausmaß von rund 55 Mrd EUR erworben.

Die Ausgangssituation für das neue Ankaufprogramm

Trotz der seit Jahren expansiven Geldpolitik, die durch das oben genannte Maßnahmenpaket weiter gelockert wurde, folgt die HVPI-Inflationsrate im Euroraum seit Mitte 2011 einem deutlichen Abwärtstrend, der sich auch im Jahr 2014 fortsetzte. Einerseits ist die Abnahme der Inflationsraten stark durch die globale Entwicklung der Energie- und Nahrungsmittelpreise verursacht. Andererseits wertete der Euro zwischen Mitte 2012 und Anfang 2014 deutlich gegenüber seinen wichtigsten Handelspartnern auf, was die Preise importierter Güter dämpfte und damit ebenfalls zur Abnahme der Inflationsraten beitrug.



Während die Inflationsrate zu Jahresbeginn 2014 noch knapp unter 1% lag, nahm diese im Jahresverlauf weiter ab und betrug zum Jahresende -0,2%. Der Rückgang fiel deutlich stärker aus als von den Prognosen erwartet, da ungefähr ab Jahresmitte 2014 der Ölpreis einen dramatischen Preisverfall zu verzeichnete. In US-Dollar fielen die Ölpreise im Jahresverlauf 2014 um rund 50%. Da der Euro-Wechselkurs in der zweiten Jahreshälfte 2014 gegenüber dem US-Dollar abwertete, war der Ölpreisverfall in Euro mit rund 40% etwas geringer.

Im Durchschnitt lag die HVPI-Inflationsrate im Jahr 2014 bei 0,4%. Die Inflationsentwicklung lag damit deutlich unter dem Preisstabilitätsziel von unter aber nahe 2%.

In der zweiten Jahreshälfte 2014 stieg mit dem deutlichen Rückgang des Ölpreises die Besorgnis über mögliche Zweitrundeneffekte auf die Lohn- und Preissetzung, was die mittelfristige Preisentwicklung zusätzlich negativ beeinflussen könnte. Niedrige Inflationsraten, die über einen längeren Zeitraum anhalten, können dazu führen, dass sich die Inflationserwartungen von der EZB-Definition für Preisstabilität von unter aber nahe 2% wegbewegen und nach unten revidiert werden. Erste Hinweise darauf lieferte die Abnahme marktbasierter Messgrößen der Inflationserwartungen. Zudem näherten sich die meisten Indikatoren für die gegenwärtige und die erwartete Inflation historischen Tiefständen an. Zum Beispiel verringerten sich die langfristigen Termin-Breakeven-Inflationsraten, die anhand inflationsgebundener Swaps berechnet werden, Ende des Jahres 2014 auf rund 1,8%. Sinkende Inflationserwartungen erhöhen die Realzinsen, was auf die Realwirtschaft wie eine geldpolitische Straffung wirken kann.

Zugleich besteht im Eurogebiet weiterhin eine beträchtliche Unterauslastung der Produktionskapazitäten, und die Kreditvergabe ist nach wie vor verhalten. Weiters bewirkten

die im Zeitraum Juni bis September 2014 verabschiedeten geldpolitischen Maßnahmen zwar eine deutliche Verbesserung im Hinblick auf die Preise an den Finanzmärkten (d.h. die Zinsen sanken), in der Kreditvergabe war jedoch weiterhin keine Zunahme zu erkennen. Folglich reichte in der Einschätzung des EZB-Rates der vorherrschende Grad an geldpolitischer Lockerung nicht aus, um angemessen auf erhöhte Risiken einer zu lang anhaltenden Phase niedriger Inflation zu reagieren.

Das Programm zum Ankauf von Vermögenswerten

Vor diesem Hintergrund beschloss der EZB-Rat im Jänner 2015 ein erweitertes Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (engl. expanded asset purchase programme, APP), in dessen Rahmen zu den bereits genannten gedeckten Schuldverschreibungen (CB) und Asset Backed Securities (ABS) auch Anleihen von im Euroraum ansässigen Zentralstaaten, Emittenten mit Förderauftrag und von europäischen Institutionen (wie zum Beispiel der Europäischen Investitionsbank oder dem Europäischen Stabilitätsmechanismus) vom Eurosystem erworben werden. Das monatliche Volumen, welches ab März 2015 gekauft wird, beträgt 60 Mrd EUR. Die Ankäufe sollen mindestens bis September 2016 und in jedem Fall so lange erfolgen, bis der EZB-Rat eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung in Richtung 2% erkennt.

Das Programm ist im Einklang mit den rechtlichen Vorgaben des EU-Vertrags: Zur Durchführung der Geldpolitik steht dem EZB-Rat eine Vielzahl an in den Verträgen festgelegten Instrumenten zur Verfügung. Direktkäufe von marktfähigen Instrumenten sind in Artikel 18.1 der Satzung des ESZB explizit als geldpolitisches Instrument angeführt. Dies beinhaltet die Möglichkeit, Wertpapiere wie beispielsweise Staatsanleihen zu kaufen. Voraussetzung bei Staatsanleihen ist jedoch, dass diese am Sekundärmarkt von anderen Anlegern und nicht am Primärmarkt, also nicht direkt von den Mitgliedstaaten, erworben werden. Das Eurosystem hält das Verbot der monetären Finanzierung strikt ein, indem keine Ankäufe am Primärmarkt getätigt werden. Das Eurosystem erwirbt Anleihen erst dann, wenn sich bereits ein Marktpreis gebildet hat.

Im Rahmen dieses Ankaufprogramms werden Wertpapiere mit der Einstufung „investment grade“ gekauft, wobei für Programmländer Ausnahmebestimmungen gelten. Während der Überprüfungsphase von Reformprogrammen in diesen Ländern wird die Kaufwürdigkeit unterbrochen, und diese ist erst wieder gegeben, wenn die Überprüfung positiv abgeschlossen ist. Bezüglich der technischen Details der Anleihen von im Euroraum ansässigen Zentralstaaten, Emittenten mit Förderauftrag und von europäischen Institutionen werden nur solche mit einer Restlaufzeit von 2 bis 30 Jahren erworben. Dabei gibt es sowohl eine Emittentenobergrenze von 33% als auch eine Einzelemissionsobergrenze von 25%. D.h., das Eurosystem kauft maximal 1/3 der Gesamtschuld eines Emittenten (zum Beispiel eines Staates) und maximal ¼ einer einzelnen Anleihe. Beide Grenzwerte werden dazu beitragen, die Funktionsfähigkeit des Marktes aufrecht zu erhalten und eine wirksame Preisfindung am Markt zuzulassen. Des Weiteren strebt das Eurosystem keinen bevorzugten Gläubigerstatus an, sondern akzeptiert den gleichen Status wie private Investoren (pari passu). Dies wird durch die erwähnte Einzelemissionsobergrenze von 25% unterstrichen, wodurch das Eurosystem in Umschuldungsprozessen keine Sperrminorität erlangen wird.

Bei den Ankäufen von Staatsanleihen wird der EZB-Kapitalschlüssel herangezogen. D.h., 2,8% der zusätzlichen Ankäufe von Vermögenswerten (die über ABS, CB und Anleihen europäischer Institutionen hinausgehen) werden von österreichischen Emittenten stammen.

Die Daten zu den Ankäufen werden der Öffentlichkeit in wöchentlichen Berichten zugänglich gemacht. In diesen Berichten wird zwischen den unterschiedlichen Wertpapieren unterschieden werden, und sie werden zu amortisierten Kosten dargestellt. D.h. der Ankaufswert, der theoretisch über dem Nominalwert der Anleihe liegen kann, wird über die Zeit linear auf den Nominalwert bei Fälligkeit der Anleihe abgeschrieben.

Was die Risikoaufteilung anbelangt, so hat der EZB-Rat beschlossen, Gewinne und Verluste aus den ABS- sowie CB-Ankaufprogrammen gemeinsam zu tragen. Hinsichtlich der zusätzlichen Ankäufe von Vermögenswerten (die über ABS und CB hinausgehen) werden die Gewinne und Verluste bei Wertpapieren europäischer Institutionen ebenfalls geteilt. Diese Wertpapiere machen 12% der zusätzlichen Ankäufe aus und werden von NZBen erworben. Die EZB hält 8% der zusätzlich angekauften Vermögenswerte. Somit unterliegen 20% der zusätzlichen Ankäufe von Vermögenswerten dem Prinzip der Risikoteilung. Die übrigen zusätzlichen Ankäufe von Vermögenwerten durch die NZBen unterliegen nicht der Risikoteilung.

In einem Umfeld, in dem die Leitzinsen der EZB ihre Untergrenze erreicht haben, schaffen Ankäufe von Vermögenswerten monetäre Anreize für die Wirtschaft. Sie bewirken eine weitere Lockerung der monetären und finanziellen Bedingungen, sodass Unternehmen und private Haushalte günstiger Finanzmittel aufnehmen können. Dies stützt tendenziell die Investitionen und den Konsum, was letztendlich dazu beitragen wird, dass sich die Teuerungsraten wieder dem Preisstabilitätsziel des EZB-Rates (von unter aber nahe 2% im Durchschnitt des Euroraums auf mittlere Frist) annähern. Ziel dieses Programms ist es, dass das Eurosystem sein Mandat zur Gewährleistung von Preisstabilität erfüllt.

Überblick über die Hilfsprogramme der EU bzw. des IWF an Mitgliedstaaten des Euroraumes[13]

Seit Mai 2010 hat die EU im Wege der EFSF, des EFSM, des ESM sowie bilateral einzelnen Mitgliedstaaten des Euroraumes (Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Zypern) darlehensweise Finanzmittel in Höhe von rd. 402,5 Mrd. EUR zugesagt. Mit Stichtag 31. Jänner 2015 wurden davon rd. 336,6 Mrd. EUR ausgenützt. Seitens des IWF wurden Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Zypern Finanzmittel in Gesamthöhe von umgerechnet rd. 102,9 Mrd. EUR zugesagt, die derzeitige Ausnützung beträgt rd. 87,9 Mrd. EUR. Gemäß „Eurogroup statement on Greece" vom 20.2.2015 hat Griechenland um eine Verlängerung des ursprünglich bis 28.Februar 2015 gültigen „Master Financial Assistance Facility Agreement" um bis zu vier Monaten angesucht. Die Verlängerung soll einen erfolgreichen Abschluss des laufenden Reviewprozesses des IWF, der Europäischen Kommission und der EZB ermöglichen. Am 24. Februar 2015 übermittelte das griechische Finanzminsterium der Eurogruppe eine Liste von Reformmaßnahmen. Die Eurogruppe, siehe „Eurogroup statement on Greece" vom 24.2 2015, erachtete die Vorschläge Griechenlands als „… sufficiently comprehensive to be a valid starting point for a successful conclusion of the review." Irland, Portugal und Spanien befinden sich – nach Beendigung der jeweiligen Anpassungsprogramme - gegenwärtig in der Nach-Programmüberwachung. Das Kreditprogramm für Zypern läuft bis 31. März 2016 (ESM) sowie 15. Mai 2016 (IWF).

Seit Mai 2010 hat die EU im Wege der EFSF, des EFSM, des ESM sowie bilateral einzelnen Mitgliedstaaten des Euroraumes (Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Zypern) darlehensweise Finanzmittel in Höhe von rd. 402,5 Mrd. EUR zugesagt. Mit Stichtag 31. Jänner 2015 wurden davon rd. 336,6 Mrd. EUR ausgenützt. Der größte Anteil dieser Finanzierungen entfällt auf die EFSF (Finanzierungszusagen in Höhe rd. 187,3 Mrd. EUR, Ausnützungen rd. 185,5 Mrd. EUR), wobei rd. 143,6 Mrd. EUR Griechenland zugesagt worden sind.

Im Rahmen der Kreditgewährungen durch die EFSF haben die Mitgliedstaaten des Euroraumes (Ausfalls)Garantien in Höhe von 197,5 Mrd. EUR (Kapital exkl. Übergarantien) bzw. 348,1 Mrd. EUR (Kapital und Zinsen, inkl. Übergarantien) übernommen. Auf Österreich entfallen rd. 5,9 Mrd. EUR (Kapital exkl. Übergarantien) bzw. 10,4 Mrd. EUR (Kapital und Zinsen, inkl. Übergarantien).

Im bilateralen Wege hat Österreich Griechenland seinerzeit Darlehen in Höhe von 2,3 Mrd. EUR zugesagt. Bis März 2012 wurden rd. 1,6 Mrd. EUR an Griechenland ausbezahlt. Dieser Betrag ist einschließlich der Zinsen von Griechenland zurückzuzahlen, wobei die Laufzeit 30 Jahre beträgt und für die ersten 10 Jahre Zinsstundung vereinbart worden ist.

Seitens des IWF wurden Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Zypern Finanzmittel in Gesamthöhe von umgerechnet rd. 102,9 Mrd. EUR zugesagt, die derzeitige Ausnützung beträgt rd. 87,9 Mrd. EUR.

1. Griechenland:[14]

Im Sommer 2014 wurde der 4. (EU) bzw. 5. (IWF) Review des EU/IWF-Anpassungsprozesses einschließlich der damit verbundenen Auszahlungen an Griechenland abgeschlossen. Unmittelbar danach begann der 5. (EU) bzw. 6. (IWF) Reviewprozess, der bislang weiter offen ist. Das derzeitige Finanzierungsprogramm läuft Ende Februar 2015 aus.

[13] Autor: Harald Grech (Abteilung für Europäische Integration und internationale Finanzorganisationen)

[14] Stand per 26.2.2015

Gegenwärtig finden zwischen der griechischen Regierung und der Eurogruppe intensive Verhandlungen über eine Fortsetzung sowie insbesondere deren detaillierte Ausgestaltung des Programmes statt:

Gemäß „Eurogroup statement on Greece“ vom 20.2.2015 hat Griechenland um eine Verlängerung des ursprünglich bis 28.Februart 2015 gültigen „Master Financial Assistance Facility Agreement“ um bis zu vier Monaten angesucht. Die Verlängerung soll einen erfolgreichen Abschluss des laufenden Reviewprozesses des IWF, der Europäischen Kommission und der EZB ermöglichen. Das Vorliegen des Reviewberichtes ist (einschließlich eines positiven Beschlusses der IWF- und EU-Gremien) Voraussetzung für die Auszahlung der IWF-Tranche sowie der letzten EFSF-Tranche in Höhe von rd. 1,8 Mrd. EUR sowie die Überweisung der im Jahr 2014 im Rahmen des SMP angefallenen Gewinne an Griechenland. Ferner können in diesem Fall die bislang im „Hellenic Financial Stability Fund, HFSF“ verbliebenen Finanzmittel (EFSF-Anleihen in Höhe von rd. 10,8 Mrd. EUR) für die Zeit des Verlängerungszeitraumes nach Aufforderung durch EZB/SSM zur Bankenrekapitalisierung verwendet werden. Im Gegenzug hat Griechenland eine vorläufige Liste mit Reformvorschlägen zu übermitteln, die in weiterer Folge bis Ende April 2015 zu ergänzen und mit den beteiligten Institutionen zu vereinbaren ist. Ferner wurde festgehalten, dass Griechenland die finanziellen Verpflichtungen gegenüber seinen Gläubigern in voller Höhe und fristgerecht erfüllen wird. Außerdem wird Griechenland unilateral keine bereits beschlossenen Maßnahmen aufheben, die sich nachteilig auf die Erreichung der fiskalischen Ziele sowie die Erhaltung der Finanzmarktstabilität in Griechenland auswirken würden.

Am 24. Februar 2015 übermittelte das griechische Finanzminsterium der Eurogruppe eine Liste von Reformmaßnahmen im Bereich der Fiskalpolitik (insbesondere Steuerpolitik), der Finanzmarktstabilität, Wachstumspolitik sowie sozialer Maßnahmen.

Die Eurogruppe, siehe „Eurogroup statement on Greece“ vom 24.2 2015, erachtete die Vorschläge Griechenlands als „… sufficiently comprehensive to be a valid starting point for a successful conclusion of the review.“, sodass die erforderlichen nationalen Prozeduren (Befassung der Parlamente in Deutschland, den Niederlanden, etc.) rechtzeitig abgerschlossen werden können.

In einer ersten Stellungnahme zu den griechischen Vorschlägen an die Eurogruppe wies die EZB darauf hin, dass Grundlage für einen erfolgreichen Abschluss des laufenden Reviewprozesses das derzeitig gültige „Memorandum of Understanding (MoU) and the Memorandum of Economic and Financial Policies (MEFP)“ sei. Die Vorschläge Griechenlands vom 24. Februar 2015 würden aber in einigen Bereichen vom v.e. MoU bzw. MEFP abweichen. Es müsse daher geprüft werden, ob die anderslautenden Vorschläge Griechenlands ebenfalls geeignet wären, die seinerzeit vereinbarten Programmziele zu erreichen.

Der IWF erachtete in seiner ersten Reaktion an die Eurogruppe die griechischen Vorschläge als „generally not very specific“. Positiv erwähnt werden Vorhaben zur Vermeidung von Steuerflucht sowie zur Bekämpfung der Korruption. Negativ bewertet wird allerdings eine weitreichende fehlende Übereinstimmung des griechischen Reformpapiers mit dem derzeit gültigen „Memorandum on Economic and Financial Policies (MEFP)“ des IWF. Der IWF erwähnt in diesem Zusammenhang insbesondere Pensionsreformen, die Reformierung des Steuersystems, die Öffnung geschützter Sektoren, den Abbau der Staatsbürokratie, Arbeitsmarktreformen sowie die Weiterführung der Privatisierungen. In Summe könne der laufende 6. Reviewprozess auf Basis des griechischen Papiers mangels Erfüllung der wichtigsten strukturellen Parameter nicht abgeschlossen werden.

2. Irland

Irland beendete Mitte Dezember 2013 das dreijährige EU/IWF-Anpassungsprogramm, wobei der gesamte Darlehensbetrag in Höhe von 67,5 Mrd. EUR zur Gänze ausgeschöpft worden ist. Die irische Regierung beschloss im November 2013, den „Programm-Exit" ohne Beantragung einer vorsorglichen Kreditlinie beim European Stability Mechanism, ESM, zu gestalten.

Im September 2014 stimmten die Eurogruppe und der ECOFIN einer vorzeitigen Rückzahlung eines erheblichen Teils (rd. 9 Mrd. EUR) des IWF-Kredites zu. Gegenwärtig unterliegt Irland der sog. Nach-Programmüberwachung („Post-Programme Surveillance, PPS", „Early Warning System, EWS" bzw. „Post-Programme Monitoring"). Im Rahmen des letzten Berichts vom Herbst 2014 wurden seitens der EU bzw. des IWF weitere Anstrengungen im Bereich der Beschäftigung, des Abbaus der privaten und öffentlichen Verschuldung sowie der Verbesserung der Finanzmarktaufsicht eingefordert.

3. Portugal

Portugal beendete im Mai 2014 das EU/IWF-Programm ohne Beantragung einer vorsorglichen Kreditlinie. Der ursprünglich vereinbarte Gesamtkreditbetrag wurde nicht zur Gänze ausgeschöpft. Der erste Bericht im Rahmen der laufenden Nach-Programmüberwachung vom November 2014 führte folgende Schwachstellen an: hohe Arbeitslosigkeit, schwache gesamtwirtschaftliche Nachfrage, geringe internationale Wettbewerbsfähigkeit sowie übermäßige Verschuldung im Unternehmensbereich. Priorität sollte ferner der fiskalischen Konsolidierung sowie der Verbesserung der Finanzmarktstabilität gegeben werden.

4. Spanien

Spanien beendete zu Beginn des Jahres 2015 das ESM-Programm zur Rekapitalisierung des spanischen Bankensektors. Das zugesagte Finanzierungsvolumen in Höhe von 100 Mrd. EUR wurde mit rd. 41,3 Mrd. EUR ausgenützt. Spanien unterliegt derzeit der Nach-Programmüberwachung der EU („PPS" und „EWS"). Im Oktober 2014 fand die 2. Überprüfung statt. Trotz Verbesserung der Risikoindikatoren im Bankenbereich werden die spanischen Behörden angehalten, die Risikosituation der spanischen Banken in Anbetracht der zuletzt wieder gestiegenen Vermögenspreise verstärkt im Auge zu behalten. Ferner sind weitere Strukturmaßnahmen insbesondere im Bereich der Arbeitsmärkte erforderlich.

5. Zypern

Das Kreditprogramm läuft bis 31. März 2016 (ESM) sowie 15. Mai 2016 (IWF). Nach Abschluss des 5. Review zahlte der ESM im Dezember 2014 0,35 Mrd. EUR an Zypern aus. Die aktuelle Gesamtausnützung des ESM-Kredites (9,0 Mrd. EUR) beträgt 5,7 Mrd. EUR. Im letzten Review ist auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, die Restrukturierungsbemühungen (Abbau der notleidenden Kredite) im Bankensektor weiter zu intensivieren. Der Abschluss des 5. Reviews des IWF (Voraussetzung zur Auszahlung einer Kredittranche in Höhe von 86 Mio. EUR) ist derzeit ausständig. In Summe hat der IWF aktuell die Hälfte der zugesagten Finanzmittel (rd. 1 Mrd. EUR) an Zypern ausbezahlt.

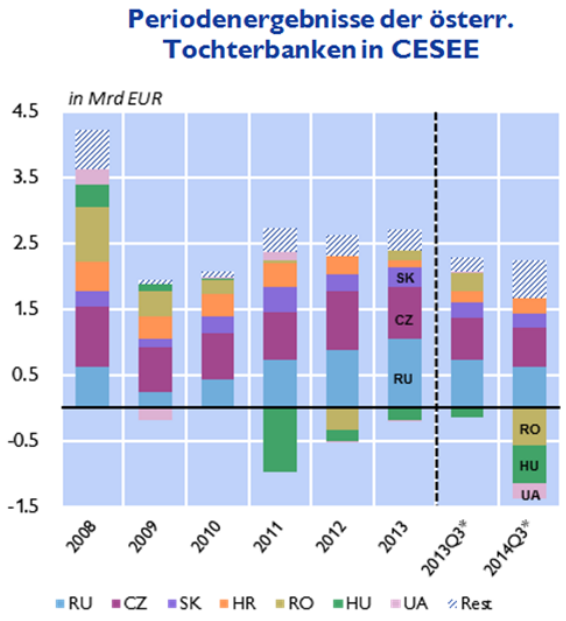
Geopolitische Risiken in CESEE belasten Ausblick für Profitabilität der österreichischen Banken[15]

Aktivitäten österreichischer Banken in CESEE liefern trotz rückläufiger Entwicklung insgesamt wichtigen Ergebnisbeitrag

Die Banken sind mit einem schwachen Wirtschaftswachstum, höheren Kreditrisikovorsorgen und einem niedrigen Zinsniveau konfrontiert. Sowohl der Ausblick für das Wirtschaftswachstum im Euroraum als auch der für CESEE bleibt mit Abwärtsrisiken behaftet. Die geopolitischen Spannungen rund um Russland und Ukraine wirken sich insbesondere auf CESEE und damit auch auf die Aktivitäten sowie auf die Profitabilität der österreichischen Banken aus.

Die Aktivitäten der österreichischen Tochterbanken in CESEE bleiben ein wichtiges Geschäftsfeld, wenngleich die höhere Profitabilität mit höheren Risiken auf einigen Märkten einhergeht. In den letzten Jahren konzentrierten sich die Gewinne vermehrt auf Tschechien, die Slowakei und auf die vergleichsweise volatileren Märkte Russland und Türkei.

Das in CESEE erwirtschaftete Periodenergebnis der österreichischen Tochterbanken ist jedoch im Vorjahresvergleich – vor allem aufgrund des erhöhten Risikovorsorgebedarfs in Rumänien, geplanter Fremdwährungskreditmaßnahmen in Ungarn, sowie aufgrund der verschlechterten konjunkturellen Situation in Russland – gesunken. So hat es sich im Vorjahresvergleich per September 2014 um fast 60% verringert und belief sich auf 0,9 Mrd EUR. Die Gewinnbeiträge aus Tschechien und Russland sind nach wie vor beachtlich, wenngleich das Ergebnis aus Russland im Vorjahresvergleich um 15% gesunken ist.



*Quelle: OeNB. *Die Q3-Werte sind nicht mit den Jahresendwerten vergleichbar.*

[15] Autorinnen: Daniela Widhalm, Tina Wittenberger (beide Abteilung für Finanzmarktstabilität und Makroprudenzielle Aufsicht)

Eingetrübtes Geschäftsumfeld als Herausforderung für Banken in Russland

Die österreichischen Tochterbanken haben in Russland einen Marktanteil von etwa 3%, was knapp 40% des gesamten Marktanteils von Auslandsbanken in Russland ausmacht. Für die in CESEE tätigen österreichischen Banken war in den letzten Jahren das Russland-Geschäft äußerst profitabel, da das Kreditwachstum hoch und die Risikokosten gering waren. Russland ist gemessen an den Gewinnen nach Tschechien einer der bedeutendsten Märkte (629 Mio EUR in 2014Q3 bzw. 28% der positiven Periodenergebnisse in CESEE).

Eine Abkühlung der Konjunktur Russlands zeichnete sich bereits 2012 ab und wurde durch die Unsicherheit rund um den Russland-Ukraine Konflikt beschleunigt. Angesichts dieses Konflikts beschloss die EU im Jahr 2014 gegenüber Russland restriktive Maßnahmen in mehreren Schritten zu setzen. Diese sollen sowohl den Zugang zum EU-Kapitalmarkt für russische Staatsbanken (mit Ausnahme der russischen EU-Tochterbanken) als auch für Erdöl- und Rüstungsunternehmen beschränken. Zusätzlich zu den restriktiven Maßnahmen ist die Wirtschaft Russlands mit einem Ölpreisverfall konfrontiert. Die allgemeine Eintrübung des Geschäftsumfelds, sinkendes Investoren- und Sparervertrauen, die zunehmenden Kapitalabflüsse, die höheren Refinanzierungs- und Kreditrisikokosten, das schwache Kreditwachstum sowie der prognostizierte Wirtschaftseinbruch kamen nicht zuletzt in der starken Rubelabwertung Ende 2014 zum Ausdruck. Marktbeobachter rechnen sogar mit Verlusten für den Gesamtbankensektor im Jahr 2015.

Angesichts dieser Entwicklungen ist der Ausblick der Profitabilität der österreichischen Banken in Russland mit großen Unsicherheiten behaftet, wenngleich sie im 3. Quartal 2014 noch relativ hohe Gewinne verbuchten. Die gestiegenen Risiken für die Profitabilität sind besonders in Zusammenhang mit dem allgemeinen Rückgang der Profitabilität österreichischer Tochterbanken in CESEE, der relativen Ertragsschwäche im Inland und der verstärkten Konzentration ihrer Gewinne auf einige wenige Märkte in CESEE zu sehen.

Maßnahmen der österreichischen Aufsicht zu Fremdwährungskrediten zeigen Wirkung, die Risiken aus dem Bestand bleiben jedoch bestehen[16]

Am 15. Jänner 2015 gab die Schweizerische Nationalbank (SNB) überraschend die Aufgabe ihres Mindestkurses von 1,20 Schweizer Franken (CHF) pro EUR bekannt. In der Folge wertete der CHF um ca. 15% auf. Dieser Entschluss der SNB ist für die Finanzmarktstabilität Österreichs von erheblicher Relevanz, da das ausstehende CHF-Kreditvolumen nach wie vor relativ hoch ist. Es ist jedoch festzuhalten, dass sich das wechselkursbereinigte Fremdwährungskreditvolumen in Österreich seit 2008 halbierte, was im Besonderen auf den Stopp der Neukreditvergabe an private Haushalte zurückgeführt werden kann.

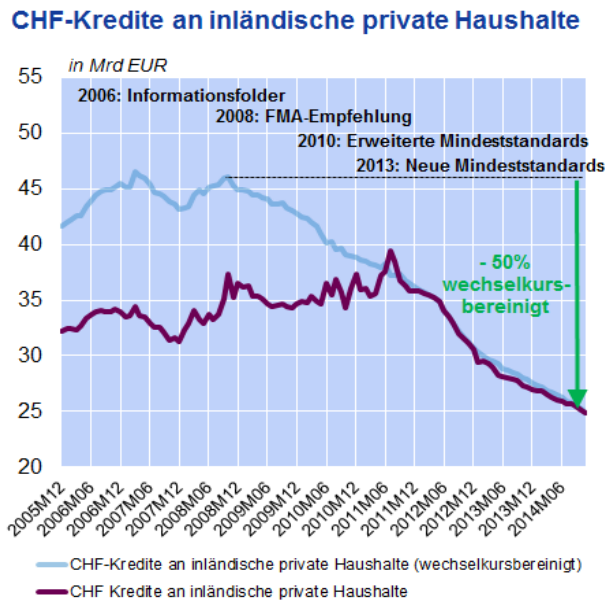
Makroprudenzielle Maßnahmen zur Hintanhaltung von Risiken durch Fremdwährungskredite in Österreich und CESEE bereits vor Jahren gesetzt

Seit mehr als zehn Jahren haben FMA und OeNB die mit Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkrediten verbundenen Risiken aufgezeigt. Im Jahr 2003 wurde die erste Version der FMA-Mindeststandards veröffentlicht. Im Jahr 2006 wurde die erste Ausgabe eines Informationsfolders bei den Banken an potentielle Kreditnehmer verteilt und im Herbst 2008 von der FMA die Empfehlung abgegeben, keine neuen Fremdwährungskredite an private Haushalte mehr zu vergeben. Im Jahr 2010 haben sich die österreichischen Banken im Rahmen der „Guiding Principles" in CESEE dazu verpflichtet, von den riskantesten Formen der Fremdwährungskreditvergabe abzusehen. 2010 folgten außerdem eine Erweiterung und 2013 nochmals eine Überarbeitung der FMA-Mindeststandards, unter anderem um die zwischenzeitlich veröffentlichten ESRB-Empfehlungen zu berücksichtigen (u.a. Anwendung auf konsolidierter Ebene, Reziprozität bzw. Maßnahmen eines anderen Landes sind auch im grenzüberschreitenden Geschäft einzuhalten).

Rückläufiges Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkreditvolumen in Österreich und CESEE

In Österreich waren CHF-Kredite an private Haushalte in Höhe von 25 Mrd EUR (per November 2014) ausständig. Das Volumen an nichtfinanzielle Unternehmen betrug 5 Mrd EUR. Seit der FMA-Empfehlung vom Oktober 2008 an die Banken, in Österreich keine Fremdwährungskredite an private Haushalte ohne währungsinkongruentem Einkommen zu vergeben, gingen die Fremdwährungskredite an private Haushalte, bereinigt um Wechselkurseffekte, um etwa die Hälfte bzw. um 20 Mrd EUR zurück. Bei den inländischen nichtfinanziellen Unternehmen betrug der wechselkursbereinigte Rückgang im selben Zeitraum sogar mehr als 60% bzw. 8 Mrd EUR.

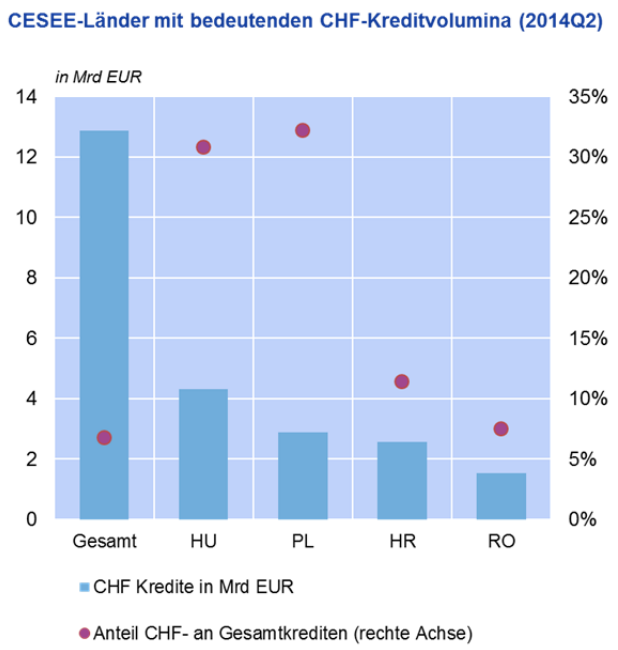
[16] Autoren: Eleonora Endlich, David Liebeg, Martin Ohms, Katharina Steiner (alle Abteilung für Finanzmarktstabilität und Makroprudenzielle Aufsicht)



Quelle: OeNB.

Auch wenn das Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkreditvolumen in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen ist, stellt der Altbestand weiterhin ein Risiko für die österreichische Finanzmarktstabilität dar, insbesondere da mehr als drei Viertel der Fremdwährungskredite an österreichische private Haushalte endfällig und an einen Tilgungsträger geknüpft sind.

In CESEE hatten die österreichischen Banken per Juni 2014 118 Mrd EUR an Fremdwährungskrediten ausstehend. Davon wurden 79 Mrd EUR indirekt über die Tochterbanken in CESEE und weitere 39 Mrd EUR in Form von Direktkrediten durch die Mutterbanken vergeben. Der Großteil ist in Euro denominiert. Die FMA-Mindeststandards sowie die Guiding Principles haben dazu beigetragen, dass die österreichischen Tochterbanken in CESEE in den vergangen zwei Jahren das Volumen der ausständigen Fremdwährungskredite um 10 Mrd EUR bzw. 11% reduziert haben. Mitte 2014 betrug das ausständige Volumen der CHF-Kredite in CESEE ungefähr 14 Mrd EUR und wurde überwiegend in Ungarn, Polen, Kroatien und Rumänien vergeben. Fremdwährungskredite in USD waren vor allem in Ländern wie Russland und der Türkei aushaftend (per Juni 2014: 23 Mrd EUR). Kredite in CHF wurden hauptsächlich an private Haushalte vergeben, jene in USD wurden vor allem an Unternehmen ausgezahlt.



Quelle: OeNB.

OeNB und FMA erweitern Analyse zur Identifizierung von Risiken aus der Vergabe von Fremdwährungs- und Hypothekarkrediten

Aufgrund der weiterhin hohen Bedeutung von Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkrediten für den österreichischen Finanzmarkt führen FMA und OeNB im ersten Quartal 2015 bei einer repräsentativen Auswahl österreichischer Kreditinstitute eine Umfrage durch. Diese deckt die Wertentwicklung der zur Rückzahlung von Krediten dienenden Tilgungsträger sowie die wesentlichen Risikoindikatoren von Fremdwährungskrediten an inländische Kreditnehmer ab. Zudem wird die regelmäßig stattfindende Erhebung der OeNB zu den systemischen Risiken aus der Vergabe von Fremdwährungskrediten in CESEE fortgeführt.

Neben dieser Umfrage wird ab dem Frühjahr 2015 eine Erhebung zu Hypothekarkreditdaten durch die OeNB durchgeführt. Im Mittelpunkt stehen Hypothekarkredite, die mit österreichischen Wohn- oder Gewerbeimmobilien besichert sind. Daraus können Risikoindikatoren wie z.B. die Beleihungsquote (Loan-to-Value-Ratio), die die Höhe des Kredits dem Wert der Immobilie gegenüberstellt, abgeleitet sowie vertiefte Analysen durchgeführt werden. Ziel ist, die makroprudenzielle Analyse in diesem Bereich zu vertiefen und der Nachfrage zu detaillierten Indikatoren zu Hypothekarkrediten auf europäischer sowie internationaler Ebene nachzukommen.

Aufwertung des Schweizer Franken betrifft auch CESEE-Länder mit hohem Anteil an Schweizer Franken Krediten

Die Aufhebung des EUR/CHF-Mindestkurses der Schweizerischen Nationalbank ist neben Österreich auch für CESEE-Länder wie bspw. Ungarn, Kroatien und Polen, die ebenfalls einen hohen Anteil an CHF-Krediten haben, von Relevanz für die Finanzmarktstabilität. In Polen wird derzeit über etwaige Maßnahmen diskutiert.

Da der Anteil der CHF-Kredite in Ungarn besonders hoch ist und der HUF seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008 sehr volatil war, beschloss die ungarische Regierung erstmals im Jahr 2011 Maßnahmen zur Reduktion der bestehenden

Fremdwährungskreditvolumina. Dadurch entstanden für die Banken hohe Verluste. Im Jahr 2014 folgten Maßnahmen bei Krediten an private Haushalte. Diese Maßnahmen sehen (i) eine Entschädigung von einseitig erfolgten Zinssatz- und Gebührenänderungen (HUF- und Fremdwährungskredite) sowie von einseitigen Wechselkursanpassungen, (ii) eine Konvertierung von hypothekarisch besicherten Fremdwährungskrediten in HUF-Kredite sowie (iii) eine Informationspflicht gegenüber Kreditnehmern und Regelungen zu Zins- und Gebührenänderungen vor.

In Kroatien beschloss das Parlament im Jänner 2015 eine temporäre Wechselkursfixierung der kroatischen Kuna (HRK) zum Schweizer Franken (CHF) für Wohnbaukredite in Schweizer Franken. Für diese Kredite gilt ein Jahr lang ein Wechselkurs von 6,39 HRK/CHF. Die Belastungen, die aus der Differenz zum aktuellen Kurs entstehen, müssen von den Banken getragen werden. Die kroatische Notenbank schätzt unter der Annahme eines EUR/CHF-Wechselkurses von 1:1 den Rückgang des Zinseinkommens aller Banken in Kroatien auf 400 Mio HRK.

Ukraine: IWF-Kredit und EU-Makrofinanzhilfe zur Wiederherstellung der makroökonomischen und finanziellen Stabilität[17]

Die Ukraine ist eines jener Länder, das durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise am stärksten betroffen ist. Seit 2008 nimmt das Land außergewöhnlich hohe Finanzhilfen durch den IWF in Anspruch. Der Krieg in der Ostukraine stellt das Land vor zusätzliche finanzielle Engpässe. Neue Hilfspakete von IWF und EU sollen die Ukraine dabei unterstützen, das Vertrauen in die makroökonomische und finanzielle Stabilität wiederherzustellen. Der IWF stellt im Rahmen einer „Extended Fund Facility (EFF)" einen Betrag von rund 15,31 Mrd EUR zur Verfügung, der durch bilaterale und multilaterale Finanzierungen aus der internationalen Gemeinschaft und den Gläubigern der Staatsschulden auf rund 35 Mrd EUR ergänzt werden soll. Die Europäische Kommission hat für die Ukraine unter anderem das dritte Macrofinancial Assistance-Darlehen (MFA III) von bis zu EUR 1,8 Mrd vorgeschlagen.

EU und IWF Finanzierungshilfsprogramme für die Ukraine

Die aktuellsten Finanzierungshilfsprogramme der EU, der Europäischen Finanzinstitutionen (EFI) und des IWF für die Ukraine lassen sich wie folgt darstellen:

	Name	**Zeitrahmen**	**Betrag in Mrd. EUR**
IWF	Extended Fund Facility	Zurzeit auf staff-level; voraussichtlich Ende März 2015 genehmigt; 2015-2019	15,5
EU	MFA III	Von EK am 8.01.2015 vorgeschlagen	1,8
EU	Entwicklungshilfe - Zuschüsse Inkl. Neighbourhood Investment Facility	2014-2020	1,56
EFI	EIB	2014-2020	3
EFI	EBRD	2014-2020	5

IWF Finanzierungsprogramme

2008 beschloss der Internationale Währungsfonds (IWF) erstmals ein zweijähriges **„Stand-By-Arrangement" (SBA)** – Programm, um das Vertrauen in die makroökonomische und

[17] Autorinnen: Alice Radzyner und Andrea Hofer (beide Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

finanzielle Stabilität der Ukraine wiederherzustellen (Behandlung der Finanzsektorprobleme, Erleichterung einer Anpassung an externe Schocks, Reduktion der Inflation). 2010 und 2014 wurden erneut zwei SBA Programme auf jeweils 2 Jahre gewährt.

Im jüngsten **SBA vom 30. April 2014** wurde ein Paket von 10,98 Mrd SZR (13,62 Mrd EUR) für eine Laufzeit von zwei Jahren bewilligt, aus dem 2,97 Mrd SZR (3,69 Mrd EUR) tatsächlich ausbezahlt wurden. Derzeit wird ein neues, erweitertes Programm des IWF verhandelt. Das auf vier Jahre angelegte Hilfspaket[18] **„Extended Fund Facility" (EFF)** beträgt SZR 12,35 Mrd. **(15,31 Mrd EUR),** sowie zusätzliche Mittel aus der internationalen Gemeinschaft und ersetzt das oben-genannte laufende SBA Programm. Eine Vereinbarung über die Größe sowie den zeitlichen Rahmen dieses Programms wurde mit der Ukraine Anfang Februar 2015 auf Beamtenebene auf Basis eines neuen wirtschaftlichen Reformprogramms getroffen. Die Kredithöhe hat sich seit dem SBA im Jahr 2008 gegenüber den zuvor vereinbarten SBAs verzehnfacht und betrug im SBA von April 2014 rund 800% der ukrainischen Quote im Fonds und somit deutlich mehr als die bei SBAs vorgesehenen maximal 600 % der Quote (exceptional access). Mit dem derzeit verhandelten neuen EFF Paket soll sie nun eine Höhe von **900% der Quote** erreichen.

Parallel verhandelte die Ukraine mit internationalen Gläubigerstaaten über die Möglichkeit einer mittelfristigen Stabilisierung der finanziellen Situation des Landes. Diese Vereinbarung auf staff-Ebene muss nun vom Executive Board genehmigt werden (voraussichtlich Ende März 2015).

Ziel des neuen wirtschaftlichen Reformprogramms ist eine möglichst rasche makroökonomische Stabilisierung sowie umfassende Strukturreformen, die das Wirtschaftswachstum dauerhaft stärken sollen. Eine Prognose über eine Vollumsetzung des IWF Programms ist derzeit nicht möglich und wird von den politischen Entwicklungen in der Ostukraine abhängen.

Jüngste IWF-Kredite an die Ukraine:

Art der Vereinbarung	**Datum der Vereinbarung**	**Ablaufdatum**	**Vereinbarter Kredit (Mio SZR)**	**Ausbezahlter Kredit (Mio SZR)**
EFF[19]	Ab 2015		Vorläufig 12,350.00	
Stand-By	Apr 30, 2014	Apr 29, 2016	10.976,00	2.972,67
Stand-By	Jul 28, 2010	Dec 27, 2012	10.000,00	2.250,00
Stand-By	Nov 05, 2008	Jul 28, 2010	11.000,00	4.000,00

Quelle: *http://www.imf.org/external/np/fin/tad/exfin2.aspx?memberKey1=993&date1key=2015-02-26*

Durch die Ergänzung des EFF Hilfspakets durch bilaterale und multilaterale Finanzierungen aus der internationalen Gemeinschaft und den Gläubigern der Staatsschulden wird von Managing

[18] IMF Internal info, Ukraine—Statement by the Staff Representative on the Economic Situation and a Preliminary Evaluation of Exceptional Access FO/DIS/15/7.

[19] Vereinbarung auf staff-Ebene; eine Genehmigung vom Executive Board wird in den nächsten Wochen erwartet

Director Christine Lagarde eine Gesamtfinanzierung von ungefähr **ca. 35 Mrd EUR** prognostiziert[20].

EU Finanzierungshilfsprogramme

Insgesamt stellt die EU **11,365 Mrd. EUR** zur Unterstützung der Ukraine für den Zeitraum 2014-2020 bereit. Diese Summe ergibt sich aus dem zur Verfügung gestellten EU Budget von rd. 3,36 Mrd. EUR (davon 1,8 Mrd. EUR über das MFA III und 1,56 Mrd EUR über Zuschüsse zur Entwicklungshilfe) sowie dem von den EFI vorgesehenen Budget (bis zu 8 Mrd. EUR von der EIB und der EBRD).

Genauer können die EU Finanzierungsunterstützungen für den Zeitraum 2014-2020 wie in der folgenden Tabelle zusammengefasst werden.

EU Finanzierungshilfe für die Ukraine 2014-2020

Quelle	Indikativer Betrag in EUR Mrd.
Entwicklungshilfe - Zuschüsse Inkl. Neighbourhood Investment Facility	1,56
Makrofinanzhilfspakete MFA III (Darlehen)	1,8
EIB	bis zu 3
EBRD	5
GESAMT	**11,36**

Quellen: European Commission, Support Package for Ukraine; WFA Sitzungsprotokolle 2015; Offizielle Webseite der Europäischen Kommission

Das erste **Makrofinanzhilfspaket (MFA I)** betrug 610 Mio. EUR basierend auf Entscheidungen aus den Jahren 2002 (110 Mio EUR) und 2010 (500 Mio EUR). Ziel war es, die Ukraine bei der Umsetzung der Wirtschaftsreformprogramme zu unterstützen sowie den anhaltenden finanziellen Problemen entgegenzusteuern. Im Februar 2013 wurde ein "Memorandum of Understanding" unterschrieben, das die wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen für eine Rückzahlung des Hilfspakets festlegte. Die erste Tranche von 100 Mio. EUR wurde Mitte Mai 2014 ausbezahlt, d.h. kurz nach der Genehmigung des zweijährigen SBA durch den IWF. Die zweite Tranche von 260 Mio. EUR wurde Mitte November 2014 ausbezahlt. Die letzte Auszahlung von 250 Mio. EUR wird 2015 erfolgen, jedoch unter Vorbehalt einer erfolgreichen Durchführung der mit der Ukraine abgemachten policy-Bedingungen und einer durchgehend zufriedenstellenden Umsetzung der IWF Programme.

Aufgrund der politischen Entwicklungen im Jahr 2014 und der Gefährdung der ukrainischen Wirtschaft schlug die Kommission am 19. März 2014 ein weiteres **MFA Darlehen (MFA II)** von 1 Mrd. EUR vor, das schließlich in einem Ratsbeschluss am 14. April 2014 angenommen wurde. Das Darlehen wurde bereits in zwei Tranchen von jeweils 500 Mio. EUR im Juni und im Dezember 2014 ausbezahlt.

[20] Statement by IMF Managing Director Christine Lagarde on Ukraine, Press Release No. 15/50, 12/02/2015, http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2015/pr1550.htm

Die Ausbezahlung beider MFA Hilfspakete waren an eine zufriedenstellende Umsetzung der vereinbarten policy-Bedingungen gebunden, die sich in vier thematische Bereiche gliedern lassen (laut der beiden Memoranda of Understanding): öffentliche Finanzverwaltung und anti-Korruption; Handels- und Steuerpolitik, Energiepolitik und der Finanzsektor.

Die wachsende Rezession in der Ukraine hat die Kommission dazu veranlasst, am 8. Jänner 2015 ein drittes **MFA Darlehen (MFA III)** von bis zu 1,8 Mrd. EUR vorzuschlagen (Auszahlung in drei Tranchen mit Beginn Mitte 2015). Nach Verabschiedung des Pakets durch das EU Parlament und den Europäischen Rat soll dieses Programm zur Umsetzung der Wirtschaftsreformprogramme und Strukturanpassungshilfen in der Ukraine beitragen. In der WFA full composition Sitzung vom 16.1.2015 wurde außerdem über eine Aufstockung der Summe auf EUR 2,5 Mrd. diskutiert. Dazu müsste die EU Kommission einen zusätzlichen MFA Vorschlag vorlegen.

Die EU Kommission zeigte sich zurückhaltend und wies auf die geplanten **bilateralen Beiträge** hin, die insgesamt eine Höhe von rund 3,5 Mrd. EUR erreichen könnten. Diese bilateralen Beiträge würden sich aus einer möglichen Zusage Russlands, die in Höhe von EUR 2,6 Mrd. im Dezember 2015 fällige Anleihe zu verlängern („bond roll-over"), sowie aus einem allfälligen Beitrag der USA von ca. 880 Mio. EUR ergeben.

Russland steht vor tiefer Rezession, Bankensektor vor Rekapitalisierung[21]

Strukturelle Schwächen, Unsicherheiten aufgrund der Ukraine/Russland-Krise, der Einbruch der Wirtschaftsbeziehungen mit der Ukraine (aufgrund der Zerstörungen in der Ostukraine und der gegenseitigen Sanktionen Russlands und der Ukraine), der drastische Rückgang der Energie- und Rohstoffpreise, sowie die G7&EU-Sanktionen und die Gegensanktionen Russlands belasten die Wirtschaft.

Bereits vor der Ukraine/Russland-Krise schwächte sich die russische Wirtschaft v.a. aufgrund struktureller Probleme (wie etwa investitionsfeindliches Geschäftsumfeld, ausufernde Rolle des Staates in der Wirtschaft, übermäßige Abhängigkeit von Energie- und Rohstoffexporten) spürbar ab. 2013 wuchs das russische BIP nur um 1,3% nach 3,4% im Jahr 2012.

Die Wachstumsprognosen für 2014 wurden bereits im ersten Halbjahr 2014, also vor Verhängung der Wirtschaftssanktionen, von etwas mehr als 2% auf knapp über null hinunterrevidiert. Für das Gesamtjahr 2014 wird weiterhin mit einer leicht positiven Wachstumsrate gerechnet. In den ersten drei Quartalen 2014 wuchs die russische Wirtschaft um 0,8% im Jahresvergleich.

Die russische Wirtschaft wurde nach den Schocks im 1.Halbjahr (Anstieg der Unsicherheit und Einbruch der Wirtschaftsbeziehungen mit der Ukraine) im 2.Halbjahr 2014 von zwei weiteren Schocks getroffen:

Erstens betrifft das die von EU und USA verhängten Sanktionen, wobei kurzfristig v.a. die Beschränkungen des Zugangs für staatliche Banken und einige Unternehmen der Erdöl- und Rüstungsindustrie zu den EU- und US-Kapitalmärkten wirken. Erst durch die im September 2014 vorgenommenen Ausweitungen der restriktiven Maßnahmen wurden Verbindlichkeiten relevanten Ausmaßes getroffen - a) aufgrund der Miteinbeziehung von Krediten (ausgenommen Handelskredite) und b) aufgrund der Ausweitung der Finanzsanktionen auf nicht-finanzielle Firmen.

Zweitens trifft der Verfall des Erdölpreises um mehr als die Hälfte innerhalb weniger Monate, aufgrund der übermäßig hohen Abhängigkeit von Energieexporten, die russische Wirtschaft sehr stark. Erdöl und Erdölprodukte stellen 54% der russischen Exporte dar, weitere 14% sind Erdgasexporte, deren Preis auch an den Erdölpreis gekoppelt ist.

Vor allem aufgrund des Erdölpreisrückgangs wird für 2015 nun eine tiefe Rezession erwartet. Im Herbst, also nach Bekanntwerden der Sanktionen lagen die Prognosen noch bei -0.2% (EBRD) bis +1% (IWF). Die im Jänner 2015 veröffentlichten BIP-Prognosen liegen zwischen -3% (IWF) und -4,8% (EBRD) und fallen somit in jenen Bereich, welche die russische Notenbank bereits im Dezember in ihrem Stressszenario (Erdölpreis bei durchschnittlich 60 USD je Barrel) skizziert hatte. Modellrechnungen ergeben - unter der Annahme, dass der Erdölpreis über die nächsten zwei Jahre bei 50 USD je Barrel bleibt - für Russland einen kumulativen BIP-Verlust von 12% bis Ende 2016.

[21] Autoren: Mathias Lahnsteiner, Stephan Barisitz, Thomas Reininger, Angelika Knollmayer (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland).

Was die Wirkung der Finanzsanktionen betrifft, so zeigen die Zahlen der internationalen Vermögensposition, dass der russische Bankensektor (aufgrund seiner Nettogläubigerposition gegenüber dem Ausland) generell eine robustere externe Position als der Unternehmenssektor hat. Jedoch könnte nicht nur der Bankensektor, sondern auch der Unternehmenssektor die binnen Jahresfrist fälligen Tilgungen auch ohne "debt roll-over" stemmen, indem Auslandsaktiva abgebaut werden (das muss jedoch nicht auf Einzelbank- bzw. Einzelunternehmensebene gelten). Die externe Schuldentilgungslast erforderte allerdings im 4.Quartal 2014 bereits einen - durch die Sanktionen erschwerten - zeitgerechten Aufbau des Fremdwährungsbestands, der zum Druck auf den Rubel beitrug. Die starke Abwertung des Rubels (fast 40% gegenüber dem Euro seit Ende 2013) ist jedoch überwiegend auf den Erdölpreisverfall zurückzuführen.

Rückzahlungen haben zum Rückgang der russischen Auslandsschuld im Laufe des 2.Halbjahres 2014 um etwa 18% auf 599,5 Mrd USD (ca. 32% des BIP) geführt. Die Rückzahlungslast (external debt repayments) beträgt im Jahr 2015 110 Mrd. USD für die gesamte Volkswirtschaft (inkl. Staat) und ist für den Unternehmenssektor deutlich höher (71 Mrd. USD) als für den Bankensektor (36 Mrd. USD). Allerdings zeigt der Rückzahlungsplan für 2015 keine Spitzen mehr, die vergleichbar mit dem im Dezember 2014 angefallenen Rückzahlungsvolumen (30 Mrd. USD für die gesamte Volkswirtschaft) wären.

Darüber hinaus haben die Sanktionen indirekte Effekte. Denn die Sanktionen und die erhöhten Spannungen dürften eine generelle Zurückhaltung auf der Gläubigerseite bewirken, die auch die Finanzierung von nicht direkt von den Sanktionen betroffenen Unternehmen einschränkt bzw. verteuert. Der internationale Finanzmarkt ist für Russland allerdings nicht komplett geschlossen. Internationale Investoren waren bislang bereit, Schuldverschreibungen von (großen) nicht-sanktionierten Banken und Unternehmen (zu höheren Renditen) zu kaufen. So gab es etwa im November zwei Transaktionen (Eurobond-Emissionen von Gazprom und Alfa-Bank).

Zusätzlich zu den Kapitalabflüssen, die sich aufgrund des Bestands der Auslandsverbindlichkeiten und der begrenzten Möglichkeiten für die Schuldenaufnahme ergeben, stellt die Kapitalflucht aus dem Rubel in FX cash die große Herausforderung dar. Diesbezüglich dürfte neben der allgemeinen Unsicherheit und dem Erdölpreisverfall auch die Angst vor Kapitalkontrollen eine Rolle spielen. Allein im 4.Quartal 2014 waren 18,2 Mrd. USD der Kapitalabflüsse (von insgesamt 72,9 Mrd. USD) auf diese Komponente zurückzuführen. Hier liegt also der große Unsicherheitsfaktor hinsichtlich der weiteren Entwicklung.

Gemäß vorläufigen Zahlen wies Russland 2014 einen Leistungsbilanzüberschuss in Höhe von 56,7 Mrd. USD aus (ca. 3% des BIP, 2013: 1,6% des BIP). Die russische Notenbank erwartet für 2015 aufgrund der Importkontraktion (wegen der Abwertung und der nachlassenden heimischen Nachfrage) selbst im Stressszenario einen Leistungsbilanzüberschuss (in Höhe von 40 Mrd. USD).

Aufgrund der massiven Kapitalabflüsse (151 Mrd. USD im Gesamtjahr 2014) schmolzen die offiziellen Devisenreserven der russischen Notenbank trotz Leistungsbilanzüberschuss deutlich ab. Die Devisenreserven beliefen sich am 16.1.2015 auf 379 Mrd. USD im Vergleich zu 510 Mrd. USD Ende 2013. Aufgrund der Kapitalabflüsse (wegen Rückzahlungslast und Kapitalflucht) werden die Devisenreserven weiter sinken, v.a. wenn zudem der Erdölpreis über längere Zeit niedrig bleibt. Seit dem Erdölpreiseinbruch hat sich der Handlungsspielraum der russischen Notenbank bereits deutlich eingeschränkt. Denn Ende August lagen die Devisenreserven noch bei 465 Mrd. USD.

V.a. aufgrund der Import-Verteuerung (durch Rubel-Abwertung und Sanktionen Russlands gegen Lebensmittelimporte) stieg die Inflation bereits deutlich an und lag im Dezember 2014 bei 11.4%.

Die russische Notenbank erhöhte im Dezember angesichts der raschen Abwertung den Leitzins auf 17%. Gegenmaßnahmen der russischen Regierung und der Notenbank beinhalten auch Rekapitalisierungsmaßnahmen für Banken (im geplanten Umfang von etwa 15 Mrd USD), die Verdoppelung der Einlagensicherung, Maßnahmen zur Unterstützung der Liquidität der Banken sowie massive regulatorische Erleichterungen bei der Bilanzierung für Banken.

Das Kreditwachstum ist (real und wechselkursänderungsbereinigt) praktisch zum Erliegen gekommen. Durch die Rubelabwertung ist der Anteil der Fremdwährungskredite am Gesamtkreditvolumen von 17% (Ende 2013) auf 24% (Ende 2014) gestiegen. Der Anteil der Fremdwährungskredite an private Haushalte bleibt aber minimal (3%). Demgegenüber ist der Anteil der Fremdwährungseinlagen von 27% auf 38% expandiert.

Die starke Abwertung des Rubels ging auch mit Einlagenabzügen bei russischen Banken einher, da das Vertrauen in den Rubel und in das Bankensystem sank. Haushalte verringerten ihr Einlagenvolumen (bereinigt um Wechselkursbewertungseffekte) um 0,5% im November und um 1% im Dezember, wobei sowohl Rubel- als auch Fremdwährungseinlagen in beiden Monaten rückläufig waren. Nichtfinanzielle Unternehmen reduzierten ihr Einlagenvolumen um 1,5% im November, aber erhöhten dieses im Dezember wieder um 5,2%. Die Rubeleinlagen der nichtfinanziellen Unternehmen stiegen im Dezember wieder an, während die Fremdwährungseinlagen (angesichts des Risikos der Einführung von Kapitalkontrollen) zurückgingen. Verbindlichkeiten gegenüber der russischen Zentralbank haben mit 12% der Bankenbilanzsumme jetzt bereits das gleiche Niveau wie zu Zeiten der Krise von 2008/09.

Kapitaladäquanz und Kernkapitalquote sackten weiter ab, auf 11.9% bzw. 8.7% Ende Nov 2014, und befinden sich damit erheblich unterhalb des Niveaus anderer CESEE-Länder. Daher ist die oben erwähnte Rekapitalisierungsaktion auch dringlich.

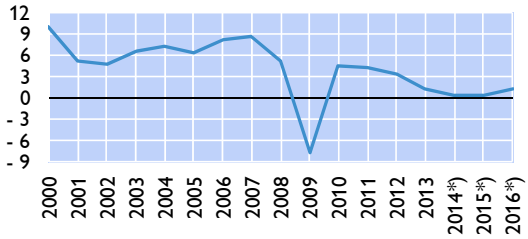
Die konsolidierten Forderungen der österreichischen Banken (einschl. der Forderungen der Tochterbanken) an die gesamte Volkswirtschaft Russlands betrugen Ende September 2014 einschließlich Bank-Austria 36 Mrd.€ bzw. 21% der Russland-Forderungen aller Banken aus Ländern, die an die BIZ berichten (175,6 Mrd.€), ohne Bank-Austria 17,8 Mrd.€ bzw. 10%. 22% entfielen auf FR-Banken, 10% DE-Banken, 10% US-Banken, 8% GB-Banken, 7% NL-Banken, 5% SE-Banken. Von Ende Juni bis Ende September 2014 sind die konsolidierten Russland-Forderungen aller Banken unverändert geblieben, während jene der österreichischen Banken (sowohl mit als auch ohne Bank-Austria) leicht gestiegen sind (vor und nach Bereinigung um Wechselkursänderungen).

ANNEX: Wirtschafts- und Bankensektordaten von Russland

Wirtschaftsdaten von Russland

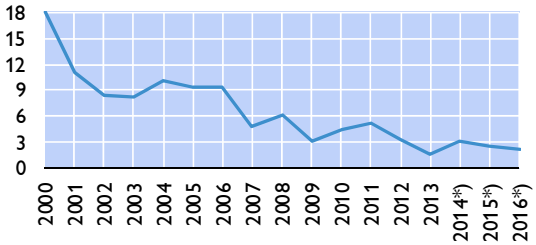
Reales BIP

%-Veränderung zum Vorjahr, Jahresdurchschnitt



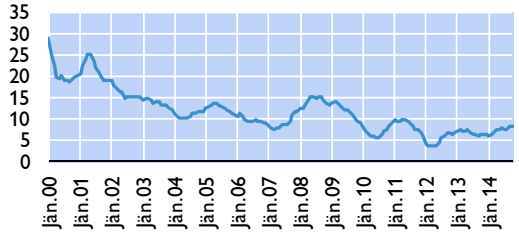
Leistungsbilanz

In % des BIP



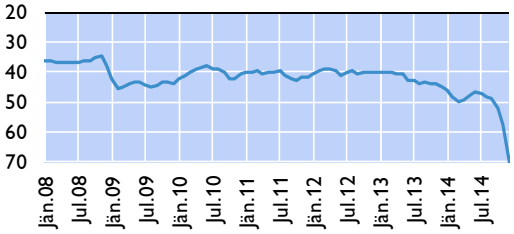
VPI

%-Veränderung zum Vorjahr



Wechselkurs

Landeswährung pro Euro (invertierte Skala: Anstieg = Aufwertung)



	Reales BIP 1)	Arbeitslosen-quote 6)	VPI 1) 6)	Budget-saldo 3)	Leistungs-bilanz 2)	Externe Schulden 2) 7)	Offizielle Währungs-reserven 2)	Wechsel-kurs 4)	Leitzins-satz 5)
2000	10,0	10,4	21,0	1,9	18,0	55,3	9,2	26,04	25,0
2001	5,1	9,0	21,7	3,0	11,1	46,8	10,8	26,16	25,0
2002	4,7	8,0	16,0	1,0	8,5	40,2	11,6	29,68	21,0
2003	6,6	8,6	13,7	1,3	8,3	38,7	15,2	34,67	6,5
2004	7,2	8,0	10,9	4,5	10,1	33,0	18,7	35,81	6,5
2005	6,4	7,6	12,5	8,1	9,4	35,4	24,2	35,20	6,5
2006	8,2	7,2	9,8	8,4	9,4	30,1	28,4	34,11	6,5
2007	8,5	6,1	9,1	6,0	4,8	33,2	33,4	35,02	6,5
2008	5,2	6,4	14,1	4,9	6,1	30,5	26,0	36,42	9,5
2009	- 7,8	8,4	11,8	- 6,3	3,1	36,9	32,0	44,14	6,0
2010	4,5	7,5	6,9	- 3,4	4,4	31,8	28,2	40,28	5,0
2011	4,3	6,6	8,5	1,5	5,1	30,8	24,9	40,88	5,3
2012	3,4	5,5	5,1	0,4	3,3	31,4	23,0	39,92	5,5
2013	1,3	5,5	6,8	- 1,3	1,6	33,8	21,0	42,32	5,5
2014)*	*0,6*	*5,6*	*7,4*	*- 0,9*	*2,7*	..	..	51,01	17,0
2015)*	*- 3,0*	*6,5*	*7,3*	*- 1,1*	*3,1*	..	..	..	..
2016)*	*- 1,0*	*6,0*	*6,0*	*- 0,6*	*3,0*	..	..	..	..

1) Prozentveränderung zum Vorjahr.
2) in % des BIP.
3) in % des BIP, Finanzierungssaldo des Gesamtstaates.
4) Periodendurchschnitt; Landeswährung je 1 Euro.
5) Offizieller Refinanzierungssatz, Periodenendwerte.
6) Jahresdurchschnitt.
7) Brutto-Auslandsverschuldung der gesamten Volkswirtschaft, Periodenendwerte.
**) Prognosen: IWF/WEO Update Jänner 2015: nur BIP; restliche Daten IWF/WEO Okt.2014; WK und Leitzinssatz 2014 realisierte Werte.*

Quellen: Bank of Russia, Goskomstat, wiiw, IWF.

Russia: Selected Banking Sector Stability Indicators

	end-2012	end-2013	end-Jun 14	end-Sep 14	end-2014
Credit risk					
Total loans (excl. interbank, ratio to GDP, %)1)	45.1	50.3	51.3	53.1	58.0
- annual real growth, exchange rate-adjusted (%)	+13.1	+9.3	+9.1	+5.7	+1.6
Loans to households (share in total loans, %)	27.4	29.9	29.7	29.4	27.0
Non-performing loans (% of total loans incl. interbank, narrow definition)2)	6.1	6.0	6.5	6.6	6.5a)
Non-performing loans (% of total loans, incl. interbank, broader definition)3)	13.4	12.9	13.7	13.7	13.4a)
Ratio of large credit risks to total banking sector assets (%)4)	25.8	25.1	26.2	28.1	28.5a)
Market and exchange rate risk					
Foreign currency loans (share in total loans, %)	16.3	16.9	16.9	18.6	24.2
Forex loans to enterprises (share in loans to enterpriseis, %)	21.9	24.0	24.0	26.2	33.2
Forex loans to households (share in loans to households, %)	3.2	2.4	2.0	2.2	2.7
Forex deposits (share in total deposits, %)	25.2	26.7	28.5	30.6	37.6
Liquidity risk					
Total deposits (excl. interbank, ratio to GDP (%)5)	38.1	42.0	41.4	43.3	49.2
- annual real growth, exchange rate-adjusted (%)	+12.0	+7.2	+0.8	+0.1	-3.2
Loan-to-deposit ratio (%)	118.3	119.7	124.0	122.6	117.8
Ratio of highly liquid assets to total assets (%)	11.1	9.9	11.1	9.9	10.1a)
Banks' external assets (share in total assets, %)6)	13.0	13.2	13.8	12.9	13.7a)
Banks' external liablities (share in total liabilities, %)7)	10.8	10.3	9.7	9.9	10.5a)
Liabilities to the CBR (share in banks' total liabilities, %)8)	5.4	7.7	8.7	8.8	12.0
Profitability					
Return on assets (%)	2.3	1.9	1.7	1.6	1.5a)
Return on equity (%)	18.2	15.2	13.6	12.8	12.1a)
Shock-absorbing factors					
Capital adequacy ratio (capital to risk-weighted assets, %)	13.7	13.5	12.8	12.6	11.9a)
Tier 1 capital ratio N 1. 2 (Basel III)	8.5	9.1	9.2	9.4	8.7a)
Loan-loss-provisions (ratio to total loans, %)	6.1	5.9	6.2	6.4	6.3a)
Claims on the CBR (share in banks' total assets, %)9)	4.4	3.9	3.3	3.4	4.2
Memorandum items					
Total banking sector assets (ratio to GDP, %)	79.1	86.7	88.0	90.3	107.4
International reserves of CBR (incl. gold, ratio to GDP, %)	26.7	24.4	23.2	22.2	20.3
RUB/USD (end of period)	30.37	32.73	33.63	39.39	56.26
RUB/EUR (end of period)	40.23	44.97	45.83	49.95	68.34
CPI inflation (year-on-year, end of period)	6.6	6.5	7.8	8.0	11.4

Source: Central Bank of Russia, OeNB calculations

1) loans and other placements with non-financial organizations, government agencies and individuals
2) share of problem loans (category IV) and bad loans (category V) according to CBR regulation no. 254 (2004)
3) share of doubtful (category III), problem (category IV) and bad loans (category V) acc. to CBR regulation no. 254 (2004)
4) Large borrowers are those with loans exceeding 5% of regulatory capital.
5) deposits and other funds of non-financial organizations, government agencies and individuals
6) funds placed with non-residents, incl. loans and deposits, correspondent accounts with banks, securities acquired
7) funds raised from non-residents, incl. loans from foreign banks, deposits of legal entities and individuals
8) loans, deposits and other funds received by credit institutions from the CBR
9) accounts with the CBR and authorized agencies of other countries
a) end-November

Annex

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik – EU[22] und international[23]

Zeitraum 16. Jänner 2015 bis 26. Februar 2015

1) EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
21. Jänner 2015	ECON	I. Wirtschaftspolitscher Dialog mit J. Reirs, Vorsitzender der lettischen Ratspräsidentschaft zu Junckers Investitionsplan (EFSI): Der Legislativvorschlag für den EFSI soll zeitgerecht umgesetzt werden, damit der EFSI seine Tätigkeit mit Mitte 2015 aufnehmen kann. Es wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die am 19.1. das erste Mal tagte. Wichtig sind insbesondere die Förderung des Investitionsumfelds und die Ausrichtung der Maßnahmen auf KMUs. II. Strukturelle Maßnahmen zur Erhöhung der Widerstandsfähigkeit von Kreditinstituten in der EU – Berichterstatter, G. Hökmark (EVP/SE) - Der Fokus des Berichts liegt auf Adressierung der systemischen Risiken mit dem Ziel: „Erstellung einer Regelung, die mit bestehenden Regeln wie CRD IV, BRRD, etc. in Einklang steht.“ - Banken sollen erforderlichenfalls abwickelbar sein. - Hinweis auf bestehenden Mangel an Investitionen in der EU („Under-Investment“) in Höhe von zwischen EUR 400 und EUR 700 Mrd. Der Finanzsektor soll laut Bericht diesen Mangel überbrücken und erforderliche Liquidität bereitstellen.
22. Jänner 2015	EZB	Die EZB dehnt ihre Ankäufe auf Anleihen aus, die von im Euroraum ansässigen Zentralstaaten, Emittenten mit Förderauftrag und europäischen Institutionen begeben werden. - Insgesamt sind monatliche Ankäufe von Vermögenswerten in der Höhe von 60 Mrd. € mit Beginn März 2015 geplant. - Das Gesamtvolumen des Anleihekaufprogramms wird bei rund 1,2 Billionen Euro liegen und soll bis September 2016 andauern. - Das Programm dient der Erfüllung des Mandats der EZB zur Gewährleistung von Preisstabilität in der EU.

[22] Autorin: Sylvia Gloggnitzer (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

[23] Autorin: Andrea W. Hofer (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

26. Jänner 2015	Eurogruppe	Im Mittelpunkt der Eurogruppen Diskussion standen folgende Themen: - Griechenland: Derzeit Stillstand, da die Regierung erst gebildet werden muss. Der EFSF hat an Griechenland EUR 141,8 Mrd. ausgezahlt, hält damit 44% aller öffentlichen Schulden von Griechenland und ist damit der größte Gläubiger. - Flexibilität im Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP): Es besteht die Notwendigkeit, den Konjunkturzyklus zu berücksichtigen, Investitionen zu belohnen, Strukturreformen anzuregen und gleichzeitig die Regeln des SWP einzuhalten. An der praktischen Anwendung der Regeln wird auf technischer Ebene gearbeitet. - Litauen: Als Mitglied der Eurogruppe tritt Litauen mit 3.2.2015 dem ESM bei und wird in fünf gleich hohen Tranchen EUR 327 Mio. (paid in capital) einzahlen.
27. Jänner 2015	ECOFIN Rat	Hauptthema war die Umsetzung des Investitionsplans für Europa (EFSI): Gemäß des Vorschlags der Kommission soll der Fonds Projekte mit höherem Risikoprofil finanzieren; vorgesehen sind Infrastrukturfinanzierungen und KMU-Finanzierungen (via EIF), mit darlehensbasierten Instrumenten und Beteiligungsinstrumenten. Der Fonds soll eine eigene Governance-Struktur (Lenkungsausschuss, Investitionskomitee, Managing Direktor) haben; da er rechtlich aber nur ein Verrechnungskonto in der EIB ist, werden die vom Fonds unterstützten Projekte aber auch weiterhin die EIB-Entscheidungsstrukturen (Direktorium und Verwaltungsrat) durchlaufen. Weiters ist eine Zentralstelle für technische Unterstützung (European Advisory Hub, EIAH) vorgesehen. Es wird vorgeschlagen, dass die europäische Projektpipeline laufend aktualisiert wird.
12./13. Februar 2015	Informeller ER	- Vertiefung der WWU: Der ER beschäftigt sich mit einer analytischen Note zur weiteren Vertiefung der wirtschaftspolitischen Kooperation im Rahmen der WWU. Ein weiterer 4 Präsidenten-Bericht (zwischen EK, Euro-Gipfel, Eurogruppe und EZB) zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik, ist für Juni 2015 vorgesehen. - Terrorismusbekämpfung: Vor dem Hintergrund der Terrorattacken in Paris haben die Staats- und Regierungschefs auch EU Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfen beschlossen. - Ukraine: Es besteht die Forderung seitens des ER der vollständigen und zügigen Umsetzung des Minsker-Abkommens ohne die bestehenden Sanktion derzeit zu lockern. Die EU steht geschlossen hinter den Bemühungen von Präsident Poroschenko, den Frieden wiederherzustellen und die Unabhängigkeit, die Souveränität und die territoriale Unversehrtheit der Ukraine zu wahren.
16. Februar 2015	Eurogruppe	- Follow-up ER. Es wurde eine „Analytical Note“ für das 4 Präsidentenpapier besprochen. Die Weiterentwicklung und Vertiefung der WWU wird grundsätzlich begrüßt - Internationale Rolle des Euro: Es wurde an die EK und die EWG der Auftrag erteilt zu untersuchen, was Hindernisse für eine Ausweitung der Verwendung des Euro im internationalen Handel sein könnten.

		Berichtsvorlage soll im zweiten Halbjahr 2015 erfolgen. - Zypern: Es kam zu keinem Abschluss der Überprüfung aufgrund einer fehlenden Ratifizierung des „Foreclosure Framework". - Griechenland: Keine Einigung.
17. Februar 2015	ECOFIN Rat	- Investitionsplan für Europa (EFSI): Die EK hat am 13.1.2015 ihren Vorschlag für die Rechtsgrundlage des EFSI vorgelegt. Seither wird der Vorschlag in einer ad-hoc Arbeitsgruppe diskutiert. Beim ECOFIN-Rat wurden Fragen zur Governance und Auswirkungen des EFSI diskutiert. Im März soll es zu einer allgemeinen Ausrichtung kommen, damit Triologsverhandlungen im Juni starten können. - EU-Semester 2015: Verabschiedung der Schlussfolgerungen zum Jahreswachstums- und des Frühwarnberichts. Makroökonomische Ungleichgewichte wurden in 16 Mitgliedstaaten (Österreich ist nicht dabei) festgestellt.
24. Februar 2015	Eurogruppe	Die Eurogruppe stimmt einer Verlängerung des Ende Februar auslaufenden Hilfsprogramms für Griechenland um vier Monate zu. Griechenland legte eine Liste mit Maßnahmen zum Erreichen der notwendigen Spar- und Reformziele (z.B.: Reformen im Steuerrecht, in der Staatsverwaltung und in der Sozialversicherung) vor. Diese geplanten Maßnahmen und ihre Finanzierung müssen nun in enger Kooperation mit den Institutionen (vormals Troika – EK, EZB und IWF) bis spätestens Ende April weiter spezifiziert werden. Weiters bedarf es nun noch der Zustimmung mehrerer nationaler Parlamente für die Verlängerung des Griechenland-Programms.

2) IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

Datum	Institution	Ereignis
14. Jänner 2015 (Nachtrag)	IWF	Naoyuki Shinohara, stellvertretender IWF-Exekutivdirektor, verlässt den IWF: Der stellvertretende IWF-Exekutivdirektor Naoyuki Shinohara verlässt nach Ablauf seiner fünfjährigen Amtsperiode per 28.2.2015 den IWF. In seine Amtszeit fiel die Aufstockung der finanziellen Ressourcen um mehr als 500 Mrd USD durch eine Ausweitung der New Arrangements to Borrow (NAB) und den Abschluss bilateraler Darlehensverträge.
14. Jänner 2015 (Nachtrag)	IWF	Carla Grasso als neue stellvertretende IWF-Exekutivdirektorin: Die geschäftsführende IWF-Exekutivdirektorin Christine Lagarde ernennt Carla Grasso (Brasilien/Italien) zur stellvertretenden Exekutivdirektorin (auch neu geschaffene Position des Chief Administrative Officer). Frau Grasso ist unter anderem für Budget, Personal, Technologie und Ausbildung inkl. Technical Assistance zuständig und nimmt ihre Arbeit am 2.2.2015 auf.
20. Jänner 2015	IWF	World Economic Outlook (WEO) Update: Der IWF revidiert seine Wachstumsprognose gegenüber dem WEO vom Oktober 2014 um 0,3% nach unten und erwartet ein globales

<table>
<tr><td></td><td></td><td>Wachstum für das Jahr 2015 von 3,5% und für das Jahr 2016 von 3,7%.

Der IWF nennt vier Schlüsselfaktoren für seine Abwärtsrevision:

1. Die Erdölpreise fielen seit September 2014 von 100 USD auf 50 USD und stärken dadurch die Nachfrage und das Wachstum in Erdöl importierenden Ländern. Dennoch schwächen negative Faktoren, insbesondere geringere Investitionen aufgrund gesunkener Erwartungen über das mittelfristige Wachstum in vielen Industrie- und Entwicklungsländern das globale Wachstum insgesamt ab.
2. Die Wachstumsdifferenzen zwischen den größten Volkswirtschaften vergrößern sich. Das größte Abwärtsrisiko sieht der IWF in einer Stagnation im Euroraum und/oder Japan.
<table>
<tr><th></th><th>2014</th><th>2015</th><th>2016</th></tr>
<tr><td>World Output</td><td>3,3</td><td>3,5</td><td>3,7</td></tr>
<tr><td>Industrieländer</td><td>1,8</td><td>2,4</td><td>2,4</td></tr>
<tr><td>* USA</td><td>2,4</td><td>3,6</td><td>3,3</td></tr>
<tr><td>* Euroraum</td><td>0,8</td><td>1,2</td><td>1,4</td></tr>
<tr><td>* Japan</td><td>0,1</td><td>0,6</td><td>0,8</td></tr>
<tr><td>Schwellen- und Entwicklungsländer</td><td>4,4</td><td>4,3</td><td>4,7</td></tr>
</table>
3. Der US-Dollar hat angesichts der deutlichen Wachstumsdivergenzen real-effektiv durchschnittlich um 6% (2% gegenüber dem EUR und 8% dem JPY) aufgewertet und wird das Wachstum in den USA dadurch abschwächen.
4. Die Zinssätze und Risikospreads sind in vielen Emerging Markets gestiegen, während langfristige Anleiherenditen in führenden Industriestaaten weiter zurückgegangen sind.</td></tr>
<tr><td>20. Jänner 2015</td><td>BIZ / IWF</td><td>Stärkeres Banken-Deleveraging in CESEE-Ländern:

Laut einem Bericht der BIZ und der Vienna Initiative reduzierten westeuropäische Banken ihre Finanzierung in Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE) im dritten Quartal 2014 stärker als im zweiten Quartal. In der Türkei, Russland und Polen stieg die Kreditvergabe an, während sie in allen anderen Ländern gleichbleibend oder rückläufig war.</td></tr>
<tr><td>23. Jänner 2015</td><td>IWF / Portugal</td><td>First Post-Program Monitoring mit Portugal:

Das IWF Exekutivdirektorium schließt die erste Überprüfung Portugals nach Ende des Programms im Juni 2014 ab, lobt die vorbildliche Programmumsetzung, betont aber die Notwendigkeit von Strukturreformen und fortgesetzter fiskalischer Konsolidierung.</td></tr>
<tr><td>27. Jänner 2015</td><td>IWF</td><td>14. Quoten- und Governancereform 2010 und 15. Quotenreform:

Das IWF-Exekutivdirektorium beschließt einen Bericht und eine Resolution des IWF-Gouverneursrats betreffend die noch immer nicht von den USA ratifizierte Quoten- und Governancereform 2010.

Die Direktoren legen dem Gouverneursrat eine Resolution vor, in der der IWF jene IWF-Mitglieder (USA!), die die Quoten- und Governancereform 2010 noch nicht ratifiziert haben, diese dringend darum ersucht. Weiters wird in der Resolution gefordert, dass die Quotenreform 2015 bis 15.12.2015 abgeschlossen und bei der 14. Quotenreform bis 30.6.2015 ein bedeutsamer Fortschritt erzielt wird.</td></tr>
</table>

29. Jänner 2015	IWF / Irland	Zweites Post-Program Monitoring und Ex Post Evaluation des 2010 an Irland gewährten Extended Arrangement (EFF): Die IWF Exekutivdirektoren loben die weitere Stärkung der irischen Wirtschaft, den fortgesetzten Rückgang der Arbeitslosigkeit und der Anleiherenditen sowie die substanziellen frühzeitigen Kreditrückzahlungen Irlands an den Fonds. Schwachstellen Irlands sind dennoch weiterhin die hohe Verschuldung und die hohe Arbeitslosigkeit.
4. Februar 2015	IWF	Einrichtung eines Catastrophe Containment and Relief (CCR) Trust: Der IWF richtet einen neuen Trust Fund für das Gesundheitswesen ein, der ausgewählten Low Income Countries (LICs) eine zusätzliche Unterstützung geben soll, wenn sie von großen Naturkatastrophen inklusive lebensbedrohlichen, sich schnell ausbreitenden Epidemien wie z.B. Ebola getroffen wurden. Der neue Trust Fund soll Beihilfen in einer Gesamthöhe von nahezu 100 Mio USD an die drei westafrikanischen Länder Liberien, Sierra Leone und Guinea leisten.
5. Februar 2015	IWF	Mitsuhiro Furusawa als neuer stellvertretender Exekutivdirektor: Die geschäftsführende IWF-Exekutivdirektorin Christine Lagarde ernennt Mitsuhiro Furusawa (Japan) zum stellvertretenden Exekutivdirektor. Furusawa übernimmt ab 2.3.2015 die Position von Herrn Naoyuki Shinohara.
5. Februar 2015	IWF / Zypern	Programmüberprüfung: Der IWF stellt anlässlich seines Staff Visit vom 27.1. bis 6.2.2015 fest, dass Zypern seine Wirtschaftsreformen nicht programmgemäß umsetzt („not on track"), weshalb der IWF die Überprüfung vorerst nicht abschließen kann.
9.-10. Februar 2015	G20	G20 Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure in Istanbul-Wichtigste Ergebnisse: 1. Wachstum und Wachstumsstrategien: Die G20 kommen überein, dass trotz der vorteilhaften Wirtschaftsentwicklung und dem starken Erdölpreisrückgang dem Risiko einer langfristigen Stagnation weiterhin durch eine akkommodierende Währungspolitik sowie durch eine wachstumsstärkende und gleichzeitig nachhaltige Fiskalpolitik begegnet werden soll. 2. Internationale Finanzarchitektur: Die G20 bestätigen erneut, dass die Umsetzung der IWF Quoten- und Governancereform 2010 höchste Priorität für den IWF hat und drängen die USA die Reformen schnellstmöglich zu ratifizieren. 3. Internationale Steuern: Die G20 unterstützen das G20/OECD-Projekt zur Verhinderung der Erosion der Besteuerungsgrundlage und der Gewinnverschiebung. 4. Finanzmarktregulierung: Die G20 beschließen die Finanzmarktreformagenda für 2015 inklusive der Finalisierung der verbleibenden Elemente noch im Jahr 2015 (Too-big-to-fail, Resolution regimes, Over-the-counter (OTC) derivatives markets reforms, Shadow banking).

12. Februar 2015	IWF / Ukraine	Vereinbarung eines IWF-Kredits für die Ukraine: Der IWF schließt mit der Ukraine ein Staff-level Agreement ab, das bestehende Stand-By Arrangement (SBA) durch eine neue Extended Fund Facility (EFF) in der Höhe von rund 17,5 Mrd USD (rund 15,5 Mrd EUR bzw. 12,35 Mrd SZR) zu ersetzen. Das auf vier Jahre angelegte Hilfspaket soll durch bilaterale und multilaterale Finanzierungen anderer internationaler Finanzinstitutionen ergänzt werden. Dadurch soll ein Gesamtfinanzierungspaket in Höhe von ca. 40 Mrd USD (35 Mrd EUR) erreicht werden.
20. Februar 2015	IWF	Augustin Carstens wird neuer IMFC Chairman: Das International Monetary and Financial Committee (IMFC), das politische Beratungskomitee des IWF, wählt Augustin Carstens, den Gouverneur der mexikanischen Notenbank zum IMFC-Vorsitzenden für eine Amtsperiode von drei Jahren beginnend ab 23.3.2015. Carstens folgt Tharman Shanmugaratnam, Singapurs stellvertretendem Premierminister und Finanzminister nach.

Wirtschaftsindikatoren - Grafiken und Tabellen

Redaktionsschluss: 4. März 2015

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Weltwirtschaft	
Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen	1
Makroökonomische Indikatoren	2
Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise	3
Euroraum	
Wirtschaftsindikatoren	
Prognosen	4
Aktuelle Entwicklung	5
Leitzinssätze und Bereitstellung der Liquidität	6
Zinserwartungen	7
Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen	8
Renditen und Kreditzinsen	9
Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation	10
Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt	11
Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren	12
Inflation und Arbeitskosten	13
Makroökonomische Ungleichgewichte	14
Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)	
Ausgewählte makroökonomische Indikatoren	15
Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder	
Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts	16
Entwicklung der Verbraucherpreise	17
Arbeitslosenquoten	18
Leistungsbilanzsalden	19
Fiskaldaten	20
Österreich	
Wirtschaftsindikatoren	
Prognosen	21
Aktuelle Entwicklung	22
Außenhandel mit Waren	24
Inflation und Wettbewerbsindikatoren	25
Tourismus und Reiseverkehr	26
Öffentliche Haushalte	27
Bundeshaushalt	28
Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute - unkonsolidiert	29
Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	30
Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	31
Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	32
Ertragslage der Kreditinstitute - konsolidiert	33
Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE	34
Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung	
Geldvermögensbildung und Geldvermögen	35
Finanzierung und Verbindlichkeiten	36

Zeichenerklärung

.. = Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
x = Angabe ist aus sachlichen Gründen nicht möglich
0 = Wert ist kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
Ø = Durchschnitt

Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen

	Reales BIP			Inflation[1)]			Arbeitslose			Budgetsaldo			Staatsschuld			Leistungsbilanzsaldo		
	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016
	Veränderung zum Vorjahr in %			*in %*			*in % des Arbeitskräfteangebotes*			*in % des BIP*								
USA	2,4	3,5	3,2	1,6	-0,1	2,0	6,2	5,4	4,9	-4,9	-4,2	-3,8	104,9	104,3	103,9	-2,5	-2,3	-2,6
Japan	0,4	1,3	1,3	2,7	0,6	0,9	3,7	3,7	3,6	-7,7	-7,2	-6,8	246,3	249,5	250,9	0,5	1,0	1,2
China	7,4	7,1	6,9	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	x	3,3	4,4	4,4
Euroraum	0,8	1,3	1,9	0,4	-0,1	1,3	11,6	11,2	10,6	-2,6	-2,2	-1,9	94,3	94,4	93,2	2,8	3,2	3,0
EU	1,3	1,7	2,1	0,6	0,2	1,4	10,2	9,8	9,3	-3,0	-2,6	-2,2	88,4	88,3	87,6	1,6	1,9	1,9
Österreich	0,2	0,8	1,5	1,5	1,1	2,2	5,0	5,2	5,0	-2,9	-2,0	-1,4	86,8	86,4	84,5	2,5	2,6	2,7
Deutschland	1,5	1,5	2,0	0,8	0,1	1,6	5,0	4,9	4,8	0,4	0,2	0,2	74,2	71,9	68,9	7,7	8,0	7,7
Vereinigtes Königreich	2,6	2,6	2,4	1,5	1,0	1,6	6,3	5,6	5,4	-5,4	-4,6	-3,6	88,7	90,1	91,0	-4,1	-3,8	-3,3
Polen	3,3	3,2	3,4	0,1	-0,2	1,4	9,1	8,8	8,3	-3,6	-2,9	-2,7	48,6	49,9	49,8	-1,3	-1,5	-2,0
Ungarn	3,3	2,4	1,9	0,0	0,8	2,8	7,7	7,4	6,6	-2,6	-2,7	-2,5	77,7	77,2	76,1	4,1	4,4	4,9
Tschechische Republik	2,3	2,5	2,6	0,4	0,8	1,4	6,1	6,0	5,9	-1,3	-2,0	-1,5	44,1	44,4	45,0	-1,0	-0,3	0,1

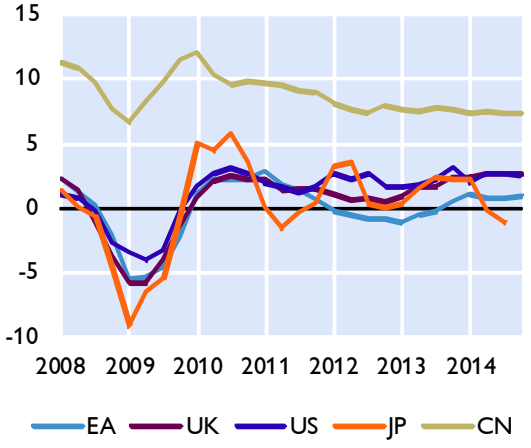
Quelle: Prognose der Europäischen Kommission vom Februar 2015.

1) HVPI-Inflation; USA, Japan, China: VPI.

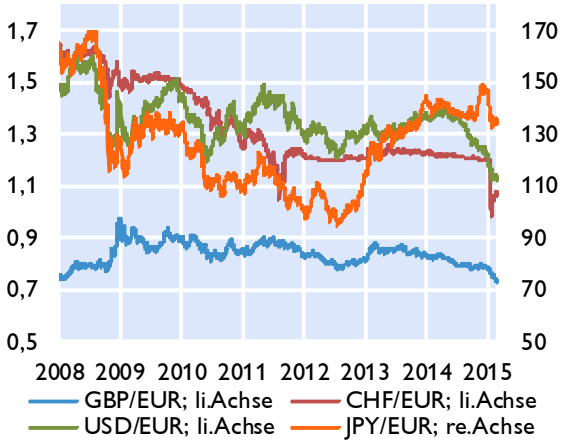
Makroökonomische Indikatoren

Reales BIP-Wachstum

Veränderung zum Vorjahr in %

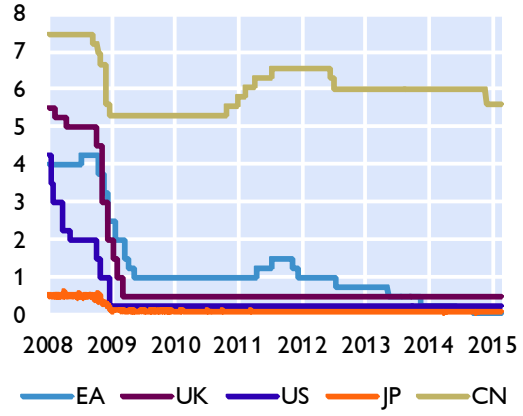


Wechselkurse zum Euro



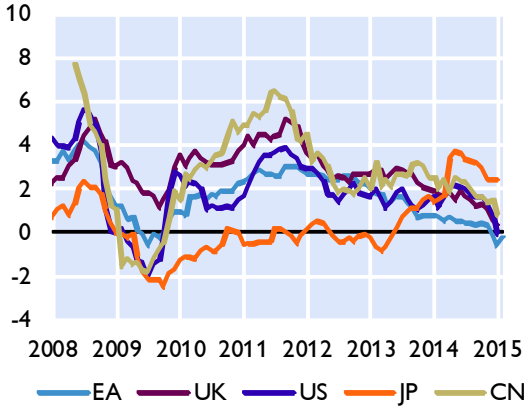
Leitzinssätze der Zentralbanken

in %



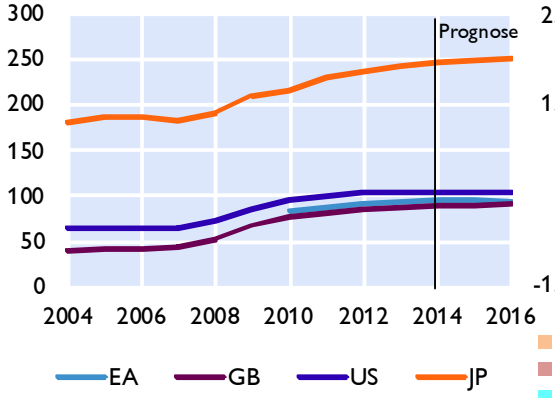
Verbraucherpreisindizes

in %



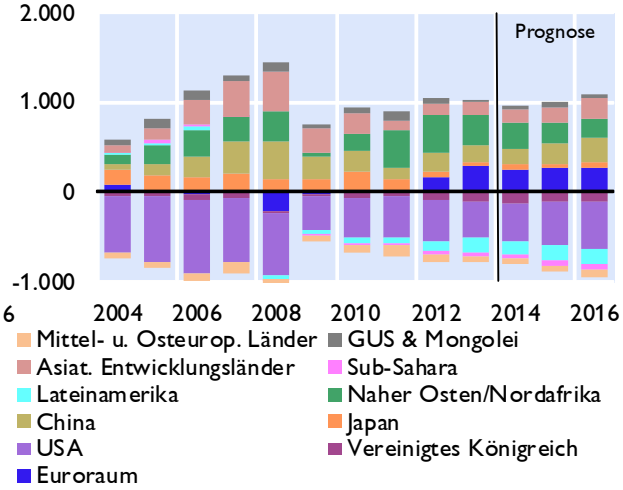
Öffentliche Verschuldung

in % des BIP



Leistungsbilanz

Saldo in Mrd USD

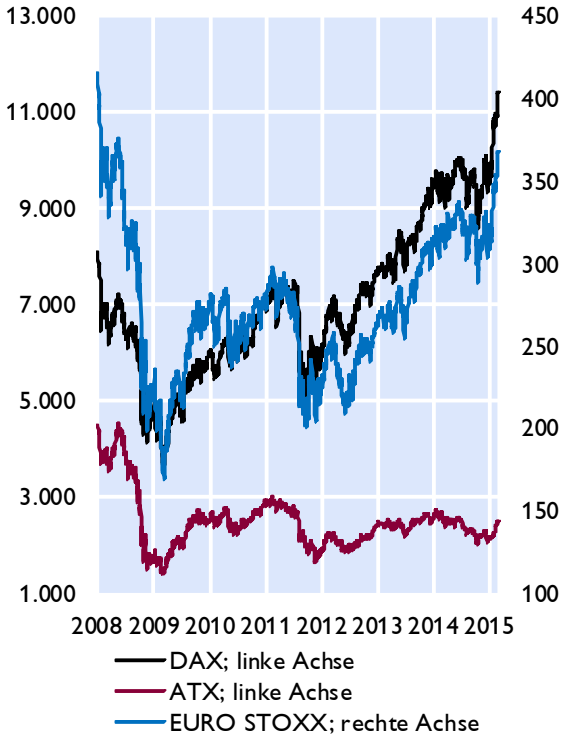


Quelle: Eurostat, EK, IWF, Thomson Reuters, nationale Quellen. Prognosen: WEO Okt.2014 und EK Feb.2015.

Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise

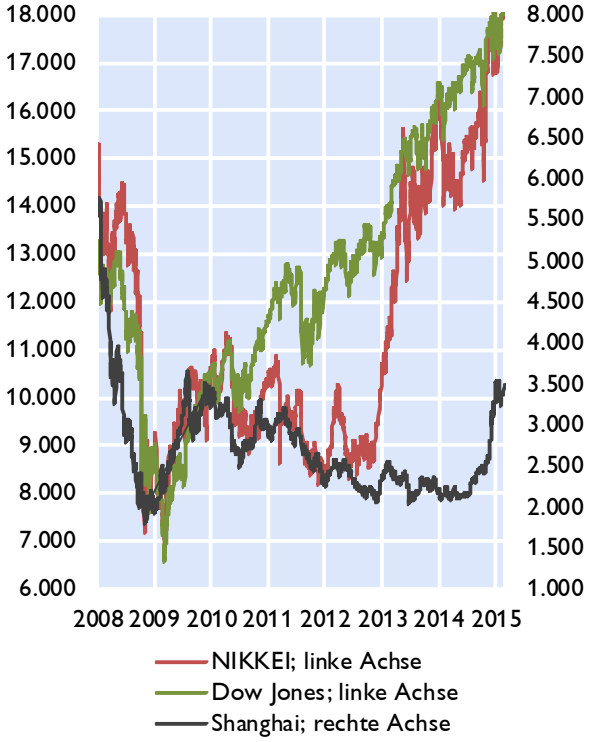
Aktienkurse - Europa

in Punkten



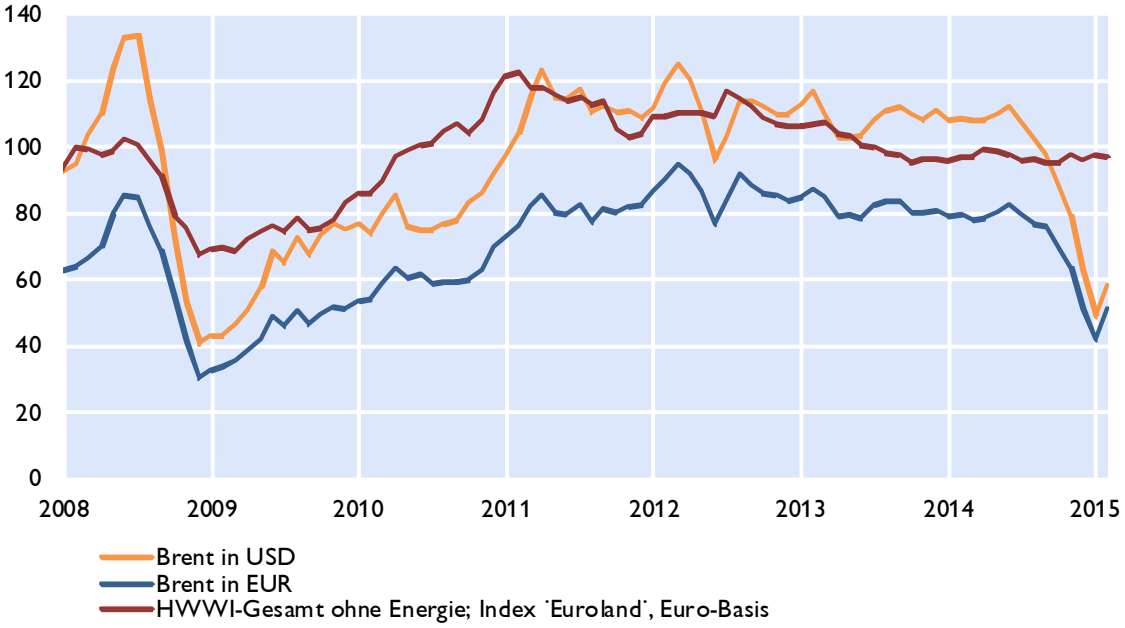
Aktienkurse - International

in Punkten



Rohstoffpreise

USD bzw. EUR je Barrel; HWWI-Rohstoffpreisindex: 2010=100



Quelle: Thomson Reuters.

Prognosen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

	EZB / Eurosystem			OECD			IWF			EU-Kommission		
	Dezember 2014			November 2014			Oktober 2014/Jänner 2015			Februar 2015		
	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016
	Veränderung zum Vorjahr in %											
BIP, real[1)]	0,8	1,0	1,5	0,8	1,1	1,7	0,8	1,2	1,4	0,8	1,3	1,9
Privater Konsum, real	0,8	1,3	1,2	0,7	1,0	1,3	0,7	1,2	x	0,9	1,6	1,6
Öffentlicher Konsum, real	0,9	0,5	0,4	0,8	0,4	0,6	0,4	0,2	x	0,7	0,4	0,9
Bruttoanlageinvestitionen, real	0,7	1,4	3,2	0,5	1,2	3,1	0,7	2,0	x	0,9	2,0	4,4
Exporte, real	3,2	3,2	4,8	x	x	x	3,5	4,3	x	3,6	4,3	5,1
Importe, real	3,3	3,7	4,9	x	x	x	3,4	3,9	x	3,6	4,5	5,7
BIP Deflator	0,9	1,1	1,3	1,0	1,0	1,0	1,0	1,2	x	0,8	0,8	1,4
HVPI	0,5	0,7	1,3	0,5	0,6	1,0	0,5	0,9	x	0,4	-0,1	1,3
Lohnstückkosten	1,1	1,1	0,8	1,1	1,2	0,5	1,1	0,9	x	1,1	0,6	0,6
Beschäftigte	0,4	0,6	0,5	0,4	0,4	0,6	0,4	0,7	x	0,5	0,7	1,0
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition											
Arbeitslosenquote	11,6	11,2	10,9	11,4	11,1	10,8	11,6	11,2	x	11,6	11,2	10,6
	in % des nominellen BIP											
Leistungsbilanz	2,1	2,2	2,4	3,0	3,1	3,2	2,0	1,9	x	2,8	3,2	3,0
Öffentliches Defizit	-2,6	-2,5	-2,2	-2,6	-2,3	-1,9	-2,9	-2,5	x	-2,6	-2,2	-1,9
	Prognoseannahmen											
Erdölpreis in USD/Barrel[1)]	101,2	85,6	88,5	101,4	85,0	85,0	96,3	56,7	63,9	99,7	53,0	61,5
Kurzfristiger Zinssatz in %[1)]	0,2	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,2	0,0	0,1	0,2	0,0	0,1
USD/EUR	1,33	1,25	1,25	1,33	1,24	1,24	1,35	1,34	x	1,33	1,17	1,17
	Veränderung zum Vorjahr in %											
BIP, real USA[1)]	2,2	2,9	2,9	2,2	3,1	3,0	2,4	3,6	3,3	2,4	3,5	3,2
BIP, real Welt[1)]	3,3	3,7	3,9	3,3	3,7	3,9	3,3	3,5	3,7	3,3	3,6	4,0
Welthandel[1)]	2,7	3,9	5,2	3,0	4,5	5,5	3,1	3,8	5,3	2,6	4,3	5,3

1) IWF-WEO Update vom Jänner 2015.

Euroraum: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung

	2013	2014	2014 Q1	2014 Q2	2014 Q3	2014 Q4	2015 Q1	2014 Nov.	2014 Dez.	2015 Jän.	2015 Feb.
Veränderung zum Vorjahr in %											
HVPI gesamt	1,3	0,4	0,7	0,6	0,4	0,2	..	0,3	-0,2	-0,6	-0,3*)
Kerninflation	1,3	0,9	0,8	0,8	0,8	0,7	..	0,7	0,7	0,6	..
BIP-Deflator des privaten Konsums	1,1	..	0,7	0,8	0,6	..	..	x	x	x	x
Lohnstückkosten (nominell)	1,4	..	0,7	1,2	1,2	..	..	x	x	x	x
Arbeitnehmerentgelt (nominell)	1,7	..	1,8	1,4	1,4	..	..	x	x	x	x
Arbeitsproduktivität (nominell)	0,3	..	1,1	0,2	0,2	..	..	x	x	x	x
Produzentenpreis (Industrie)	-0,2	-1,4	-1,5	-1,0	-1,4	-1,8	..	-1,5	-2,6	-3,4	..
Rohstoffpr. o. Energ; in EUR, 2010=100	101,0	96,8	96,7	98,5	95,6	96,3	..	97,5	96	97,7	97,2
Rohölpreis (Brent in EUR je Barrel)	82,1	74,5	79,0	80,3	77,4	61,2	..	63,5	51,1	42,0	51,3
Rohölpreis (Brent in USD je Barrel)	109,0	99,3	108,2	110,0	102,6	76,6	..	79,2	62,9	48,9	58,25
Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)											
BIP real	-0,5	..	0,3	0,1	0,2	0,3*)	..	x	x	x	x
Privater Konsum	-0,7	..	0,2	0,3	0,5	..	..	x	x	x	x
Öffentlicher Konsum	0,2	..	0,1	0,3	0,3	..	..	x	x	x	x
Bruttoanlageinvestitionen	-2,4	..	0,3	-0,6	-0,2	..	..	x	x	x	x
Beitrag zum Wachstum des realen BIP (in Prozentpunkten)											
Binnennachfrage (ohne Lager)	-0,3	..	0,2	0,1	0,3	..	..	x	x	x	x
Nettoexporte	0,4	..	0,0	0,1	-0,1	..	..	x	x	x	x
Veränderung der Lagerhaltung	-0,6	..	0,1	-0,1	0,0	..	..	x	x	x	x
Zahlungsbilanz (in Mrd EUR)											
Handelsbilanz	152,3	194,8	30,9	46,5	47,9	69,5	..	21,2	24,3	..	..
Leistungsbilanz	241,3	..	59,0	57,8	66,1	57,3	..	19,9	17,8	..	..
Leistungsbilanz in % des BIP	2,4	..	2,4	2,3	2,6	..	..	x	x	x	x
Ausgewählte Indikatoren											
Economic Sentiment Indicator	93,8	101,4	101,5	102,2	100,9	100,7	..	100,7	100,6	101,4	102,1
Industrievertrauen (Saldo)	-9,3	-4,2	-3,5	-3,6	-4,9	-4,9	..	-4,3	-5,2	-4,8	-4,7
Markit Einkaufsmanagerindex (Industrie)	49,6	51,8	53,4	52,4	51,0	50,5	..	50,1	50,6	51,0	51,1*)
ifo-Geschäftsklima (2005=100)	106,8	108,0	110,9	110,4	106,3	104,5	..	104,7	105,5	106,7	106,8
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	-0,7	0,6	1,4	1,0	0,4	0,1	..	-0,5	0,0	..	..
Konsumentenvertrauen (Saldo)	-18,6	-10,0	-11,2	-7,7	-9,9	-11,2	..	-11,5	-10,9	-8,5	-6,7
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	-0,8	1,3	1,0	1,3	0,9	2,0	..	1,4	2,9	..	..
Kapazitätsausl. im Gewerbe in %	78,0	79,9	80,1	79,5	79,8	80,0	80,7	x	x	x	x
Arbeitsmarktentwicklung											
Arbeitslose in % der Beschäftigten[1)]	12,0	11,6	11,8	11,6	11,5	11,4	..	11,4	11,3	11,2	..
Beschäftigung gesamt (Vä z. VP in %)	-0,9	..	0,1	0,2	..	..	..	x	x	x	x
Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)											
Geldmenge M3	1,0	3,6	1,0	1,6	2,5	3,6	..	3,1	3,8	4,1	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	x	x	x	x	x	x	x	3,1	3,7	..	..
Buchkredite an den privaten Sektor	-0,1	-0,3	-0,1	-0,7	-0,5	-0,3	..	-0,4	-0,3	-0,2	..
Leitzinssatz (Periodenendstand)	0,25	0,05	0,25	0,15	0,05	0,05	..	0,05	0,05	0,05	0,1
3-Monats Zinssatz (%)	0,22	0,21	0,30	0,30	0,16	0,08	..	0,08	0,08	0,06	0,0
10-Jahres Zinssatz (%)	3,00	2,05	2,81	2,23	1,80	1,50	..	1,54	1,34	1,13	..
Zinsabstand; 10-J. Zins minus 3-M. Zins	2,78	1,84	2,52	1,93	1,64	1,42	..	1,46	1,26	1,07	..
Corporate Bond Spreads (in Bp; Euro)[2)]	109,7	106,9	103,6	105,0	108,8	110,1	..	103,9	118,4	115,2	111,8
Aktienkurse (DJ-Euro Stoxx-Index)	281,8	318,7	315,9	326,4	319,4	313,3	..	315,7	320,3	327,0	353,2
Wechselkurs USD je EUR	1,33	1,33	1,37	1,37	1,33	1,25	..	1,25	1,23	1,16	1,1
nom. effekt. Wechselkurs des EUR[3)]	101,7	102,3	104,0	103,9	101,7	99,6	..	99,6	99,7	95,9	94,1
real effektiver Wechselkurs des EUR[3)]	99,2	98,9	100,9	100,5	98,2	96,1	..	96,1	96,0	92,2	90,2
Finanzierung des öffentlichen Haushaltes in % des BIP											
Budgetsalden	-2,9	..	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Staatsschuldenquoten	93,3	..	x	x	x	x	x	x	x	x	x

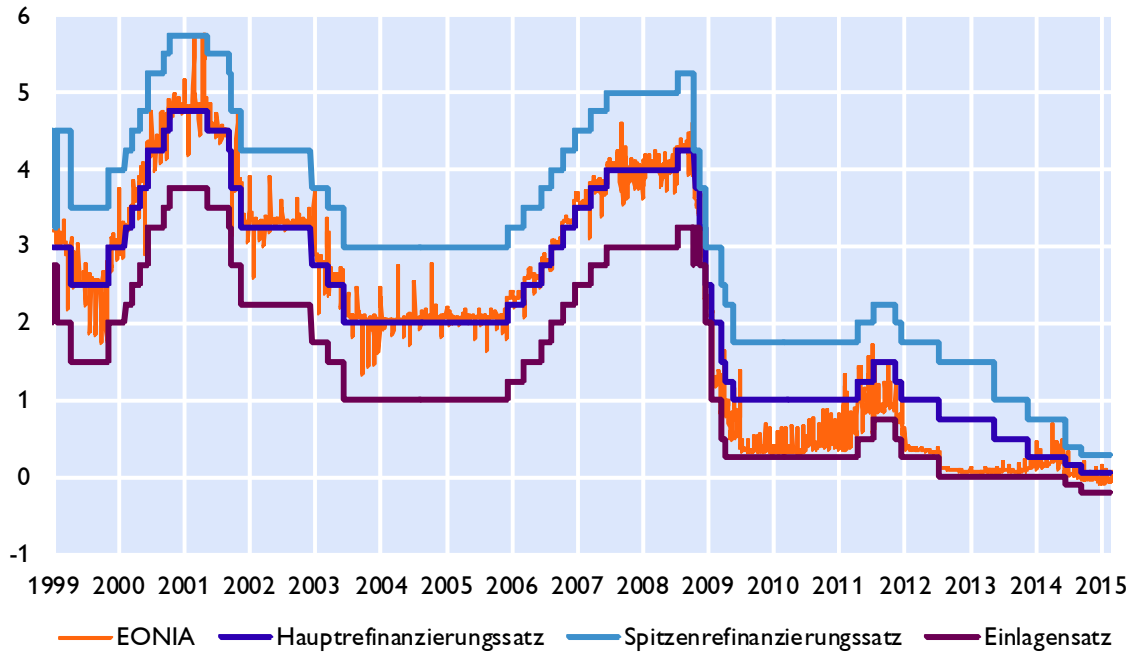
Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Thomson Reuters, HWWI, Markit, ifo.

*1) ILO-Definition. 2) Renditeabstand von 7- bis 10-jährigen Unternehmensanleihen zu 7- bis 10-jährigen Staatsanleihen (Merrill Lynch). 3) Enger Länderkreis, real effektiver Wechselkurs, berechnet anhand des VPI (1999 Q1=100). *) Schnellschätzung*

Euroraum: Leitzinssätze und Bereitstellung von Liquidität

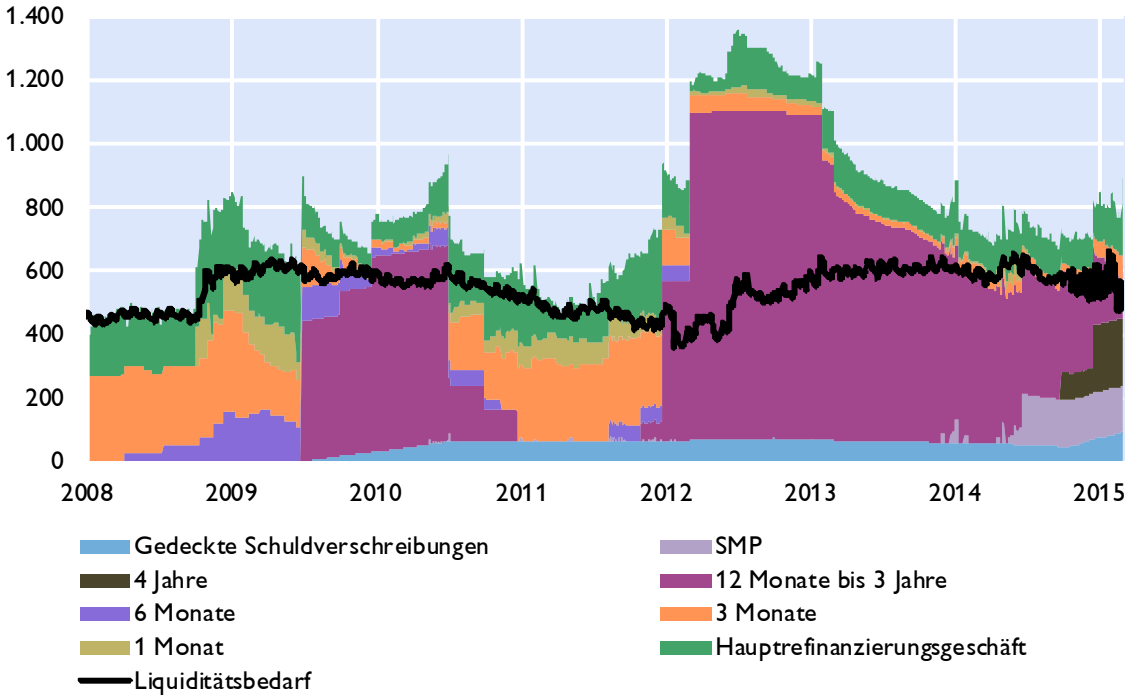
EZB-Leitzinssätze und EONIA

in %



Liquiditätsbereitstellung im Euroraum

nach Fristigkeit, in Mrd Euro

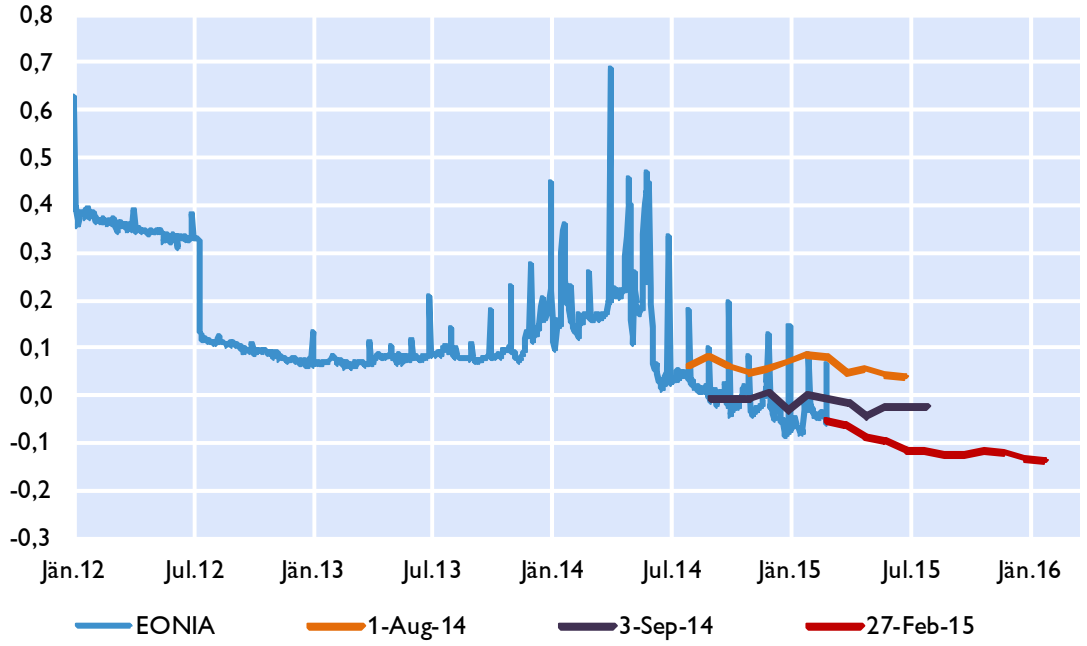


Quelle: Thomson Reuters, EZB, OeNB.

Euroraum: Zinserwartungen

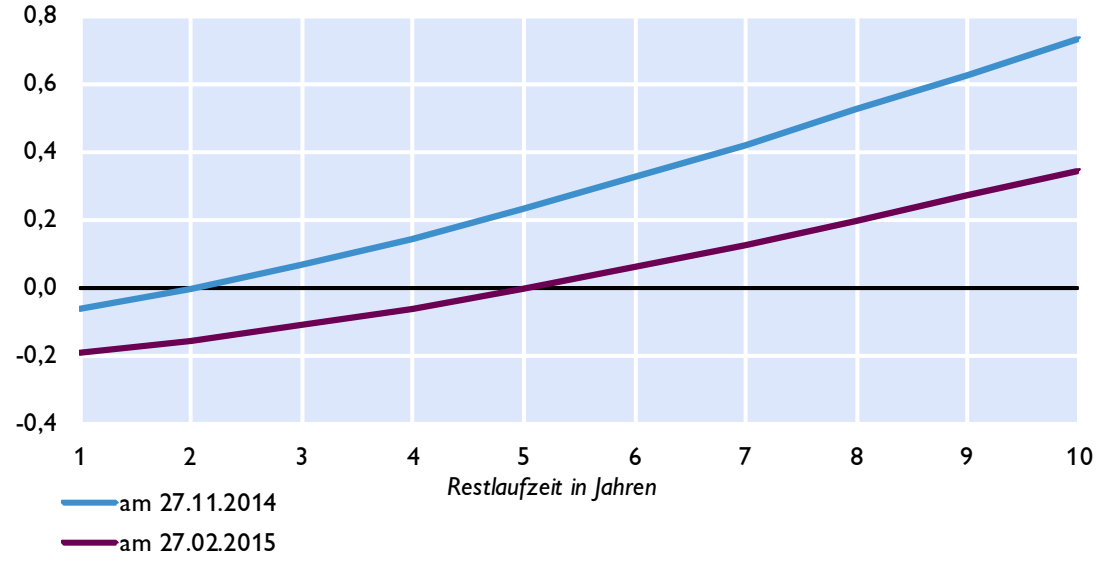
Markterwartungen über den Verlauf des EONIA

berechnet aus EURO Overnight Index Swaps, in %



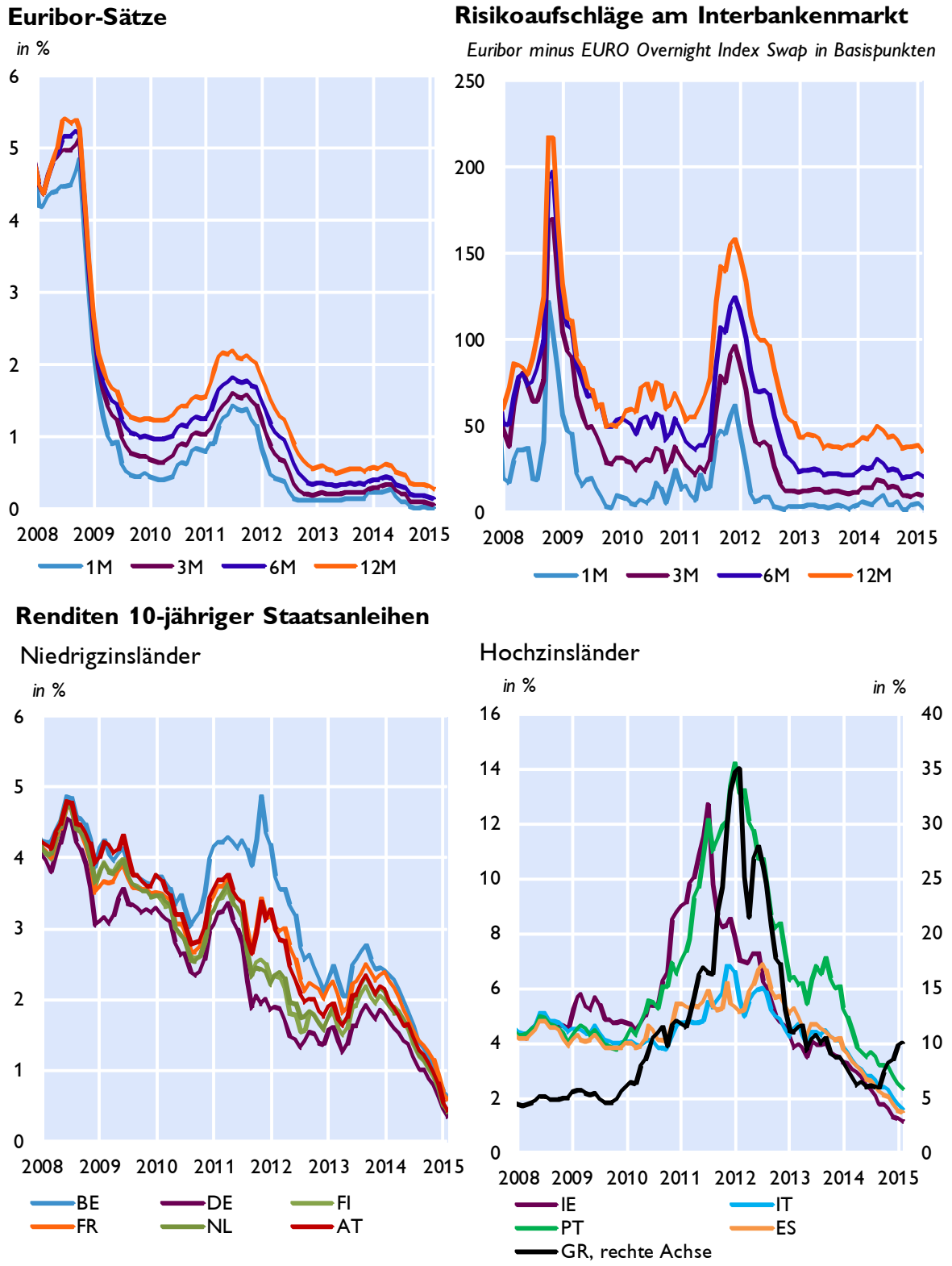
Zinsstrukturkurve für AAA Staatsanleihen im Euroraum

in %



Quelle: Thomson Reuters.

Euroraum: Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen

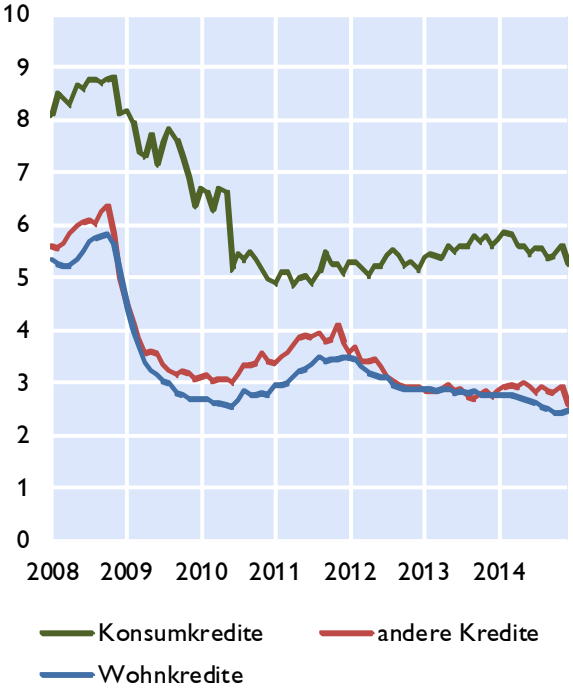


Quelle: Thomson Reuters.

Euroraum: Renditen und Kreditzinsen

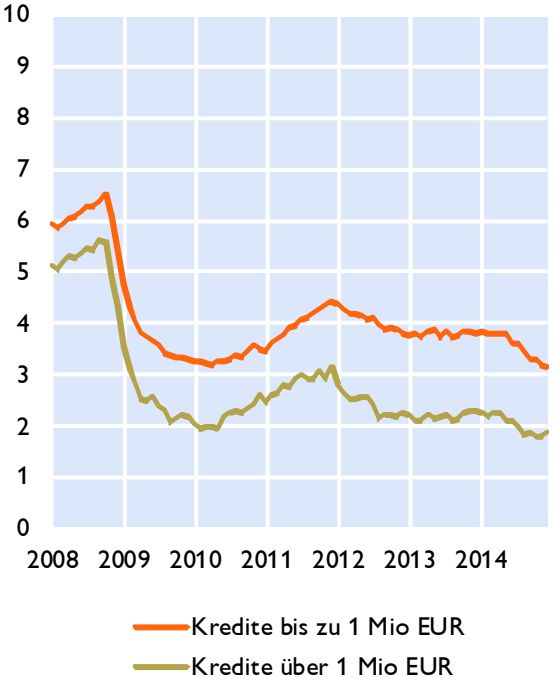
Kreditzinssätze für private Haushalte

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



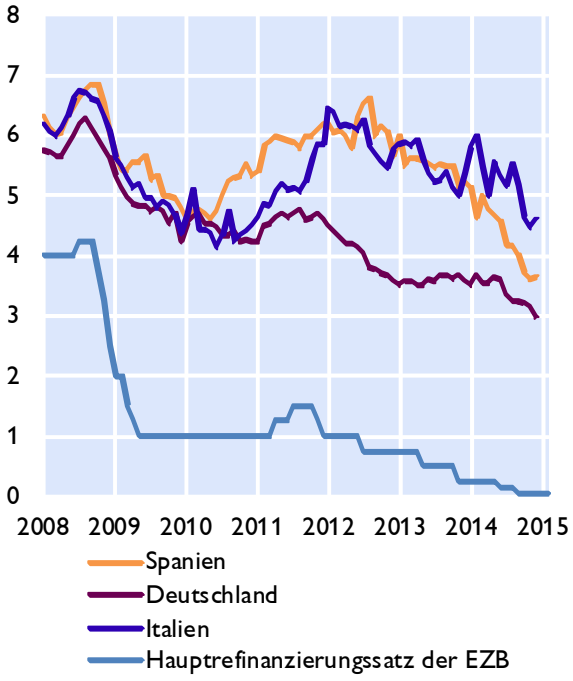
Kreditzinssätze für Unternehmen

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



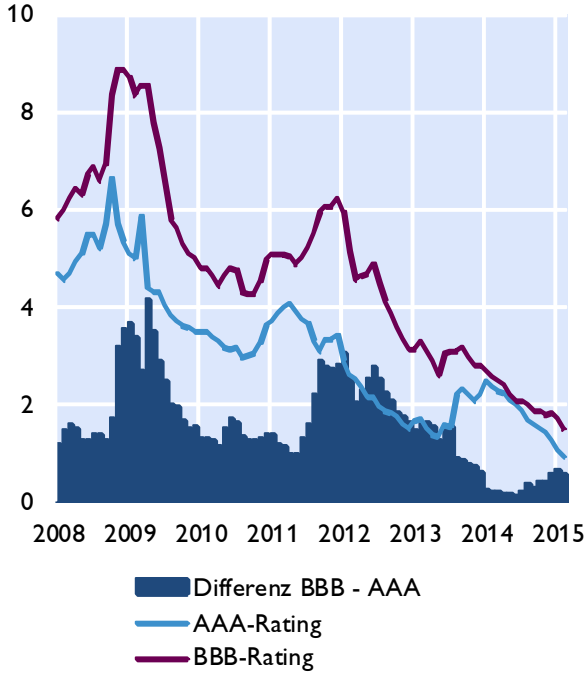
Kreditzinssätze für Unternehmen in ausgewählten Ländern und Leitzinssatz des Euroraums

in %



Renditen für Unternehmensanleihen

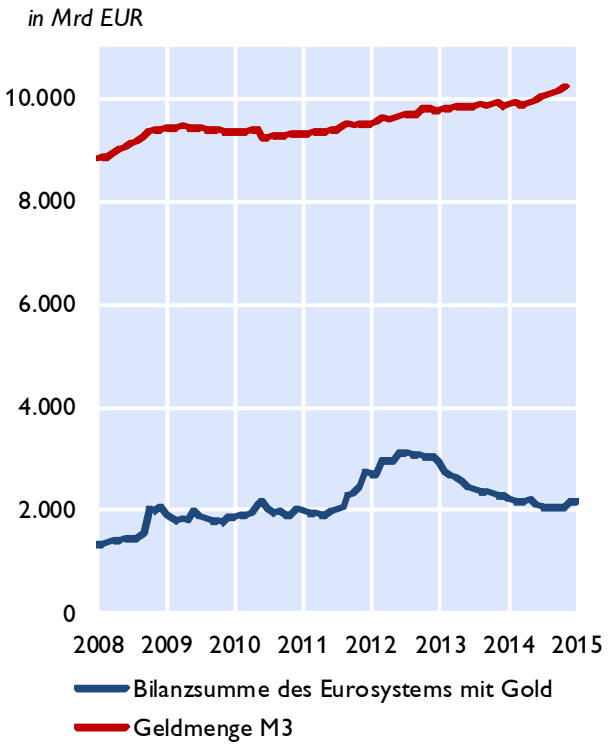
in %



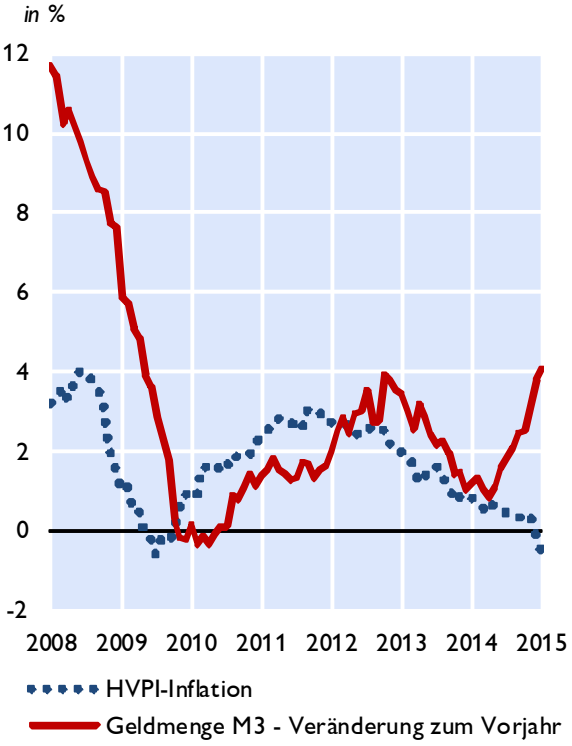
Quelle: Thomson Reuters, EZB.

Euroraum: Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation

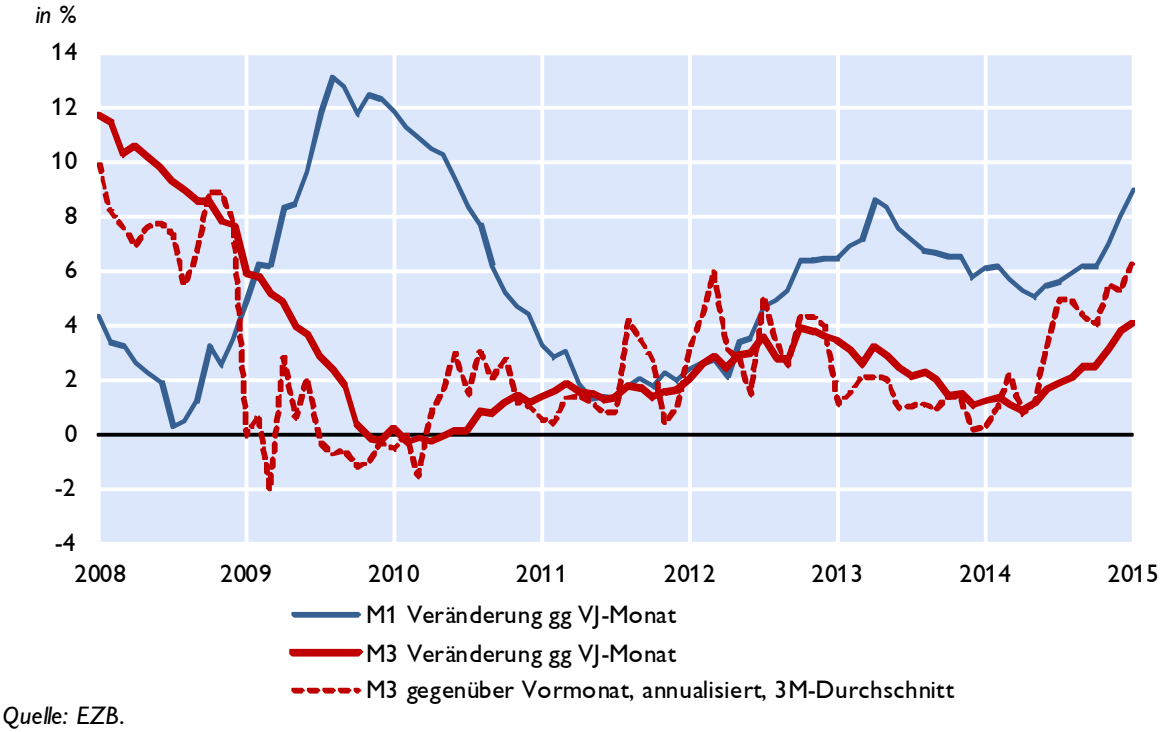
Bilanz im Eurosystem und Geldmenge M3



Geldmenge M3 und Inflation



Geldmenge M1 und M3



Quelle: EZB.

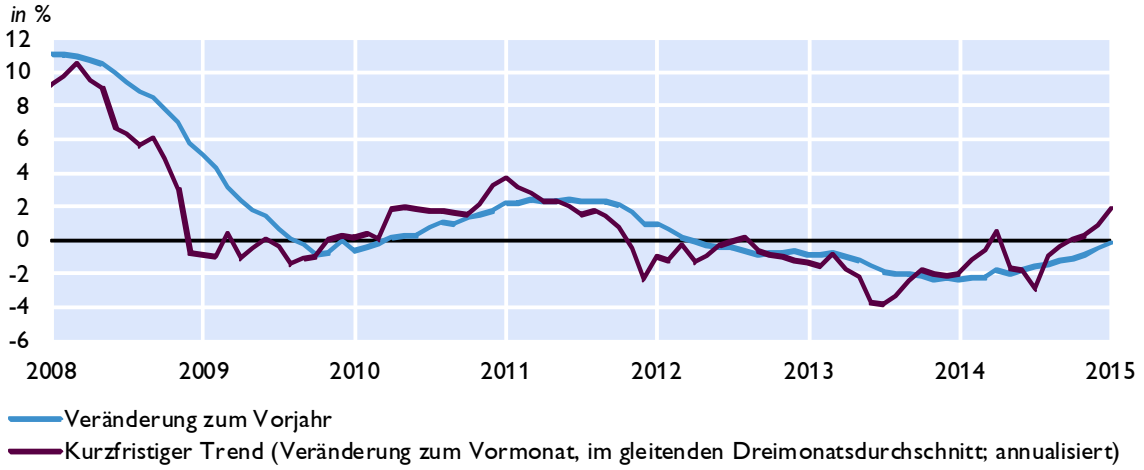
Euroraum: Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt

Gegenposten der Geldmenge M3

Veränderung zum Vorjahr in %

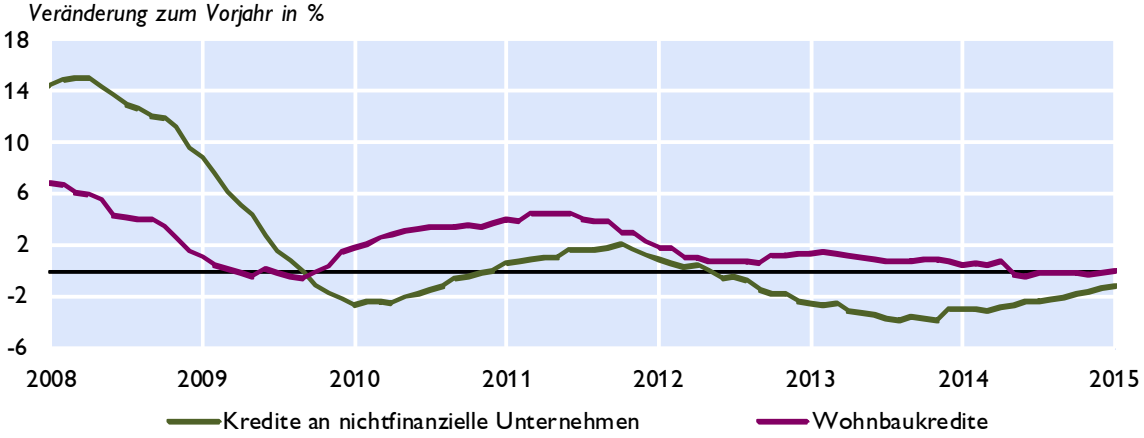
	arbeitstägig und saisonal bereinigt	2013	2014	Aug.14	Sep.14	Okt.14	Nov.14	Dez.14	Jän.15
Aktiva	Kredite	-2,0	-0,1	-1,8	-1,6	-1,3	-0,9	-0,1	0,1
	Kredite an öffentliche Haushalte	-0,7	1,9	-1,2	-0,5	-0,2	0,8	1,9	2,1
	Kredite an sonstige Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	-2,3	-0,7	-1,9	-1,9	-1,6	-1,4	-0,7	-0,5
	davon: Buchkredite an den privaten Sektor[1)]	-2,3	-0,5	-1,5	-1,2	-1,1	-0,9	-0,5	-0,1
	Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	-1,8	4,1	4,4	4,7	3,0	4,5	4,1	5,4
Passiva	Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	-11,5	-1,2	-5,1	-3,4	-4,9	-3,0	-1,2	0,9
	Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs	-1,2	-2,3	-1,1	-1,1	-1,7	-1,9	-2,3	-2,6

Entwicklung der Buchkredite an den privaten Sektor[1)]



Kreditentwicklung

Veränderung zum Vorjahr in %



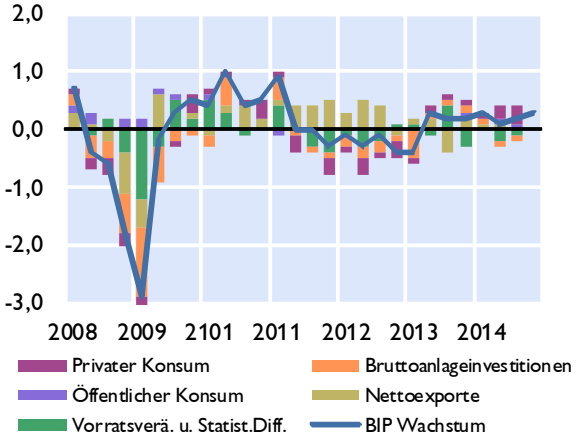
Quelle: EZB.

1) Nichtfinanzielle Unternehmen ohne öffentlichen Sektor.

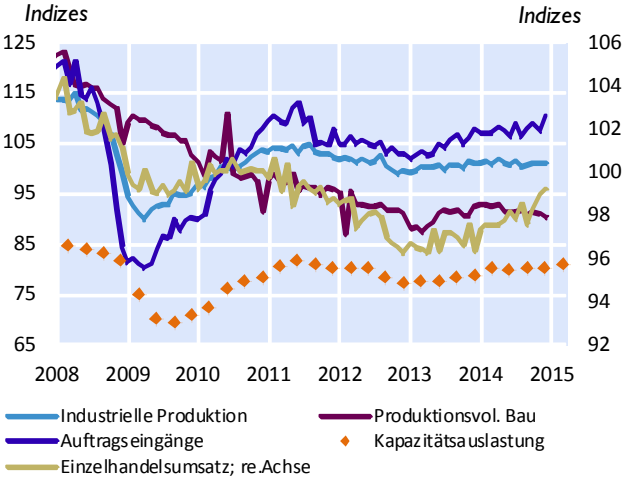
Euroraum: Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren

Wachstumsbeiträge zum realen BIP

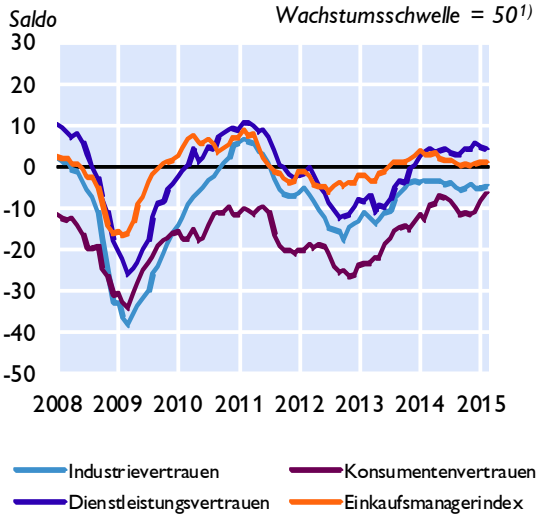
Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



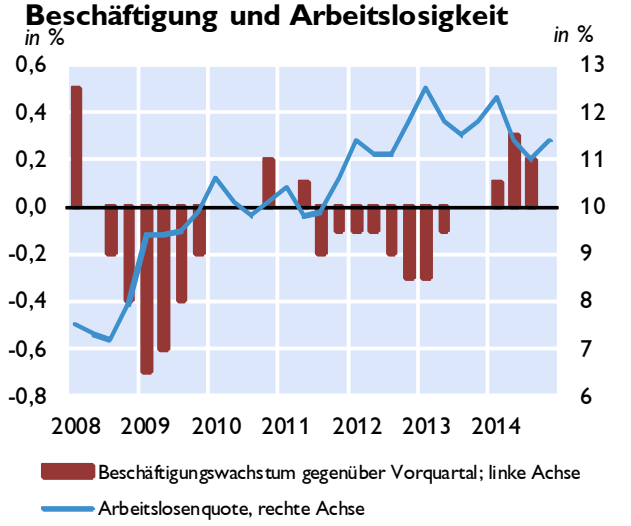
Frühindikatoren zum BIP-Wachstum



Geschäftsklimaindikatoren



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



Zahlungsbilanz

Salden	2012	2013	2014	4Q13	1Q14	2Q14	3Q14	4Q14
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	151,09	214,03	235,52	84,35	35,18	42,61	72,24	85,48
Güter	133,35	214,78	241,57	59,14	44,68	61,03	62,24	73,62
Dienstleistungen	65,41	71,08	78,14	20,02	18,57	21,95	19,82	17,80
Einkommen	81,52	71,59	59,66	34,93	23,39	-6,43	15,72	26,99
Laufende Transfers	-129,19	-143,41	-143,86	-29,75	-51,46	-33,94	-25,54	-32,92
Vermögensübertragungen	x	21,35	20,61	8,75	5,94	4,10	4,11	6,46
Kapitalbilanz	x	450,55	347,79	169,16	60,57	79,74	68,62	138,85
Direktinvestitionen	x	27,37	68,65	27,26	21,04	-1,11	27,65	21,06
Portfolioinvestitionen	x	15,20	115,17	-32,49	-52,61	-43,06	76,47	134,36
Finanzderivate	x	33,09	43,41	12,04	5,50	16,12	16,15	5,64
Sonstige Investiitionen	x	370,11	116,10	161,95	84,13	107,36	-50,31	-25,08
Währungsreserven	x	4,78	4,46	0,41	2,50	0,42	-1,34	2,87
Statistische Differenz	x	215,17	91,66	76,06	19,45	33,03	-7,73	46,91
Leistungsbilanz in % des BIP[2)]	1,9	2,4	..	2,2	2,4	2,3	2,6	..

1) Werte über 50 signalisieren Wachstum. 2) Quartale: Saisonbereinigte Daten.

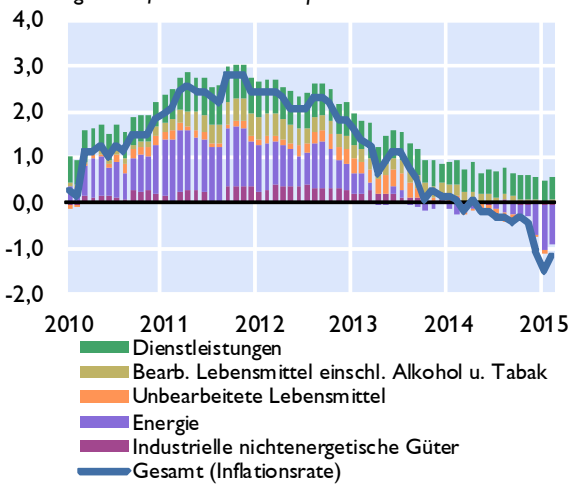
Quelle: EZB, Eurostat, Europäische Kommission, Markit.

Euroraum: Inflation und Arbeitskosten

HVPI	2015	2013	2014	Nov.14	Dez.14	Jän.15	Feb.15
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*					
Gesamt-HVPI	100,0	1,4	0,4	0,3	-0,2	-0,6	-0,3
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	15,6	2,4	-0,1	0,0	-0,6	-0,5	..
Alkoholische Getränke und Tabak	4,1	3,8	2,7	2,2	2,1	1,7	..
Bekleidung und Schuhe	6,2	0,4	0,3	0,4	0,4	0,2	..
Wohnung, Wasser, Energie	16,5	2,2	0,8	0,5	-0,1	-0,7	..
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	6,5	0,8	0,2	0,0	0,1	0,1	..
Gesundheitspflege	4,6	-0,2	1,0	1,0	0,9	0,7	..
Verkehr	15,0	0,5	0,0	-0,5	-2,3	-4,2	..
Nachrichtenübermittlung	3,1	-4,2	-2,8	-2,5	-2,6	-2,1	..
Freizeit und Kultur	9,4	0,9	0,1	-0,4	-0,2	-0,6	..
Bildungswesen	1,1	2,8	0,5	0,9	0,9	0,8	..
Hotels, Cafes und Restaurants	9,2	2,2	1,5	1,6	1,5	1,3	..
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	8,8	1,5	0,8	0,8	0,9	0,7	..

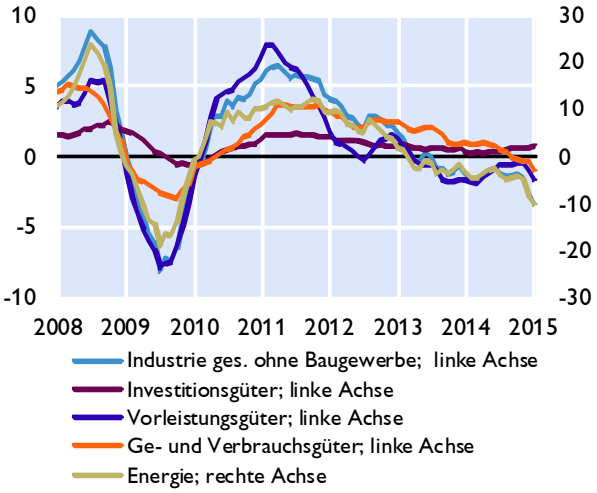
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



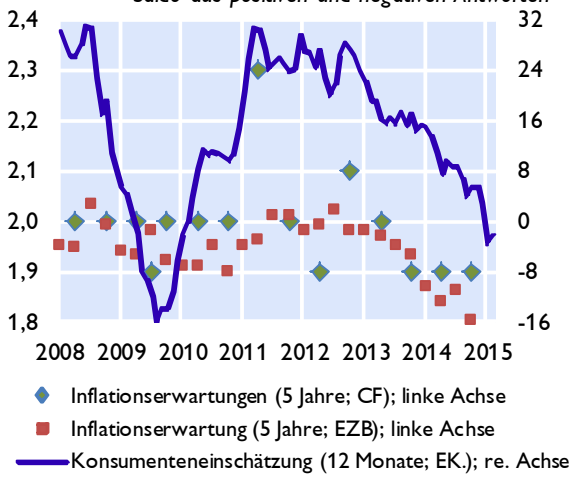
Erzeugerpreise

Veränderung zum Vorjahr in %



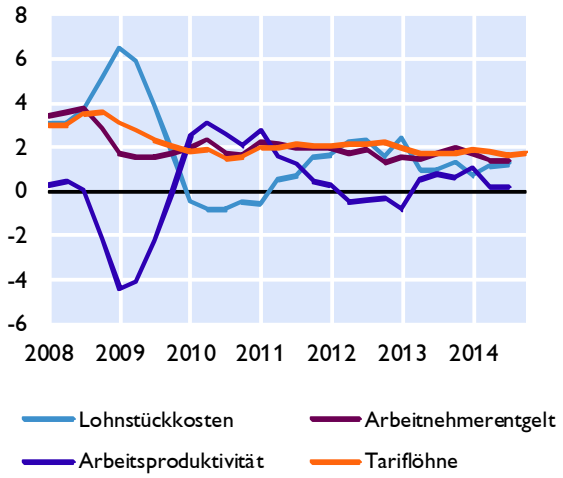
Umfragebasierte Inflationserwartungen

in % *Saldo aus positiven und negativen Antworten*



Arbeitskosten

Veränderung zum Vorjahr in %

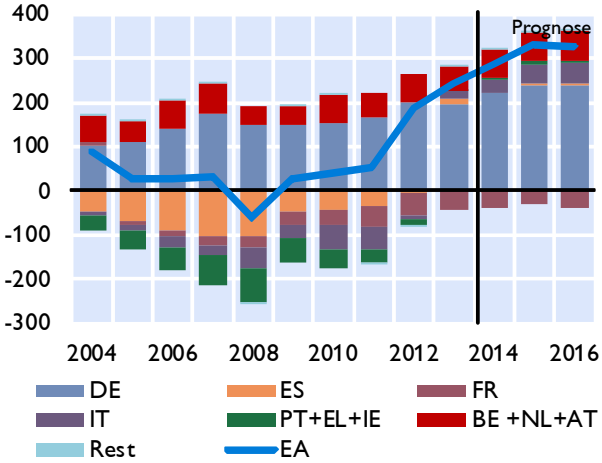


Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Consensus Forecasts.

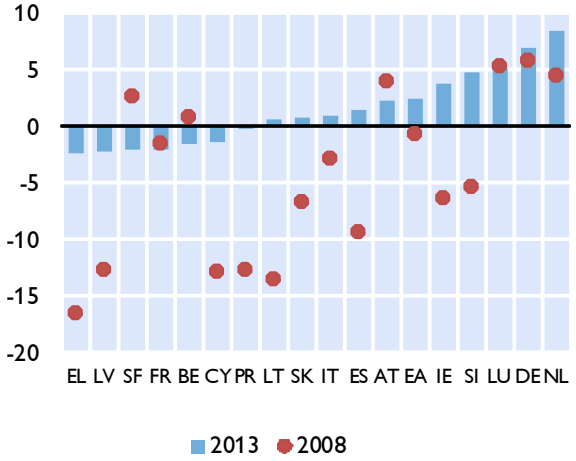
Euroraum: Makroökonomische Ungleichgewichte

Leistungsbilanzsalden

in Mrd EUR

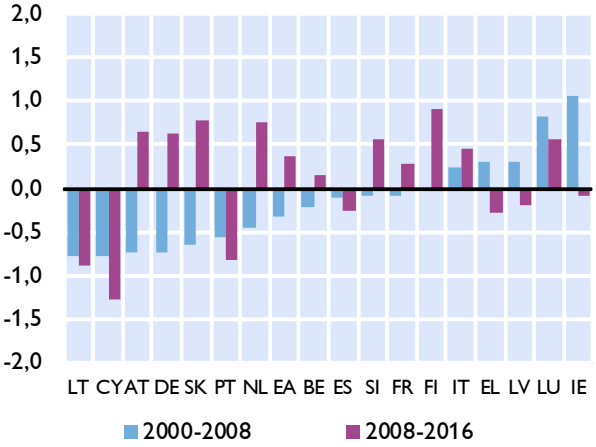


in % des BIP



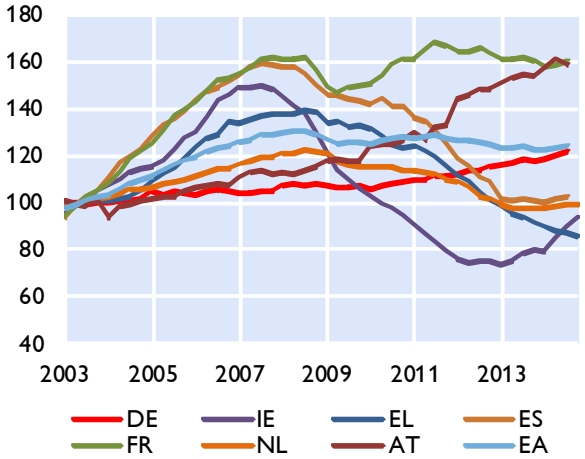
Lohnstückkosten

Durchschnitt der Jahreswachstumsraten in %



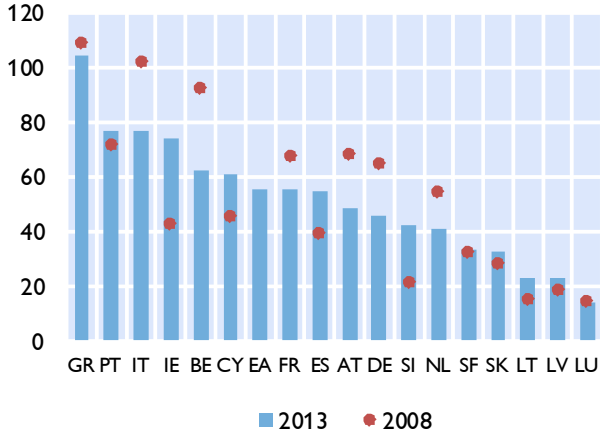
Immobilienpreisindizes

2003 = 100



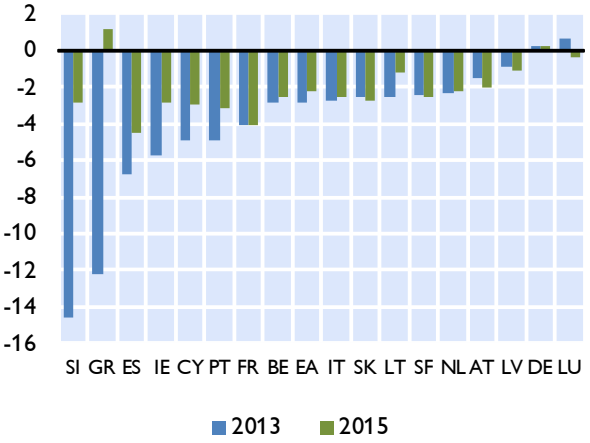
Verschuldung des Gesamtstaates

in % des BIP



Finanzierungssaldo des Gesamtstaates

in % des BIP

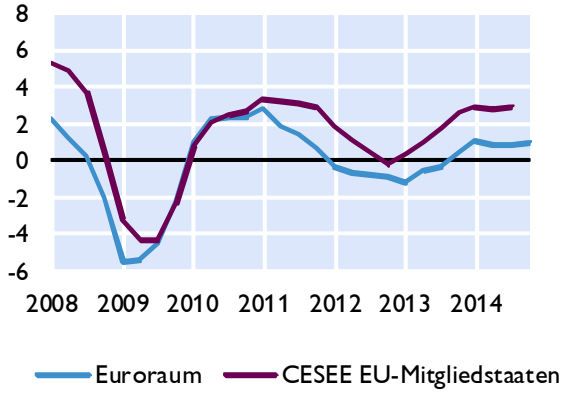


Quelle: EZB, Europäische Kommission; Prognose: EK-Prognose Februar 2015.

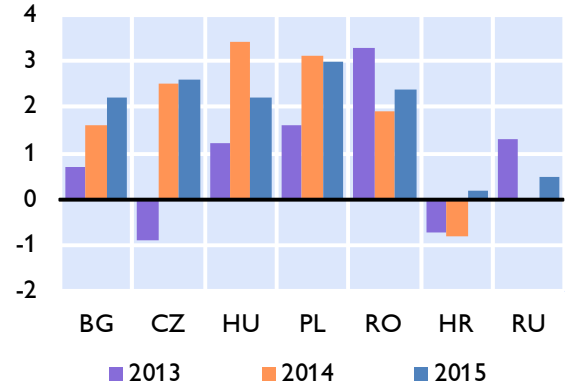
Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren

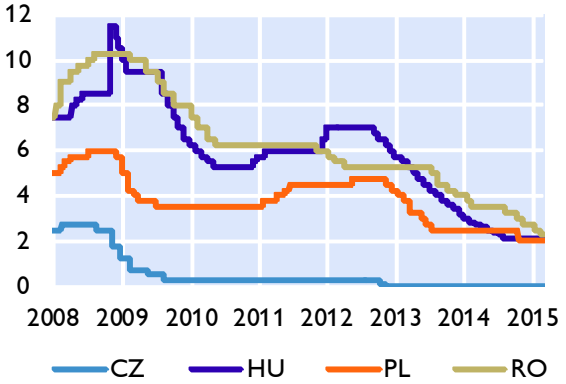
Reales BIP-Wachstum
in % gegenüber der Vorjahresperiode



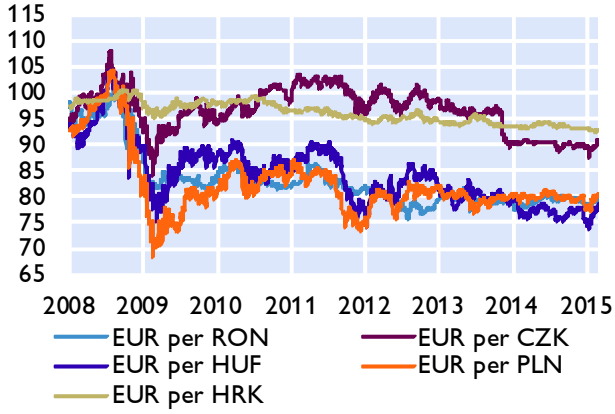
OeNB-BOFIT[1] Prognose vom Okt. 2014
reales BIP-Wachstum in %



Leitzinsen
in %



Wechselkursentwicklung
Sept. 2008=100, Anstieg = Aufwertung



Prognosen zum Wirtschaftswachstum

	OeNB-BOFIT Oktober 2014		EU-Kommission Februar 2015		IWF Oktober 2014		wiiw November 2014	
	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016
Bulgarien	2,2	3,1	0,8	1,0	2,0	2,5	2,3	2,6
Estland	x	x	2,3	2,9	2,5	3,5	2,0	2,9
Kroatien	0,2	1,0	0,2	1,0	0,5	1,4	0,0	1,0
Lettland	x	x	2,9	3,6	3,2	3,4	2,7	3,0
Litauen	x	x	3,0	3,4	3,3	3,7	3,2	3,4
Polen	3,0	3,2	3,2	3,4	3,3	3,5	3,2	3,1
Rumänien	2,4	2,7	2,7	2,9	2,5	2,8	2,7	3,0
Russland	0,5	1,5	-3,5	0,2	0,5	1,5	1,3	1,9
Slowakei	x	x	2,5	3,2	2,7	2,9	2,5	2,6
Slowenien	x	x	1,8	2,3	1,4	1,5	1,5	1,5
Tschechische Republik	2,6	2,6	2,5	2,6	2,5	2,4	2,4	2,6
Ungarn	2,2	1,9	2,4	1,9	2,3	1,8	2,2	2,0

1) Bank of Finland Institute for Economies in Transition.

Quelle: Eurostat, OeNB, Thomson Reuters, Europäische Kommission, IWF, wiiw, BOFIT.

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts

	2013	2014	Prognose[1)] 2015	2016	2013Q4	2014Q1	2014Q2	2014Q3	2014Q4
	Veränderung zum Vorjahr in %								
Belgien	0,3	..	1,1	1,4	0,6	1,2	1,0	1,0	..
Deutschland	0,1	1,6	1,5	2,0	1,1	2,3	1,4	1,2	1,5
Estland	1,6	..	2,3	2,9	1,5	0,4	2,4	2,3	..
Irland	0,2	..	3,5	3,6	-1,2	5,1	6,2	3,6	..
Griechenland	-3,9	..	2,5	3,6	-2,8	-0,4	0,4	1,6	1,7
Spanien	-1,2	..	2,3	2,5	0,0	0,8	1,3	1,7	..
Frankreich	0,3	..	1,0	1,8	0,8	0,8	0,0	0,4	0,2
Italien	-1,9	..	0,6	1,3	-1,2	-0,3	-0,4	-0,5	..
Zypern	-5,4	..	0,4	1,6	-4,7	-3,6	-2,2	-1,8	..
Lettland	4,2	..	2,9	3,6	4,4	2,3	3,3	2,4	..
Litauen	3,3	..	3,0	3,4	3,1	3,4	3,3	2,7	..
Luxemburg	2,0	..	2,6	2,9	1,0	2,5	1,3	3,8	..
Malta	2,5	..	3,3	2,9	2,3	3,5	3,1	4,0	..
Niederlande	-0,7	0,8	1,4	1,7	0,7	0,1	1,1	1,0	1,0
Österreich	0,2	..	0,8	1,5	0,5	0,8	0,5	0,2	0,0
Portugal	-1,4	..	1,6	1,7	1,6	1,0	0,9	1,1	..
Slowenien	-1,0	..	1,8	2,3	1,9	1,9	2,8	3,1	..
Slowakische Republik	1,4	..	2,5	3,2	2,1	2,3	2,4	2,5	2,4
Finnland	-1,3	..	0,8	1,4	0,1	-0,2	0,1	0,0	..
Euroraum	-0,5	..	1,3	1,9	0,4	1,1	0,8	0,8	0,9
Bulgarien	1,1	..	0,8	1,0	3,5	3,5	3,6	3,1	..
Tschechische Republik	-0,7	..	2,5	2,6	1,1	2,6	2,3	2,4	..
Dänemark	-0,5	..	1,7	2,1	0,4	0,4	1,2	0,9	..
Kroatien	-0,9	..	0,2	1,0	-0,9	-0,4	-1,0	-0,6	..
Ungarn	1,5	..	2,4	1,9	2,7	3,5	3,4	3,4	..
Polen	1,7	..	3,2	3,4	1,5	0,4	2,4	2,3	..
Rumänien	3,4	..	2,7	2,9	5,2	4,0	2,0	3,2	2,5
Schweden	1,3	..	2,3	2,6	2,5	1,6	2,4	2,1	0,0
Vereinigtes Königreich	1,7	2,6	2,6	2,4	2,4	2,4	2,6	2,6	2,7
EU	0,0	..	1,7	2,1	0,9	1,5	1,3	1,3	1,3
Türkei	4,1	..	3,7	4,0	4,5	4,8	2,2	1,7	..
USA	2,2	2,4	3,5	3,2	3,1	1,9	2,6	2,7	2,5
Japan	1,6	..	1,3	1,3	2,2	2,2	-0,3	-1,2	..
Schweiz	1,9	..	1,6	1,6	2,1	2,4	1,6	1,9	..
Russland	1,3	..	-3,5	0,2	2,0	0,9	0,8	0,7	..
Brasilien	2,5	..	0,3	1,5	2,2	1,8	-0,8	-0,2	..
China	7,7	7,4	7,1	6,9	7,6	7,4	7,5	7,3	7,3
Indien	6,4	7,2	6,3	6,5	6,4	6,7	6,5	8,2	7,5

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, IWF, Thomson Reuters.
1) EK-Prognose Februar 2015; Brasilien, Indien: IWF-WEO-Update Jänner 2015.

Entwicklung der Verbraucherpreise[1)]

	2014	2015	2016	Okt.14	Nov.14	Dez.14	Jän.15	Feb.15
		Prognose [2)]						
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	0,5	0,1	1,1	0,3	0,1	-0,4	-0,6	-0,3 *)
Deutschland	0,8	0,1	1,6	0,7	0,5	0,1	-0,5	..
Estland	0,5	0,4	1,6	0,5	0,0	0,1	-0,5	..
Irland	0,3	0,3	1,3	0,4	0,2	-0,3	-0,4	..
Griechenland	-1,4	-0,3	0,7	-1,8	-1,2	-2,5	-2,8	..
Spanien	-0,2	-0,2	-1,0	-0,2	-0,5	-1,1	-1,5	..
Frankreich	0,6	0,0	1,0	0,5	0,4	0,1	-0,4	..
Italien	0,2	-0,3	1,5	0,2	0,3	-0,1	-0,5	..
Zypern	-0,3	0,7	1,2	0,3	0,0	-1,0	-0,7	..
Lettland	0,7	0,9	1,9	0,7	0,9	0,3	-0,3	..
Litauen	0,2	0,4	1,6	0,3	0,4	-0,1	-1,4	..
Luxemburg	0,7	0,6	1,8	0,4	0,2	-0,9	-1,1	..
Malta	0,8	1,0	1,9	0,7	0,6	0,4	0,8	..
Niederlande	0,3	0,4	0,7	0,4	0,3	-0,1	-0,7	..
Österreich	1,5	1,1	2,2	1,4	1,5	0,8	0,5	..
Portugal	-0,2	0,1	1,1	0,1	0,1	-0,3	-0,4	..
Slowenien	0,4	-0,3	0,9	0,1	0,1	-0,1	-0,7	..
Slowakische Republik	-0,1	0,4	1,3	0,0	0,0	-0,1	-0,5	..
Finnland	1,2	0,5	1,3	1,2	1,1	0,6	-0,1	..
Euroraum	0,4	-0,1	1,3	0,4	0,3	-0,2	-0,6	..
Bulgarien	-1,6	-0,5	1,0	-1,5	-1,9	-2,0	-2,3	..
Tschechische Republik	0,4	0,8	1,4	0,7	0,6	0,1	-0,1	..
Dänemark	0,3	0,4	1,6	0,3	0,2	0,1	-0,3	..
Kroatien	0,2	-0,3	1,0	0,5	0,3	-0,1	-0,6	..
Ungarn	0,0	0,8	2,8	-0,3	0,1	-0,8	-1,4	..
Polen	0,1	-0,2	1,4	-0,3	-0,3	-0,6	-1,0	..
Rumänien	1,4	1,2	2,5	1,8	1,5	1,0	0,5	..
Schweden	0,2	0,5	1,0	0,3	0,3	0,3	0,4	..
Vereinigtes Königreich	1,5	1,0	1,6	1,3	1,0	0,5	0,3	..
EU	0,6	0,2	1,4	0,5	0,3	-0,1	-0,5	..
Türkei	8,9	6,3	5,8	9,0	9,2	8,2	7,2	..
USA	1,6	-0,1	2,0	1,7	1,3	0,8	-0,1	..
Japan	2,7	0,6	0,9	2,9	2,4	2,4	2,4	..
Schweiz	0,0	-1,0	-0,7	0,1	0,1	-0,1	-0,1	..
Russland	7,8	9,5	7,0	8,1	8,3	9,1	11,0	..
Brasilien	6,0	5,9	5,6	6,3	6,3	6,2	7,1	..
China	2,0	2,5	3,0	1,6	1,4	1,5	0,8	..
Indien	6,4	7,5	6,7	5,0	4,1	5,9	0,0	..

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter. **) Flash.*

1) EU, Türkei, Schweiz: HVPI; restliche Länder nationaler VPI.

2) EK-Prognose Februar 2015; BR, CN, IN: IWF-Prognose Oktober 2014.

Arbeitslosenquoten[1)]

	2013	2014	Prognose [2)] 2015	2016	Sep.14	Okt.14	Nov.14	Dez.14	Jän.15
	in % gemäß ILO-Definition								
Belgien	8,4	8,5	8,3	8,1	8,6	8,6	8,6	8,5	8,5
Deutschland	5,2	5,0	4,9	4,8	5,0	4,9	4,9	4,8	4,7
Estland	8,6	7,4	6,8	5,9	7,6	6,9	6,5	6,4	0,0
Irland	13,1	11,3	9,6	8,8	10,9	10,7	10,4	10,2	10,0
Griechenland	27,5	0,0	25,0	22,0	26,1	25,8	25,8	0,0	0,0
Spanien	26,1	24,5	22,5	20,7	24,0	23,9	23,7	23,6	23,4
Frankreich	10,3	10,2	10,4	10,2	10,3	10,2	10,3	10,3	10,2
Italien	12,1	12,7	12,8	12,6	12,9	13,0	13,2	12,7	12,6
Zypern	15,9	16,1	15,8	14,8	16,2	16,3	16,6	16,4	16,1
Lettland	11,9	10,8	10,2	9,2	10,6	10,6	10,6	10,6	0,0
Litauen	11,8	10,7	8,7	7,9	10,3	10,3	10,1	10,0	9,8
Luxemburg	5,9	6,0	6,4	6,3	6,0	5,9	5,9	5,9	5,9
Malta	6,4	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	5,8	6,0
Niederlande	7,3	7,4	6,6	6,4	7,1	7,1	7,1	7,2	7,2
Österreich	4,9	5,0	5,2	5,0	5,1	5,1	4,9	4,9	4,8
Portugal	16,4	14,1	13,4	12,6	13,4	13,5	13,5	13,6	13,3
Slowenien	10,1	9,8	9,5	8,9	9,7	9,7	9,7	9,7	9,7
Slowakische Republik	14,2	13,2	12,8	12,1	12,9	12,8	12,6	12,5	12,5
Finnland	8,2	8,7	9,0	8,8	8,8	8,9	8,9	8,8	8,8
Euroraum	12,0	11,6	11,2	10,6	11,5	11,5	11,5	11,3	11,2
Bulgarien	13,0	11,6	10,9	10,4	11,5	11,3	11,1	10,9	10,8
Tschechische Republik	7,0	6,1	6,0	5,9	5,8	5,8	5,9	5,9	5,9
Dänemark	7,0	6,6	6,5	6,4	6,5	6,4	6,4	6,2	6,2
Kroatien	17,3	17,0	16,8	16,4	16,7	16,7	16,5	16,3	16,2
Ungarn	10,2	7,7	7,4	6,6	7,2	7,3	7,3	7,3	0,0
Polen	10,3	9,0	8,8	8,3	8,5	8,5	8,3	8,2	8,0
Rumänien	7,1	6,8	6,9	6,8	6,7	6,7	6,7	6,6	6,5
Schweden	8,0	7,9	7,7	7,5	7,7	8,0	7,8	7,6	7,9
Vereinigtes Königreich	7,6	..	5,6	5,4	5,9	5,8	5,6	..	..
EU	10,9	10,2	9,8	9,3	10,0	10,0	10,0	9,9	9,8
Türkei	9,0	..	10,5	10,5	10,7	10,7	10,7	..	..
USA	7,4	6,2	5,4	4,9	5,9	5,7	5,8	5,6	5,7
Japan	4,0	3,6	3,7	3,6	3,6	3,5	3,5	3,4	..
Schweiz	3,2	3,2	3,7	3,8	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2
Russland	5,5	5,2	6,2	6,4	4,9	5,1	5,2	5,3	5,5
Brasilien	5,4	4,8	6,1	5,9	4,9	4,7	4,8	4,3	5,3
China	4,1	4,1	4,1	4,1	4,1	x	x	4,1	x
Indien	x	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: Eurostat, Thomson Reuters, EK, IWF.
1) EU: saisonal bereinigte Arbeitslosenquoten.
2) EK-Prognose Februar 2015; BR, CN: IWF-Prognose Oktober 2014.

Leistungsbilanzsalden

					Prognose[1)]		
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	in % des BIP						
Belgien	2,4	0,3	0,6	-1,5	-0,1	0,0	0,2
Deutschland	5,9	6,2	7,2	6,9	7,7	8,0	7,7
Estland	2,0	1,4	-2,4	-0,4	-1,5	-1,7	-2,1
Irland	-0,1	0,1	0,9	3,8	5,0	4,6	3,9
Griechenland	-11,4	-10,4	-4,4	-2,3	-2,0	-1,5	-0,9
Spanien	-3,9	-3,3	-0,4	1,5	-0,1	0,6	0,5
Frankreich	-1,8	-2,2	-2,5	-2,0	-1,8	-1,4	-1,7
Italien	-3,5	-3,1	-0,5	0,9	1,8	2,6	2,6
Zypern	-9,1	-3,0	-5,5	-1,3	-1,2	-0,6	0,0
Lettland	2,1	-3,1	-3,5	-2,2	-2,5	-2,6	-2,9
Litauen	-1,0	-4,5	-1,8	0,6	0,1	1,0	0,4
Luxemburg	7,7	6,5	5,7	5,2	4,8	3,8	3,7
Malta	-6,4	-1,8	0,8	0,9	3,3	3,6	3,6
Niederlande	7,5	7,1	8,8	8,5	8,5	8,0	8,1
Österreich	3,1	2,1	2,6	2,3	2,5	2,6	2,7
Portugal	-10,4	-5,6	-2,6	-0,3	-0,2	0,4	0,6
Slowenien	0,2	0,9	3,0	4,8	5,9	5,8	5,4
Slowakische Republik	-4,7	-3,8	0,3	0,8	1,1	0,8	0,7
Finnland	1,4	-1,5	-1,9	-2,0	-1,4	-0,7	-0,4
Euroraum	0,4	0,6	1,9	2,4	2,8	3,2	3,1
Bulgarien	-1,3	1,1	-0,7	2,2	1,7	2,1	1,8
Tschechische Republik	-5,2	-4,7	-2,2	-2,2	-1,0	-0,3	0,1
Dänemark	5,7	5,7	5,6	7,2	6,5	6,6	6,6
Kroatien	-0,8	-0,6	0,1	0,4	0,9	2,4	3,2
Ungarn	0,3	0,8	1,7	4,2	4,1	4,4	4,9
Polen	-4,9	-5,0	-3,8	-1,5	-1,3	-1,5	-2,0
Rumänien	-4,8	-4,7	-4,7	-1,2	-0,9	-1,1	-1,1
Schweden	6,5	5,9	6,3	6,8	5,9	5,6	5,4
Vereinigtes Königreich	-2,6	-1,7	-3,7	-4,5	-4,1	-3,8	-3,3
EU	0,0	0,2	1,0	1,4	1,6	1,9	1,9
Türkei	-6,2	-9,7	-6,2	-7,9	-6,0	-3,6	-4,2
USA	-3,0	-3,1	-3,0	-2,5	-2,5	-2,3	-2,6
Japan	3,7	2,0	1,0	0,7	0,5	1,0	1,2
Schweiz	14,8	7,7	10,2	14,7	15,2	15,2	15,1
Russland	4,4	5,1	3,5	1,6	2,7	3,1	3,0
Brasilien	-2,2	-2,1	-2,4	-3,6	-3,5	-3,6	-3,6
China	4,0	1,9	2,6	1,9	1,8	2,0	2,3
Indien	-2,7	-4,2	-4,7	-1,7	-2,1	-2,2	-2,4

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

1) EK-Prognose Februar 2015; RU, BR, CN, IN: IWF-Prognose Oktober 2014.

Fiskaldaten

	Budgetsalden				Staatsschulden			
		Prognose[1)]				Prognose[1)]		
	2013	2014	2015	2016	2013	2014	2015	2016
	in % des BIP							
Belgien	-2,9	-3,2	-2,6	-2,4	104,6	106,4	106,8	106,6
Deutschland	0,2	0,4	0,2	0,2	76,9	74,2	71,9	68,9
Estland	-0,5	-0,4	-0,6	-0,6	10,1	9,9	9,6	9,5
Irland	-5,7	-3,9	-2,9	-3,1	123,3	110,8	110,3	107,9
Griechenland	-12,2	-2,5	1,1	1,6	174,9	176,3	170,2	159,2
Spanien	-6,8	-5,6	-4,5	-3,7	92,1	98,3	101,5	102,5
Frankreich	-4,1	-4,3	-4,1	-4,1	92,2	95,3	97,1	98,2
Italien	-2,8	-3,1	-2,6	-2,0	127,9	131,9	133,0	131,9
Zypern	-4,9	-3,0	-3,0	-1,4	102,2	107,5	115,2	111,6
Lettland	-0,9	-1,5	-1,1	-1,0	38,2	40,4	36,5	35,5
Litauen	-2,6	-1,1	-1,2	-0,7	39,0	41,1	41,8	37,3
Luxemburg	0,6	0,5	-0,4	0,1	23,6	22,7	24,4	25,1
Malta	-2,7	-2,3	-2,0	-1,8	69,5	68,6	68,0	66,9
Niederlande	-2,3	-2,8	-2,2	-1,8	68,6	69,5	70,5	70,5
Österreich	-1,5	-2,9	-2,0	-1,4	81,2	86,8	86,4	84,5
Portugal	-4,9	-4,6	-3,2	-2,8	128,0	128,9	124,6	123,5
Slowenien	-14,6	-5,4	-2,9	-2,8	70,4	82,2	83,0	81,8
Slowakische Republik	-2,6	-3,0	-2,8	-2,6	54,6	53,6	54,9	55,2
Finnland	-2,4	-2,7	-2,5	-2,2	56,0	58,9	61,2	62,6
Euroraum	-2,9	-2,6	-2,2	-1,9	93,3	94,5	94,6	93,4
Bulgarien	-1,2	-3,4	-3,0	-2,9	18,4	27,0	27,8	30,3
Tschechische Republik	-1,3	-1,3	-2,0	-1,5	45,7	44,1	44,4	45,0
Dänemark	-1,1	1,9	-2,8	-2,8	45,1	45,0	42,7	43,6
Kroatien	-5,2	-5,0	-5,5	-5,6	75,7	81,5	84,9	88,7
Ungarn	-2,4	-2,6	-2,7	-2,5	77,4	77,7	77,2	76,1
Polen	-4,0	-3,6	-2,9	-2,7	55,7	48,6	49,9	49,8
Rumänien	-2,2	-1,8	-1,5	-1,5	38,0	38,7	39,1	39,3
Schweden	-1,4	-2,2	-1,6	-1,0	38,6	41,4	41,3	40,6
Vereinigtes Königreich	-5,8	-5,5	-4,6	-3,6	87,3	88,7	90,1	91,0
EU	-3,2	-3,0	-2,6	-2,2	87,1	88,4	88,3	87,6
Türkei	-1,6	-1,5	-1,4	-1,3	36,2	34,3	32,3	31,2
USA	-5,6	-4,9	-4,2	-3,8	104,7	104,9	104,3	103,9
Japan	-8,5	-7,7	-7,2	-6,8	243,2	246,3	249,5	251,0
Schweiz	0,2	0,5	0,7	1,0	48,3	47,2	46,4	44,3
Russland	-1,3	-0,9	-1,1	-0,6	13,9	15,7	16,5	16,3
Brasilien	-3,3	-3,9	-3,1	-3,0	66,2	65,8	65,6	65,6
China	-0,9	-1,0	-0,8	-0,8	39,4	40,7	41,8	42,9
Indien	-7,2	-7,2	-6,7	-6,5	61,5	60,5	59,5	58,5

Quelle: Europäische Kommission, IWF.

1) EK-Prognose Februar 2015; CH, RU, BR, CN, IN: IWF-Prognose Oktober 2014.

Prognose wichtiger Wirtschaftsindikatoren für Österreich

	OeNB		WIFO		IHS		OECD		IWF		EU-Kommission	
	Dezember 2014		Dezember 2014		Dezember 2014		November 2014		Okt. 2014/Jän. 2015		Februar 2015	
	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016
	Veränderung zum Vorjahr in %											
BIP, real	0,7	1,6	0,5	1,1	0,8	1,6	0,9	1,6	1,9	x	0,8	1,5
Privater Konsum, real	0,7	1,3	0,4	0,7	0,6	0,9	0,5	1,0	x	x	0,6	0,9
Öffentlicher Konsum, real	1,4	1,3	1,0	1,2	0,5	0,5	0,6	1,1	x	x	0,9	0,8
Bruttoanlageinvestitionen, real	0,8	2,3	1,1	1,3	1,1	2,7	0,6	3,5	x	x	1,0	3,2
Exporte, real	2,4	4,6	1,9	2,8	3,1	4,9	2,5	4,9	4,7	x	2,0	4,7
Importe, real	2,5	4,7	2,5	2,8	3,1	4,8	2,7	5,1	4,5	x	2,0	4,7
BIP je Erwerbstätigen[1)]	0,2	1,0	0,6	1,1	0,2	0,6	0,6	0,6	x	x	0,2	0,5
BIP Deflator	1,6	1,3	1,7	1,4	1,5	1,6	1,4	1,4	x	x	1,3	1,8
VPI	x	x	1,5	1,6	1,6	1,7	x	x	x	x	x	x
HVPI	1,4	1,5	1,4	1,6	1,5	1,7	1,6	1,9	1,7	x	1,1	2,2
Lohnstückkosten	1,3	1,2	1,6	1,2	1,6	1,6	1,2	1,2	x	x	1,9	1,5
Beschäftigte	0,4	0,6	0,4	0,6	0,7	1,0	x	x	x	x	0,6	1,0
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition											
Arbeitslosenquote	5,3	5,3	5,3	5,3	5,3	5,2	5,2	5,1	4,9	x	5,2	5,0
	in % des nominellen BIP											
Leistungsbilanz	0,6	0,8	1,0	0,8	x	x	1,7	1,5	3,2	x	2,6	2,7
Finanzierungssaldo des Staates	-1,8	-1,4	-2,4	-1,9	-1,8	-1,6	-2,2	-1,8	-1,5	x	-2,0	-1,4
	Prognoseannahmen											
Erdölpreis in USD/Barrel[2)]	85,6	88,5	75,0	90,0	75,0	78,0	85,0	85,0	56,7	63,9	53,0	61,5
Kurzfristiger Zinssatz in %[2)]	0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,2	0,1	0,1	0,0	0,1	0,0	0,1
USD/EUR	1,25	1,25	1,25	1,20	1,23	1,23	1,24	1,24	1,34	x	1,17	1,17
	Veränderung zum Vorjahr in %											
BIP, real Euroraum[2)]	1,0	1,5	0,9	1,1	1,0	1,5	1,1	1,7	1,2	1,4	1,3	1,9
BIP, real USA[2)]	2,9	2,9	3,1	2,8	2,8	2,8	3,1	3,0	3,6	3,3	3,5	3,2
BIP, real Welt[2)]	3,7	3,9	3,6	3,6	x	x	3,7	3,9	3,5	3,7	3,6	4,0
Welthandel[2)]	4,0	5,2	4,0	4,1	4,0	5,5	4,5	5,5	3,8	5,3	4,3	5,3

1) WIFO - Stundenproduktivität. - 2) IWF-WEO Update vom Jänner 2015.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (I)

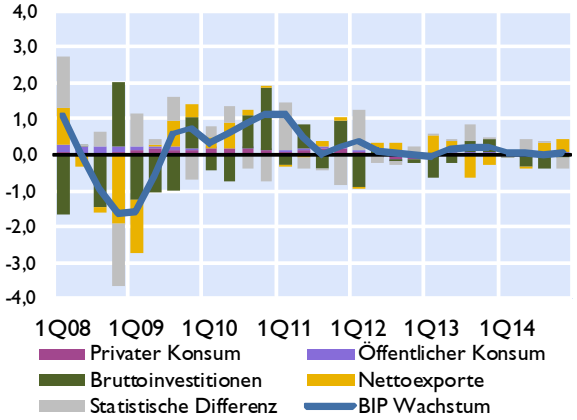
	2013	2014	2014 Q1	2014 Q2	2014 Q3	2014 Q4	2015 Q1	2014 Nov.	2014 Dez.	2015 Jän.	2015 Feb.
Veränderung zum Vorjahr in %											
HVPI gesamt	2,1	1,5	1,5	1,6	1,5	1,3	..	1,5	0,8	0,5	..
Kerninflation (o.Energie u.unbearb.Lebensmittel)	2,3	1,9	1,9	1,9	1,9	0,6	..	2,0	1,8	1,7	..
Nationaler VPI	2,0	1,6	1,6	1,8	1,7	1,4	..	1,7	1,0	0,6	..
Deflator des privaten Konsums (ESVG 2010)	2,2	1,8	1,6	2,0	2,0	1,6	..	x	x	x	x
BIP Deflator (ESVG 2010)	1,5	1,7	1,6	1,7	1,7	1,8	..	x	x	x	x
Erzeugerpreisindex	-0,9	-1,1	-1,3	-0,9	-1,0	-1,2	..	-1,1	-1,4	-1,8	..
Großhandelspreisindex	-1,1	-1,9	-2,0	-1,3	-1,5	-2,9	..	-2,6	-4,5	-6,3	..
Tariflohnindex	2,6	2,4	2,3	2,4	2,4	2,4	..	2,4	2,4	2,1	..
BIP je Erwerbstätigen	1,0	1,0	0,8	1,1	1,4	0,9	..	x	x	x	x
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	2,5	..	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Lohnstückkosten Sachgütererzeugung	1,8	..	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)											
BIP real	0,3	0,4	0,1	0,1	0,0	0,0	..	x	x	x	x
Privater Konsum	-0,2	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	..	x	x	x	x
Öffentlicher Konsum	0,3	0,5	0,1	0,1	0,2	0,2	..	x	x	x	x
Bruttoanlageinvestitionen	-1,0	0,0	0,4	-0,1	-1,0	-1,1	..	x	x	x	x
Exporte	1,3	1,5	0,8	0,1	0,2	0,2	..	x	x	x	x
Importe	0,1	1,9	0,8	0,2	-0,4	-0,5	..	x	x	x	x
Beitrag zum Wachstum des nichtsaisonbereinigten realen BIP (in Prozentpunkten)											
BIP real (Veränderung zum Vorjahr in %)	0,2	0,3	0,5	0,6	0,4	-0,2	..				
Binnennachfrage (ohne Lager)	-0,1	0,3	0,2	0,4	0,1	0,4	..	x	x	x	x
Nettoexporte	0,9	-0,4	-2,0	-0,7	0,4	0,6	..	x	x	x	x
Vorratsveränderung u. stat. Differenz	-0,6	0,4	2,3	0,9	-0,1	-1,2	..	x	x	x	x
Außenhandel - Waren lt. Statistik Austria (Veränderung z.VJP. in %)											
Exporte	1,8	..	2,9	0,4	1,3	..	..	5,3	..	..	..
Importe	-1,0	..	3,3	0,2	-3,4	..	..	-5,1	..	..	..
Zahlungsbilanz (in Mrd EUR) - Transaktionsbilanz											
Güter- und Dienstleistungen	9,5	..	4,2	1,0	..	..	..	x	x	x	x
Reiseverkehr	7,5	..	4,4	0,4	..	..	..	x	x	x	x
Leistungsbilanz	4,8	..	2,1	-0,5	..	..	..	x	x	x	x
Leistungsbilanz in % des BIP	1,5	..	2,7	-0,6	..	..	..	x	x	x	x
Ausgewählte Indikatoren											
Economic Sentiment Indicator	96,1	97,8	100,1	100,4	95,1	95,3	..	96,4	93,4	95,6	91,9
Industrievertrauen (%-Saldo)	-8,4	-5,2	-3,8	-3,5	-6,4	-6,9	..	-6,8	-7,6	-7,3	-11,4
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	0,2	0,2	1,3	-0,1	-1,2	-0,9	..	-1,0	-1,1	..	..
Kapazitätsauslastung - Industrie in %	83,6	84,3	84,1	85,1	84,2	83,7	84,1	x	x	x	x
Bauvertrauen (%-Saldo)	-12,9	-16,2	-13,7	-17,3	-19,6	-14,0	..	-11,8	-12,8	-11,1	-15,4
Dienstleistervertrauen (%-Saldo)	6,5	9,8	12,6	13,9	6,0	6,5	..	7,1	4,6	7,2	2,3
Konsumentenvertrauen (%-Saldo)	-5,8	-9,0	-6,5	-7,1	-10,5	-12,0	..	-10,8	-12,9	-12,0	-12,3
Einzelhandelsvertrauen (%-Saldo)	-10,8	-9,3	-6,7	-6,8	-11,7	-11,9	..	-9,0	-18,6	-11,4	-12,8
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	-0,4	..	-0,6	1,2	0,2	..	..	-4,2	..	..	..
Arbeitsmarktentwicklung											
Unselbstständig Beschäftigte (Vä z.VJP in %)	0,5	0,6	0,7	0,7	0,4	0,6	..	0,6	0,7	0,6	0,5
Vorgemerkte Arbeitslose (Vä z. VJP in %)	10,2	11,2	9,5	14,7	11,5	9,8	..	9,9	9,0	9,8	11,4
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	7,6	8,4	9,2	7,7	7,5	9,0	..	8,7	10,2	10,5	10,3
Arbeitslosenquote (gem. ILO-Definition)	4,9	5,0	5,0	5,0	5,0	5,0	..	4,9	4,9	4,8	..
Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)											
Geldmenge M3 (österr. Beitrag)	2,1	4,3	2,6	1,9	1,7	3,2	..	2,2	4,3	4,1	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	x	x	x	x	x	x	x	2,7	3,2	3,5	..
Kredite an im Euroraum Ansässige	-0,4	-2,0	0,3	0,8	1,7	-2,0	..	0,8	-2,0	-2,2	..
3-Monats Zinssatz (Stand in %)	0,2	0,2	0,3	0,3	0,2	0,1	..	0,1	0,1	0,1	0,0
10-Jahres Zinssatz (Stand in %)	2,0	1,5	2,0	1,7	1,3	1,0	..	1,0	0,8	0,5	0,4
ATX (Stand; 2.1.1991=1000)	2.455	2.397	2.583	2.507	2.323	2.181	..	2.231	2.186	2.172	2.374
Finanzierung lt. Maastricht in % des BIP											
Finanzierungssaldo des Bundessektors	-1,4	-2,7	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Finanzierungssaldo des Staates	-1,5	-2,8	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Schulden des Staates	81,2	86,6	x	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: OeNB, WIFO, Statistik Austria, AMS, HSV, Eurostat, Thomson Reuters, OeKB, EU-Kommission, EZB.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (II)

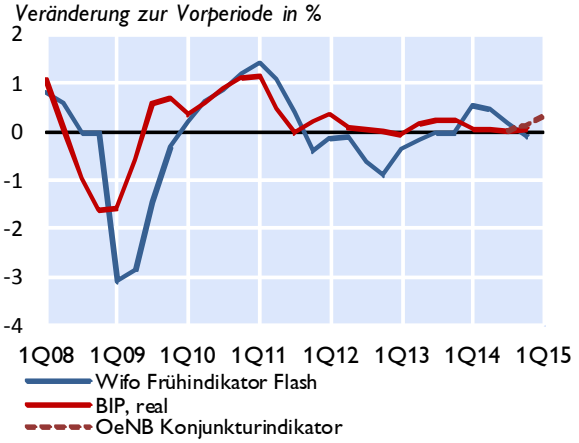
Wachstumsbeiträge zum realen BIP

Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



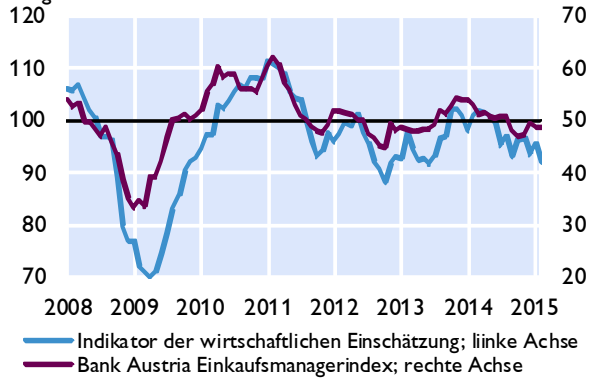
Frühindikatoren des realen BIP

Veränderung zur Vorperiode in %



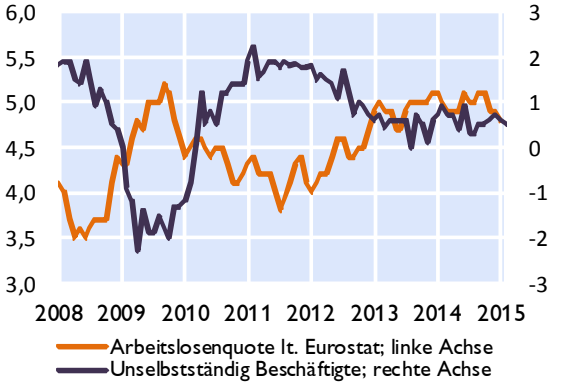
Vertrauensindikatoren (saisonbereinigt)

Langzeitdurchschnitt = 100 *Wachstumsschwelle = 50*[1)]



Arbeitsmarkt

in % *Veränderung zum Vorjahr in %*



Zahlungsbilanz[2)]

Salden	2011	2012	2013	3Q13	4Q13	1Q14	2Q14	3Q14
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	5,1	4,7	3,3	-0,4	1,2	1,0	-0,6	0,2
Güter	-3,6	-3,2	-1,9	-1,0	-0,6	-1,5	-0,1	-0,5
Dienstleistungen	10,7	10,7	10,8	1,9	2,4	4,8	1,1	1,7
Primäreinkommen	1,0	0,4	-1,7	-0,6	0,2	-0,9	-0,8	-0,5
Sekundäreinkommen	-3,0	-3,2	-3,8	-0,8	-0,8	-1,3	-0,8	-0,6
Vermögensübertragungen	-0,3	-0,4	-0,5	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Kapitalbilanz	4,8	5,2	4,4	-0,3	0,0	1,5	0,6	0,6
Direktinvestitionen	8,1	7,1	0,3	0,2	1,2	2,2	-0,1	-0,8
Portfolioinvestitionen	-15,8	-5,8	-2,5	-4,3	3,2	5,4	-7,0	9,2
Finanzderivate	-0,7	-1,1	-3,8	-0,6	-1,0	-0,4	0,7	-1,1
Sonstige Investiitionen	9,6	0,9	10,1	5,3	-4,4	-5,4	5,4	-8,3
Währungsreserven[3)]	0,7	0,9	0,4	0,2	0,1	0,0	1,1	1,2
Statistische Differenz	0,1	0,9	1,5	0,2	-1,1	0,6	1,3	0,5
Leistungsbilanz in % des BIP	1,6	2,3	1,5	-0,5	1,4	1,3	-0,8	0,2

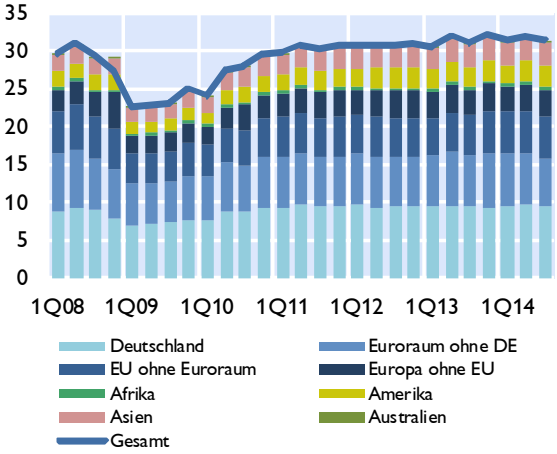
Quelle: OeNB, WIFO, AMS, HSV, Europäische Kommission, Bank Austria.
1) Werte über 50 signalisieren Wachstum.
2) Transaktionen; bis 2012 endgültige Daten, 2013 revidierte Daten, 2014 provisorische Daten.
3) OeNB: Gold, Devisen, IWF- Positionen, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +.

Österreich: Außenhandel mit Waren

	Exporte	Importe	Saldo	Exporte	Importe
	in Mio EUR			*Veränderung zum Vorjahr in%*	
2011	121.774	131.008	-9.234	11,3	15,3
2012	123.544	131.982	-8.439	1,5	0,7
2013	125.812	130.707	-4.895	1,8	-1,0
Jän.-Nov. 13	116.467	120.793	-4.326	1,5	-1,4
Jän.-Nov. 14	118.067	119.750	-1.683	1,4	-0,9
Juni 14	10.531	10.599	-68	0,8	0,0
Juli 14	11.244	11.305	-61	1,5	-5,4
Aug. 14	8.915	9.380	-465	-1,4	-5,9
Sep. 14	11.340	11.379	-39	3,3	0,8
Okt. 14	11.823	11.880	-58	-3,3	-3,6
Nov. 14	11.242	10.702	540	5,3	-5,1

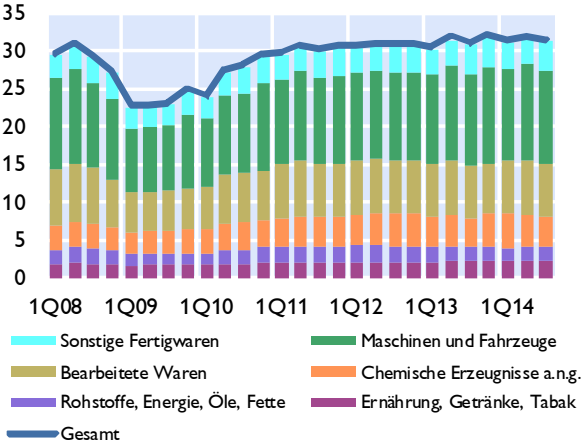
Exporte nach Regionen

in Mrd EUR



Exporte nach Warengruppen

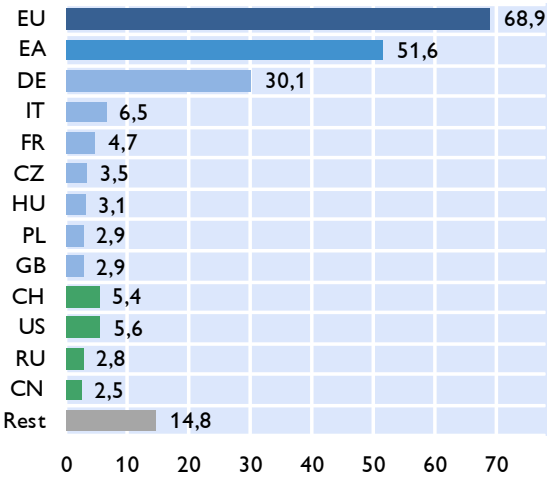
in Mrd EUR



Anteile der wichtigsten Handelspartner im Jahr 2013

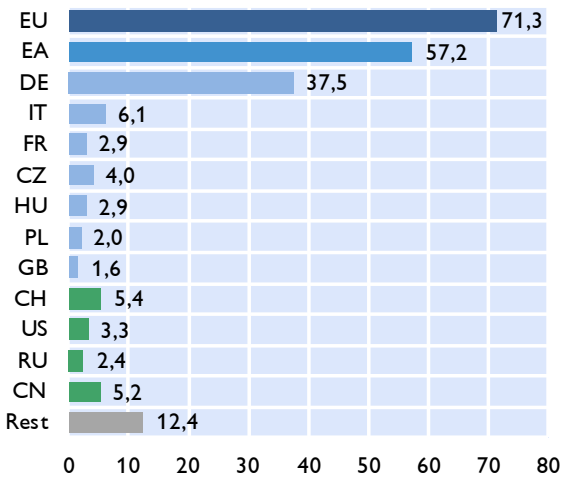
Exporte

Anteil am Gesamtexport in %



Importe

Anteil am Gesamtimport in %



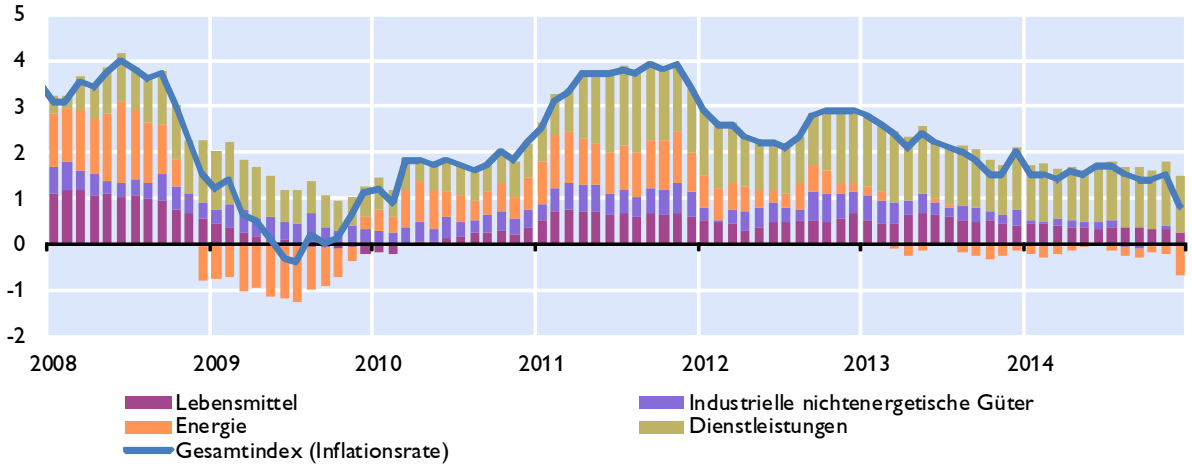
Quelle: Statistik Austria.

Österreich: Inflation und Wettbewerbsindikatoren

HVPI	2015	2013	2014	Sep.14	Okt.14	Nov.14	Dez.14	Jän.15
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*						
Gesamt-HVPI	100,0	2,1	1,5	1,4	1,4	1,5	0,8	0,5
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	11,7	3,4	1,8	2,0	1,5	1,5	0,9	0,6
Alkoholische Getränke und Tabak	3,8	3,5	3,9	4,0	4,2	4,2	4,3	4,1
Bekleidung und Schuhe	7,2	0,7	-0,9	-2,6	-1,3	-1,2	-2,0	-1,1
Wohnung, Wasser, Energie	14,2	2,7	1,7	1,8	1,6	1,6	1,2	1,2
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	7,6	1,9	1,0	0,3	0,7	0,9	0,9	1,2
Gesundheitspflege	5,1	3,2	2,4	2,6	2,3	2,3	2,2	1,7
Verkehr	14,5	-0,1	-0,7	-0,4	0,1	-0,5	-2,8	-4,6
Nachrichtenübermittlung	2,2	1,4	6,3	7,3	7,2	7,8	2,8	2,6
Freizeit und Kultur	11,2	2,0	1,6	1,7	0,8	1,8	1,3	2,1
Bildungswesen	1,1	3,9	2,7	1,8	2,9	2,8	2,9	3,0
Hotels, Cafes und Restaurants	14,3	3,2	2,9	2,9	2,9	3,1	2,9	2,7
Verschiedene Waren u. Dienstleistungen	7,1	1,9	1,2	1,0	1,3	1,5	1,8	1,2

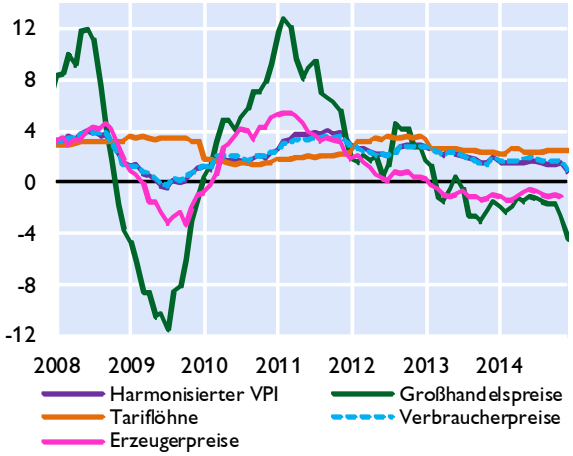
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



Ausgewählte Inflationsindikatoren

Veränderung zum Vorjahr in %



Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit

Veränderung zum Vorjahr in %

	2013	2014[1)]	2015[1)]	2016[1)]
Stunden-produktivität	0,7	0,5	0,6	1,1
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	1,7	1,5	1,5	1,6
Preisliche Wettbe-werbsfähigkeit [2)]	2,0	1,5	-1,0	-1,0
Lohnstückkosten				
Gesamtwirtschaft	2,4	2,7	1,6	1,2
Sachgüter-erzeugung	1,8	1,3	0,6	-0,3

1) WIFO-Prognose Dezember 2014.
2) Wettbewerbsfähigkeitsindikator: Real-effektiver Wechselkurs des Euro auf Basis des österreichischen Außenhandels.
2014: realisierter Wert

Quelle: Statistik Austria, WIFO.

Österreich: Tourismus und Reiseverkehr

Übernachtungen in Österreich

in 1.000	2012	2013	2014	4Q13	1Q14	2Q14	3Q14	4Q14
Gesamt	**131.016**	**132.629**	**131.901**	**21.748**	**42.595**	**23.706**	**43.363**	**22.237**
Inländer	35.964	35.755	35.668	6.601	8.728	8.215	12.050	6.675
Ausländer	95.052	96.874	96.233	15.148	33.867	15.491	31.313	15.562
darunter								
Deutschland	49.606	50.823	49.491	7.821	16.613	8.181	16.810	7.887
Osteuropa	10.232	10.544	10.669	1.915	4.989	1.522	2.239	1.919
Niederlande	9.389	9.140	9.007	1.103	4.296	706	2.875	1.130
Schweiz	4.558	4.577	4.640	902	1.410	842	1.467	922
Vereinigtes Königreich	3.181	3.345	3.365	469	1.423	626	798	517
Italien	2.918	2.778	2.777	526	427	439	1.331	580
Belgien	2.583	2.606	2.649	283	995	439	922	293
Frankreich	1.819	1.808	1.776	225	478	343	723	232
Dänemark	1.447	1.449	1.436	116	900	88	327	120
USA	1.286	1.367	1.490	282	206	422	556	306
Veränderung zum Vorjahr in %								
Gesamt	**4,0**	**1,2**	**-0,5**	**3,5**	**-6,5**	**9,5**	**-0,8**	**2,2**
Inländer	1,9	-0,6	-0,2	0,3	-3,9	6,3	-2,4	1,1
Ausländer	4,8	1,9	-0,7	5,0	-7,1	11,3	-0,2	2,7

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Einnahmen nach Regionen

in Mio EUR	2011	2012	2013	3Q13	4Q13	1Q14	2Q14	3Q14
Deutschland	7.009	7.106	7.489	2.102	1.368	2.675	1.199	2.168
Niederlande	1.012	1.046	1.068	269	161	561	78	277
Schweiz	759	860	853	208	185	328	138	205
Italien	678	650	584	223	135	126	103	218
Mittel- und Osteuropa[1)]	2.073	2.120	2.212	448	509	889	407	517
Restl. Europa	1.914	1.963	1.990	488	304	906	307	494
Rest der Welt	822	961	1.041	356	221	225	252	359
Gesamt	**14.267**	**14.706**	**15.237**	**4.094**	**2.883**	**5.710**	**2.484**	**4.238**

1) Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn,

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Ausgaben nach Regionen

in Mio EUR	2011	2012	2013	3Q13	4Q13	1Q14	2Q14	3Q14
Deutschland	1.814	1.989	2.036	722	394	439	546	702
Italien	1.252	1.265	1.193	588	143	110	373	670
Kroatien	637	674	618	414	34	18	149	476
Europäische Mittelmeerländer[1)]	994	819	909	435	98	123	266	469
Restl. Europa	2.010	1.999	1.993	654	397	371	514	767
Rest der Welt	824	1.079	988	239	285	276	202	302
Gesamt	**7.531**	**7.825**	**7.737**	**3.052**	**1.351**	**1.337**	**2.050**	**3.386**

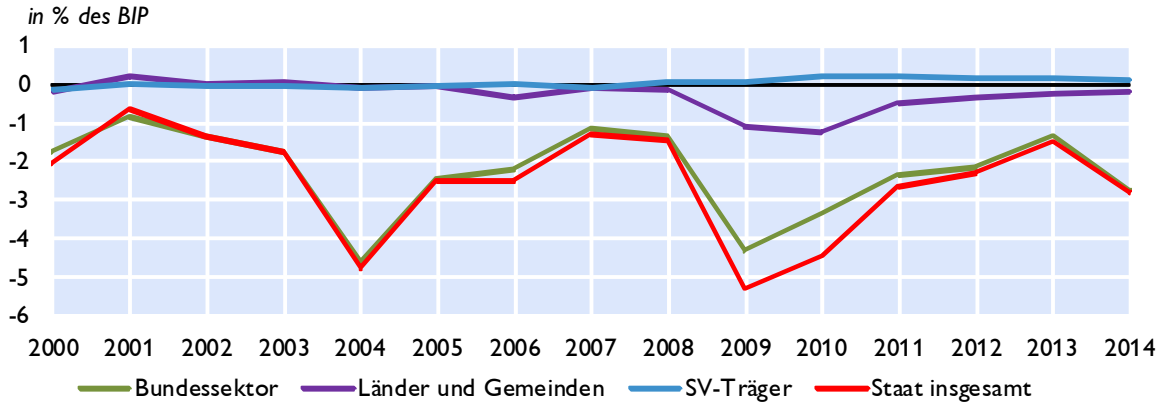
1) Albanien, Griechenland, Malta, Montenegro, Spanien, Türkei, Zypern.
Quelle: Statistik Austria, OeNB.

Österreich: Öffentliche Haushalte

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2010	-9,9	-3,7	0,6	-13,1	-3,4	-1,3	0,2	-4,5
2011	-7,2	-1,6	0,6	-8,2	-2,3	-0,5	0,2	-2,6
2012	-6,8	-1,0	0,5	-7,3	-2,1	-0,3	0,2	-2,3
2013	-4,4	-0,8	0,5	-4,8	-1,4	-0,3	0,1	-1,5
2014[1)]	-9,1	-0,6	0,3	-9,3	-2,7	-0,2	0,1	-2,8

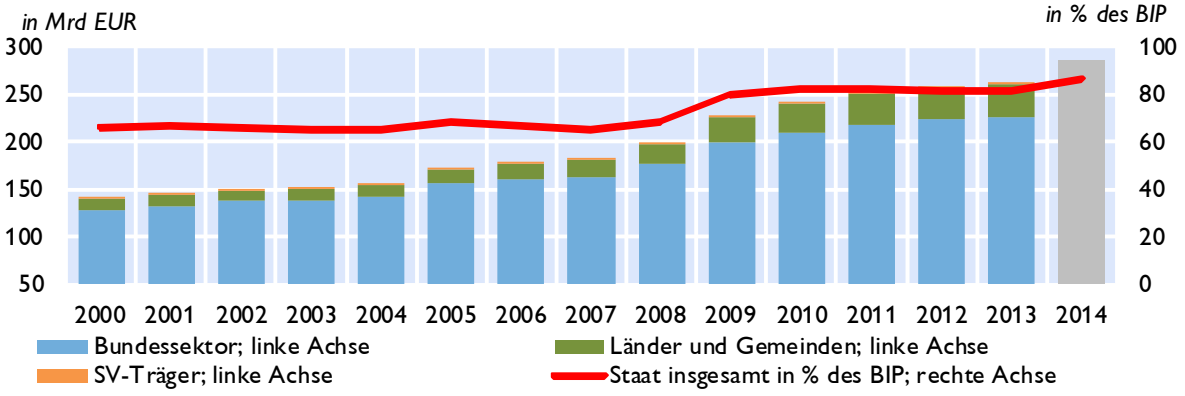
Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht



Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2010	209,5	31,0	2,0	242,4	71,2	10,5	0,7	82,4
2011	217,6	33,9	1,8	253,3	70,5	11,0	0,6	82,1
2012	223,4	34,1	1,7	259,3	70,4	10,8	0,5	81,7
2013	226,6	33,7	1,7	262,0	70,2	10,4	0,5	81,2
2014[1)]	x	x	x	285,8	x	x	x	86,5

Öffentliche Verschuldung laut Maastricht



1) 2014: Prognose des BMF.

Quelle: Statistik Austria, BMF, WIFO.

Österreich: Bundeshaushalt

Gebarung des Bundes

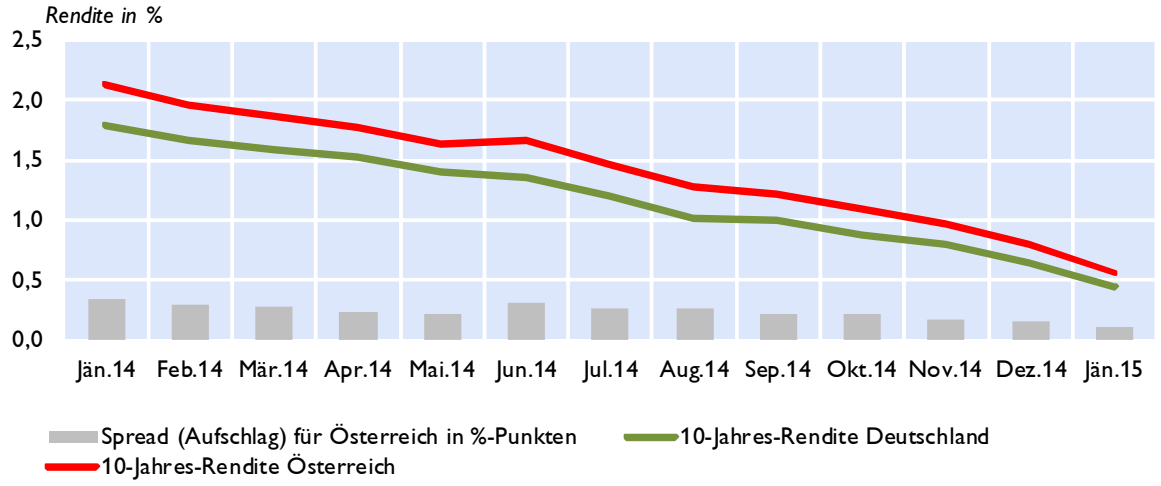
Finanzierungshaushalt[1)] Allgemeine Gebarung	Jänner bis Dezember 2013	2014	Vorl. Erfolg 2014	Voranschlag 2015	*Veränderung 2015/2014*
	in Mio EUR				*in %*
Auszahlungen	75.575	74.652	74.652	74.719	0,1
Einzahlungen	71.363	71.463	71.463	71.525	0,1
Nettofinanzierungsbedarf[2)]	**-4.212**	**-3.190**	**-3.190**	**-3.194**	**0,1**

Abgaben des Bundes

	Jänner bis Dezember 2013	2014	Vorl. Erfolg 2014	Voranschlag 2015	*Veränderung 2015/2014*
	in Mio EUR				*in %*
Einkommen- und Vermögensteuern	38.738	39.988	39.988	41.905	4,8
davon:					
veranlagte Einkommensteuer	3.120	3.384	3.384	3.500	3,4
Körperschaftsteuer	6.018	5.906	5.906	6.600	11,7
Lohnsteuer	24.597	25.942	25.942	27.300	5,2
Kapitalertragsteuern	2.590	2.769	2.769	2.700	-2,5
Verbrauchs- und Verkehrssteuern	36.857	37.954	37.954	39.239	3,4
davon: Umsatzsteuer	24.867	25.472	25.472	26.300	3,3
Öffentliche Abgaben brutto	**76.370**	**78.503**	**78.503**	**81.780**	**4,2**
Überweisungen an öffentliche Rechtsträger (Länder, Gemeinden, Fonds)	27.598	28.278	28.278	29.583	4,6
Überweisungen an die Europäische Union	2.971	2.752	2.752	3.000	9,0
Öffentliche Abgaben netto[3)]	**45.801**	**47.473**	**47.473**	**49.197**	**3,6**

1) Entspricht der Liquiditätsplanung und stellt die erwarteten Aus- und Einzahlungen dar.
2) Budgetüberschuss (+) oder Budgetdefizit (-) des Bundes.
3) Steuereinnahmen des Bundes.

10-Jährige Staatsanleihe (Benchmark) für Deutschland und Österreich

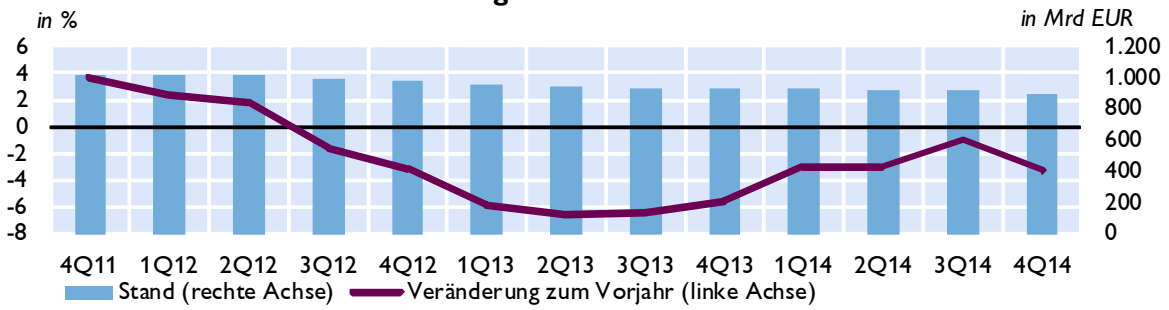


Quelle: BMF, Thomson Reuters.

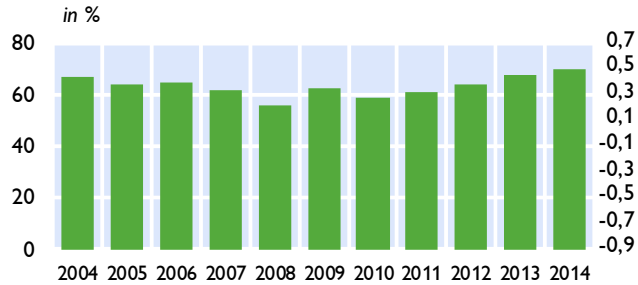
Österreich: Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute - unkonsolidiert

4. Quartal 2014	Stand	Veränderung					
		zum Vorquartal		*seit Jänner*		*zum Vorjahr*	
	in Mio EUR	*in Mio EUR*	*in %*	*in Mio EUR*	*in %*	*in Mio EUR*	*in %*
1. Aktiva							
Kassenliquidität	13.403	1.388	11,6	-1.110	-7,6	-1.110	-7,6
Forderungen an inl. Kreditinstitute	146.303	-13.449	-8,4	-27.644	-15,9	-27.644	-15,9
Direktkredite an inl. Nichtbanken	316.456	-1.906	-0,6	890	0,3	890	0,3
in EUR	281.059	-104	0,0	4.521	1,6	4.521	1,6
in Fremdwährung	35.397	-1.802	-4,8	-3.631	-9,3	-3.631	-9,3
Titrierte Kredite an inl. Nichtbanken	38.754	-810	-2,0	2.177	6,0	2.177	6,0
in EUR	38.624	-729	-1,9	2.257	6,2	2.257	6,2
in Fremdwährung	130	-81	-38,6	-80	-38,2	-80	-38,2
Sonstige Inlandsforderungen	87.722	-9.741	-10,0	-8.995	-9,3	-8.995	-9,3
Auslandsforderungen	284.882	-1.677	-0,6	3.003	1,1	3.003	1,1
2. Passiva							
Verbindlichkeiten geg.inl.Kreditinstitute	149.645	-11.556	-7,2	-20.070	-11,8	-20.070	-11,8
Einlagen von inländischen Nichtbanken	313.019	8.542	2,8	9.833	3,2	9.833	3,2
in EUR	307.170	7.250	2,4	8.455	2,8	8.455	2,8
in Fremdwährung	5.849	1.292	28,4	1.377	30,8	1.377	30,8
Eig. Inlandsemissionen an Nichtbanken	96.736	-7.844	-7,5	-6.383	-6,2	-6.383	-6,2
in EUR	93.114	-6.861	-6,9	-5.982	-6,0	-5.982	-6,0
in Fremdwährung	3.622	-983	-21,4	-402	-10,0	-402	-10,0
Sonstige Inlandsverbindlichkeiten	120.721	-8.406	-6,5	-14.142	-10,5	-14.142	-10,5
Auslandsverbindlichkeiten	202.589	-7.397	-3,5	-5.862	-2,8	-5.862	-2,8
3. Bilanzsumme	896.424	-26.328	-2,9	-30.731	-3,3	-30.731	-3,3

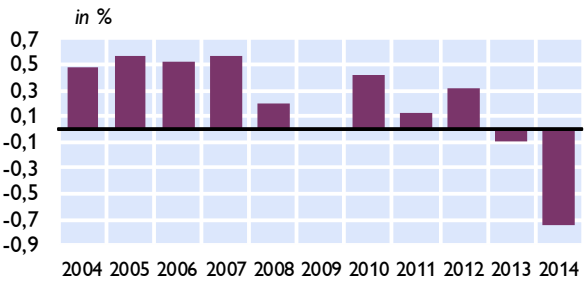
Bilanzsumme der in Österreich tätigen Kreditinstitute



Ertrag-Aufwand-Relation



Gesamtkapitalrentabilität



Quelle: OeNB.

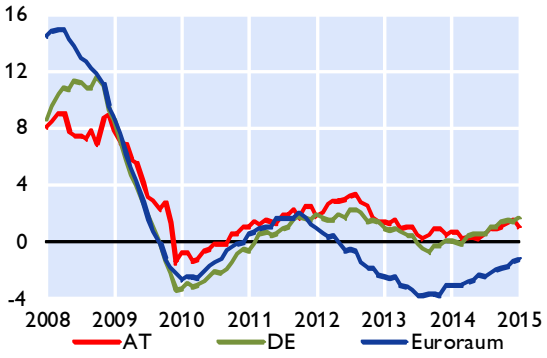
Österreich: Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen in allen Währungen

	Private Haushalte				Nichtfinanzielle Unternehmen			
	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum
	Volumen in Mrd EUR		*Veränderung zum Vorjahr in %*		*Volumen in Mrd EUR*		*Veränderung zum Vorjahr in %*	
2012	139	5.251	0,8	0,5	140	4.536	1,4	-2,3
2013	139	5.230	0,8	-0,1	140	4.345	0,5	-3,0
2014	141	5.208	1,3	-0,3	137	4.275	1,5	-1,4
Apr.14	139	5.227	1,3	0,0	140	4.329	0,3	-2,8
Mai.14	139	5.183	1,3	-0,7	141	4.319	0,3	-2,7
Jun.14	140	5.195	1,5	-0,6	141	4.316	0,2	-2,3
Jul.14	140	5.193	1,3	-0,5	142	4.303	0,6	-2,4
Aug.14	140	5.190	1,6	-0,5	142	4.282	0,9	-2,2
Sep.14	141	5.197	1,2	-0,5	143	4.289	0,9	-2,0
Okt.14	141	5.200	1,3	-0,4	142	4.275	1,1	-1,8
Nov.14	141	5.203	1,6	-0,4	143	4.277	1,3	-1,7
Dez.14	141	5.208	1,3	-0,3	137	4.275	1,5	-1,4
Jän.15	144	5.219	1,5	-0,2	137	4.297	1,0	-1,2

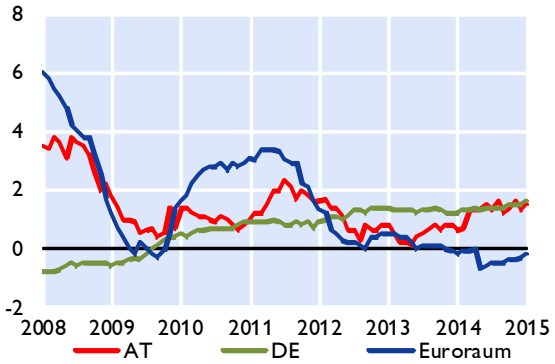
Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen

Veränderung zum Vorjahr in %



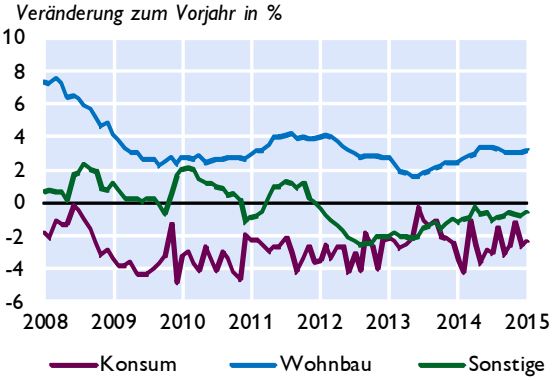
Kredite an private Haushalte

Veränderung zum Vorjahr in %

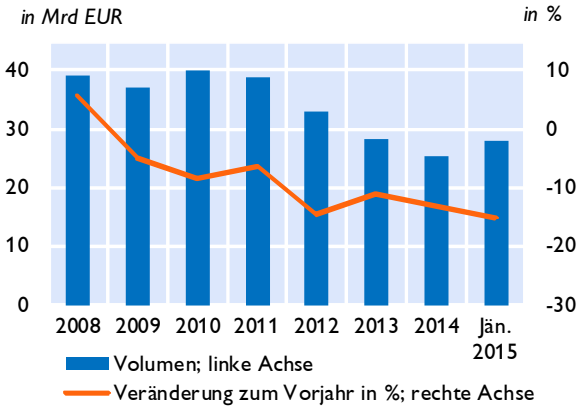


Kredite an private Haushalte in Österreich nach Verwendungszweck

Veränderung zum Vorjahr in %



Fremdwährungskredite an private Haushalte in Österreich

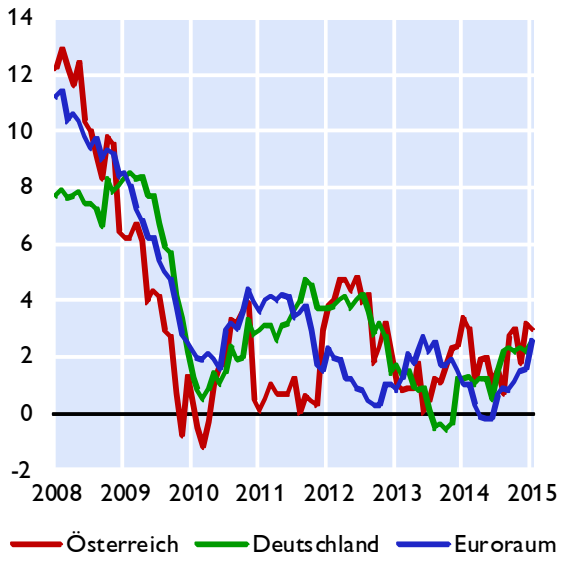


Quelle: OeNB, EZB.

Österreich: Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

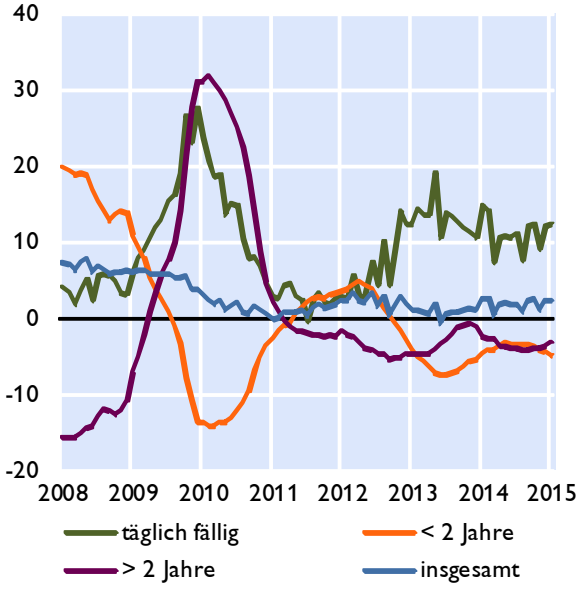
Einlagen von Nichtbanken

Veränderung zum Vorjahr in %



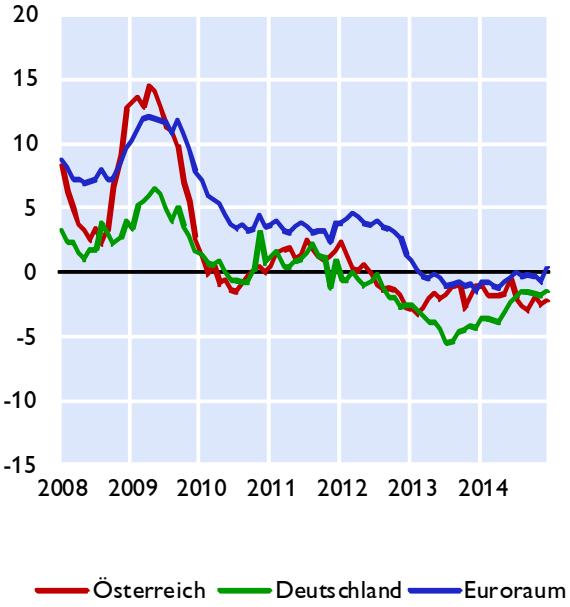
Einlagen von österreichischen Nichtbanken nach Fristigkeiten

Veränderung zum Vorjahr in %



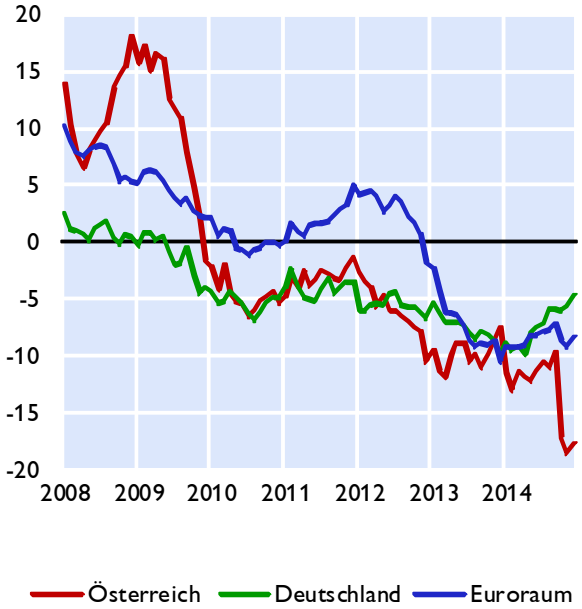
Wertpapierumlauf

Veränderung zum Vorjahr in %



Wertpapierumlauf vom Bankensektor

Veränderung zum Vorjahr in %

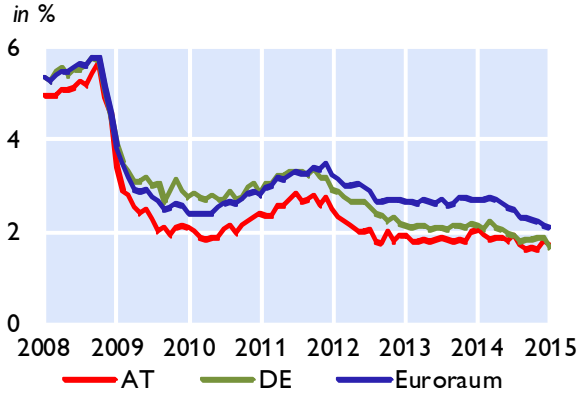


Quelle: OeNB, EZB

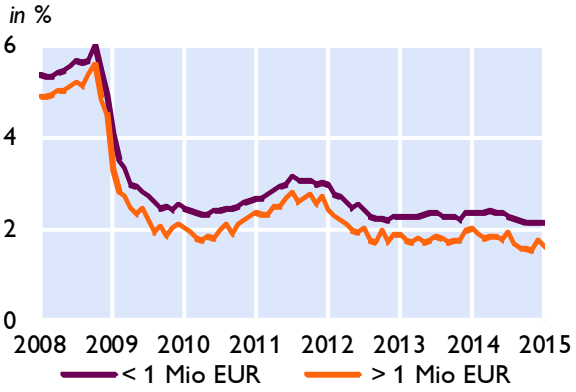
Österreich: Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen

Österreich, Deutschland und Euroraum

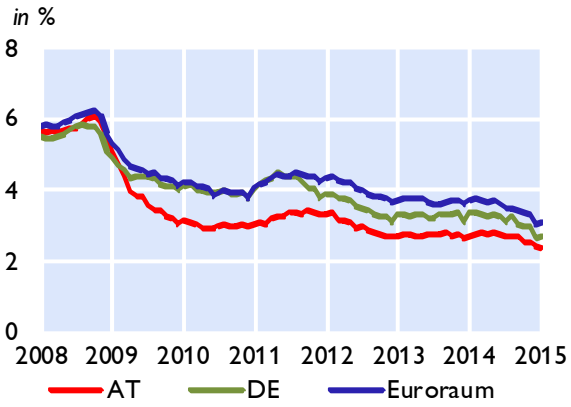


Nach Kredithöhe in Österreich

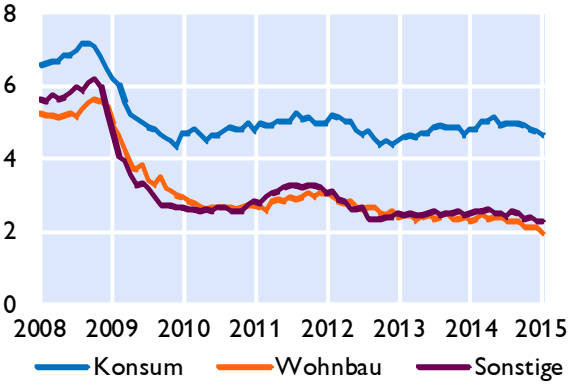


Kreditzinssätze für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum

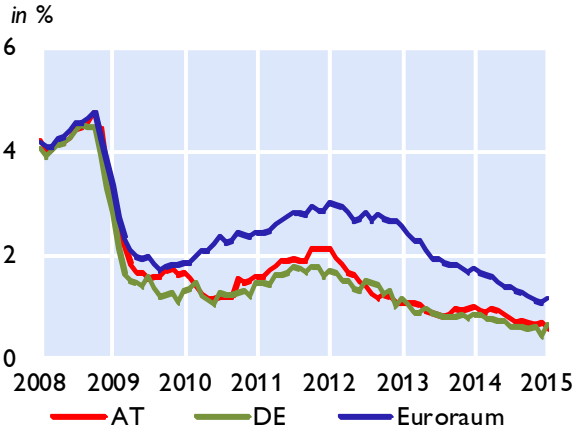


Nach Verwendungszweck in Österreich

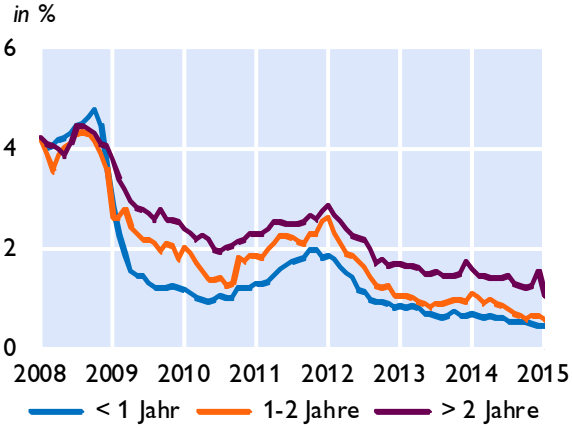


Einlagenzinssätze mit Bindungsfrist für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum



Nach Bindungsfrist in Österreich



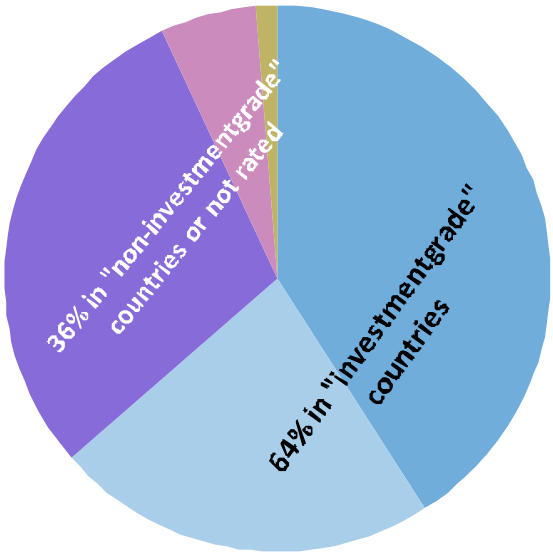
Quelle: OeNB, EZB

Österreich: Ertragslage der Kreditinstitute konsolidiert

Ertrags- und Aufwandspositionen	3. Quartal 2014	3. Quartal 2013	Differenz zur Vorjahresperiode in Mio EUR	in %
Zinsergebnis	**14.518,41**	**14.126,00**	**392,41**	**2,8**
Zinsen und aehnliche Ertraege	*27.122,94*	*27.728,13*	*-605,19*	*-2,2*
(Zinsen und aehnliche Aufwendungen)	*12.604,53*	*13.602,13*	*-997,60*	*-7,3*
(Auf Anforderung rückzahlbare Aufwendungen für Aktienkapital)[1]	0,00	0,00	0,00	-
Dividendenerträge und Erträge aus Beteiligungen	555,48	507,18	48,30	*9,5*
Provisionsergebnis	**5.675,69**	**5.695,07**	**-19,38**	**-0,3**
Provisionserträge	*7.819,05*	*7.628,30*	*190,75*	*2,5*
(Provisionsaufwand)	*2.143,37*	*1.933,23*	*210,14*	*10,9*
Gewinne oder (-) Verluste bei der Ausbuchung von nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten netto	390,80	484,01	-93,21	*-19,3*
Gewinne oder (-) Verluste aus zu Handelszwecken gehaltenen finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten, netto[1]	711,31	353,62	357,69	*101,2*
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS[1]	59,38	752,75	-693,37	*-92,1*
Sonstige betriebliche Erträge	2.266,91	4.702,91	-2.436,00	*-51,8*
(Sonstige betriebliche Aufwendungen)	2.699,68	4.499,71	-1.800,03	*-40,0*
Betriebserträge, netto	**21.478,30**	**22.121,83**	**-643,53**	**-2,9**
(Verwaltungsaufwendungen)	11.998,55	12.586,91	-588,36	*-4,7*
(hv. Personalaufwendungen)	*7.142,54*	*7.686,25*	*-543,71*	*-7,1*
(hv. Sachaufwendungen)	*4.856,00*	*4.900,66*	*-44,66*	*-0,9*
(Abschreibungen und Wertminderungen von immateriellen Vermögenswerten (inkl. Firmenwert), Sachanlagen, als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien und Beteiligungen)	2.349,62	1.532,00	817,62	*53,4*
Betriebsergebnis	**7.130,13**	**8.002,92**	**-872,79**	**-10,9**
(Risikovorsorge im Kreditgeschäft)	4.418,45	4.692,00	-273,55	*-5,8*
(Sonstige Rückstellungen)[1]	512,25	112,44	399,81	*355,6*
(Wertminderung oder (-) Wertaufholung bei sonstigen nicht erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert bewerteten finanziellen Vermögenswerten)	-5,56	29,25	-34,81	*-119,0*
Erfolgswirksam erfasster negativer Geschäfts- oder Firmenwert[1]	0,65	0,25	0,40	*160,0*
Anteil des Gewinns oder (-) Verlusts aus Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen[1]	525,26	606,10	-80,84	*-13,3*
Gewinn oder (-) Verlust aus als zur Veräußerung gehalten eingestuften langfristigen Vermögenswerten und Veräußerungsgruppen, die nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung als aufgegebene Geschäftsbereiche erfüllen[1]	-4,76	-40,39	35,63	*-88,2*
Außerordentliches Ergebnis	2,04	60,92	-58,88	*-96,7*
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	**2.728,19**	**3.796,07**	**-1.067,88**	**-28,1**
(Ertragssteuern)	1.277,54	739,07	538,47	*72,9*
Gewinn oder (-) Verlust aus fortzuführenden Geschäften nach Steuern	**1.450,65**	**x[2]**	**x[2]**	**x[2]**
Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen nach Steuern[1]	-59,63	-180,08	120,45	*-66,9*
(Fremdanteile)[1]	375,76	514,66	-138,90	*-27,0*
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	**1.015,26**	**2.362,33**	**-1.347,07**	**-57,0**

Werte in Mio Euro - Abzugsposten sind in Klammern dargestellt
Quelle: OeNB.
1) Für diese Positionen werden Daten nur von meldepflichtigen Bankkonzernen nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) erhoben.
2) Aufgrund von Umstellungen gemäß ITS stehen für diese Positionen keine Vergleichswerte zur Verfügung.

Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE



AA- - A- BBB+ - BBB- BB+ - BB- B+ - B- not rated

	2010	2011	2012	1Q13	2Q13	3Q13	4Q13	1Q14	2Q14	3Q14
	in Mio EUR									
Tschechiche Republik	46.031	50.256	47.564	49.995	50.657	48.560	47.001	46.313	45.490	48.769
Slowakei	21.329	23.838	24.535	24.716	24.601	24.853	25.093	25.152	25.937	26.443
Rumänien	29.937	28.595	26.823	26.808	26.635	26.117	25.778	27.944	26.435	25.904
Kroatien	25.341	25.507	23.195	23.440	23.326	22.497	22.038	21.836	21.360	19.220
Polen	11.111	11.886	17.933	17.198	16.459	16.928	17.017	16.990	17.691	16.451
Ungarn	25.526	23.491	19.803	19.642	19.386	18.853	18.109	17.897	17.049	15.253
Slowenien	11.594	11.257	9.588	9.178	8.489	8.289	8.079	7.458	6.929	5.752
Republik Serbien	5.203	6.475	5.041	5.158	4.945	4.876	4.865	4.652	4.773	3.979
Bosnien Herzgowina	4.887	5.024	4.261	4.255	4.210	4.158	4.124	3.995	3.940	3.612
Bulgarien	3.968	4.161	4.093	4.034	3.925	3.896	3.626	3.474	3.468	3.273
Türkei	690	749	776	774	823	877	929	937	977	1.102
Republik Montenegro	766	894	875	872	883	890	865	842	851	460
Mazedonien	260	306	390	383	366	359	350	297	283	292
Aserbeidschan	53	60	63	71	108	138	144	163	311	218
Litauen	174	181	120	148	154	160	161	184	177	203
Lettland	359	175	137	234	209	125	126	131	117	55
Estland	82	61	60	58	56	54	50	57	51	53
Andere	22.042	23.169	24.560	24.968	23.756	23.835	23.411	21.429	21.684	22.939
Gesamt	**209.352**	**216.086**	**209.818**	**211.931**	**208.987**	**205.466**	**201.768**	**199.752**	**197.523**	**193.981**

Quelle: OeNB, Bloomberg.

Seite 35

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung und Geldvermögen

im 3. Quartal 2014	Nicht-finan-zielle Unter-nehmen	Finanzielle Kapital-gesell-schaften	*davon Mone-täre Finanz-institute*	*davon Invest-ment-fonds*	*davon sonstige nicht-mone-täre Finanz-institute*	*davon Versicher-ungen*	*davon Pens-ions-kassen*	Private Haus-halte	Private Organi-sationen ohne Erwerbs-zweck	Übrige Welt (gegen-über Öster-reich)
	Bestände in Mio EUR									
Geldvermögen										
Währungsgold und SZR	x	10.611	10.611	x	x	x	x	x	x	2.045
Bargeld	1.716	3.014	3.011	0	0	3	0	20.169	0	2.348
Täglich fällige Einlagen	37.502	90.234	67.836	6.854	13.122	2.093	329	84.629	1.181	73.172
Sonstige Einlagen	18.826	225.406	214.540	2.018	6.455	2.314	78	127.600	659	80.586
Kurzfristige Kredite	27.140	78.095	75.210	0	1.185	1.700	0	845	0	16.961
Langfristige Kredite	75.178	384.377	361.772	16	17.915	4.674	0	502	94	63.163
Handelskredite	36.295	31	7	0	23	0	0	0	0	15.757
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	70	5.738	5.146	488	43	20	41	1.071	1	15.683
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	8.208	298.003	156.765	83.211	3.786	53.772	470	40.801	1.956	335.904
Börsennotierte Aktien	27.636	44.787	3.788	21.105	18.947	947	0	18.365	642	34.532
Nicht börsennotierte Aktien	39.863	136.300	24.005	78	104.390	7.799	28	2.979	33	36.703
Investmentzertifikate	10.487	121.649	14.431	44.404	12.632	32.655	17.527	46.549	2.298	18.781
Sonstige Anteilsrechte	132.073	107.067	39.894	1.518	60.728	4.924	3	89.696	1.876	170.278
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	72.203	x	2.238
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	6.416	6.634	0	0	0	6.634	0	11.916	0	0
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	37.086	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	1.949	16.276	10.298	26	5.003	901	48	12.218	36	12.850
Finanzvermögen in Summe (Bestände)	423.359	1.528.220	987.313	159.718	244.229	118.436	18.524	566.630	8.777	881.000
	über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR									
Geldvermögensbildung										
Währungsgold und SZR	x	57	57	x	x	x	x	x	x	0
Bargeld	156	217	216	0	0	1	0	822	0	1.008
Täglich fällige Einlagen	-1.281	7.703	7.032	371	272	220	-192	6.598	15	-982
Sonstige Einlagen	-337	-25.397	-26.704	-528	1.914	-43	-36	-5.782	89	-3.977
Kurzfristige Kredite	-1.080	-1.678	-1.720	0	-97	138	0	843	0	1.219
Langfristige Kredite	4.194	3.446	1.497	1	1.571	377	0	492	-1	-2.975
Handelskredite	474	-1	1	0	-3	0	0	0	-1	-943
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	-34	992	1.060	-64	-52	14	33	-15	-1	975
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-463	1.168	-703	-480	-1.006	3.317	41	-2.976	-106	-9.419
Börsennotierte Aktien	1.370	-500	-210	440	-553	-142	-35	230	-15	4.096
Nicht börsennotierte Aktien	-2.037	-1.449	-954	-22	-585	113	0	44	-3	606
Investmentzertifikate	388	2.376	712	1.514	1.295	-1.550	405	2.969	145	-355
Sonstige Anteilsrechte	3.401	3.623	30	96	3.694	-193	-5	1.264	0	4.245
Lebensversicherungsansprüche	x	x	x	x	x	x	x	988	x	-61
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	164	429	0	0	0	429	0	407	0	0
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	x	x	x	x	x	x	0	947	x	0
Übrige Forderungen inkl. Finanzderivate	-93	-13.318	-2.696	173	-10.710	-87	2	1.018	25	-1.488
Geldvermögensbildung in Summe (Transaktionen)	4.821	-22.332	-22.380	1.501	-4.260	2.595	212	7.849	148	-8.050
Nettogeldvermögen	-227.763	26.595	33.351	-1.851	-5.848	627	316	400.588	7.867	-7.667
Finanzierungssaldo	-2.787	-6.605	2.675	-885	-8.410	560	-546	6.368	147	-2.705

Quelle: OeNB.

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung u. Verbindlichkeiten

im 3. Quartal 2014	Nichtfinanzielle Unternehmen	Finanzielle Kapitalgesellschaften	*davon Monetäre Finanzinstitute*	*davon Investmentfonds*	*davon sonstige nichtmonetäre Finanzinstitute*	*davon Versicherungen*	*davon Pensionskassen*	Private Haushalte	Private Organisationen ohne Erwerbszweck	Übrige Welt (gegenüber Österreich)
	Bestände in Mio EUR									
Verbindlichkeiten										
Währungsgold und SZR [1]	x	2.045	2.045	x	x	x	x	x	x	10.611
Bargeld	x	26.769	26.769	x	x	x	x	x	x	479
Täglich fällige Einlagen	x	262.768	262.768	x	x	x	x	x	x	34.555
Sonstige Einlagen	x	357.457	357.457	x	x	x	x	x	x	105.434
Kurzfristige Kredite	48.810	12.665	0	1.190	9.197	2.279	0	13.012	147	48.456
Langfristige Kredite	204.200	32.038	0	310	30.852	877	0	152.261	753	124.891
Handelskredite	36.131	10	0	0	10	0	0	0	0	17.789
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	523	11.997	11.990	x	7	0	0	x	x	4.076
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	41.208	201.370	184.655	x	13.439	3.270	6	x	x	197.386
Börsennotierte Aktien	62.810	22.978	15.411	x	192	7.375	x	x	x	44.286
Nicht börsennotierte Aktien	44.672	70.807	55.550	x	6.838	8.244	175	x	x	125.729
Investmentzertifikate	x	160.178	155	160.023	0	0	x	x	x	47.922
Sonstige Anteilsrechte	191.169	201.529	18.412	x	182.197	920	0	x	x	107.564
Lebensversicherungsansprüche	x	70.972	x	x	0	70.972	x	x	x	3.469
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	21.750	x	x	0	21.750	x	x	x	3.217
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	9.576	27.510	7.666	x	0	1.817	18.027	x	x	0
Übrige Forderungen inkl.	12.023	18.782	11.083	47	7.346	306	0	770	9	12.804
Verbindlichkeiten in Summe (Bestände)	651.123	1.501.626	953.962	161.569	250.078	117.809	18.208	166.043	910	888.668
	über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR									
Finanzierung										
Währungsgold und SZR [1]	x	0	0	x	x	x	x	x	x	57
Bargeld	x	2.173	2.173	x	x	x	x	x	x	30
Täglich fällige Einlagen	x	-4.648	-4.648	x	x	x	x	x	x	6.647
Sonstige Einlagen	x	-11.940	-11.940	x	x	x	x	x	x	-20.474
Kurzfristige Kredite	942	-185	0	-399	251	-37	0	-626	-2	-1.257
Langfristige Kredite	-2.186	42	0	-60	156	-54	0	2.130	-6	3.247
Handelskredite	2.063	54	-1	0	55	0	0	1	1	-681
Kurzfristige verzinsliche Wertpapiere	64	711	711	x	-1	0	0	x	x	279
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-959	-9.196	-11.141	x	1.696	254	-5	x	x	3.041
Börsennotierte Aktien	2.688	3.353	2.589	x	-30	794	0	x	x	-866
Nicht börsennotierte Aktien	-1.623	-4.665	-4.056	x	77	-686	0	x	x	1.770
Investmentzertifikate	x	2.632	-41	2.673	0	0	0	x	x	2.835
Sonstige Anteilsrechte	5.191	4.941	2.713	x	1.855	372	0	x	x	2.782
Lebensversicherungsansprüche	x	608	0	x	0	608	0	x	x	319
Nicht-Lebensversicherungsansprüche	x	713	0	x	0	713	0	x	x	286
Kapitalgedeckte Pensionsansprüche	-4	951	103	x	0	85	763	x	x	0
Übrige Forderungen inkl.	1.433	-1.272	-1.518	173	89	-16	0	-24	8	-3.358
Finanzierung in Summe (Transaktionen)	7.609	-15.727	-25.055	2.386	4.150	2.034	758	1.481	2	-5.345
Nettogeldvermögen	-227.763	26.595	33.351	-1.851	-5.848	627	316	400.588	7.867	-7.667
Finanzierungssaldo	-2.787	-6.605	2.675	-885	-8.410	560	-546	6.368	147	-2.705

Quelle: OeNB.

1) Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslandes gegenübergestellt wird.